Antifaschistisches info Blatt

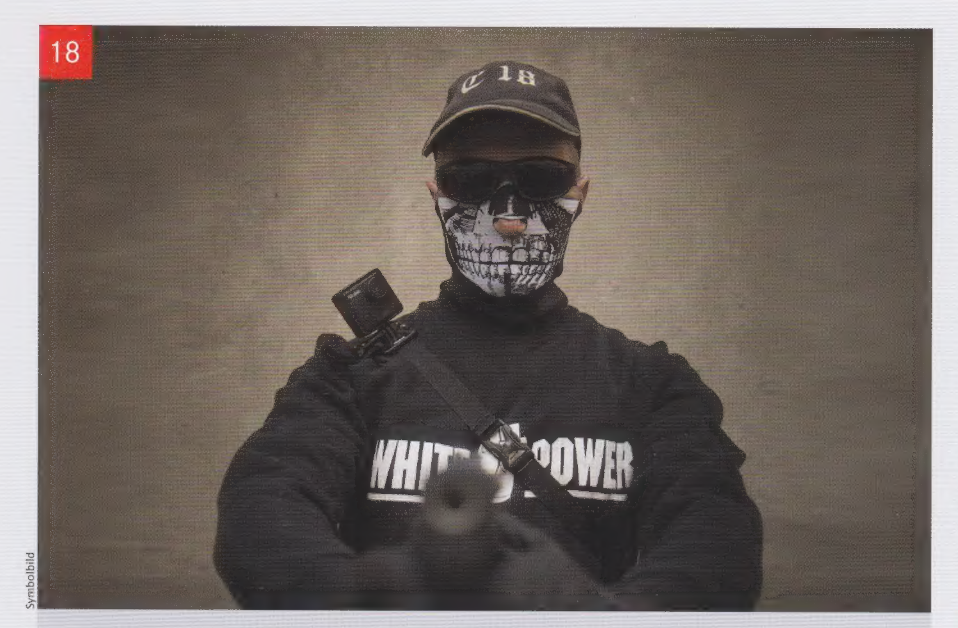
Nr. 124 | Herbst 2019 | 3,50 EUR | Ausland 4,50 EUR



WHITE POWER TERRORISTS

RASSISTISCH MOTIVIERT UND DIGITAL VERNETZT

18



Symbolbild

VIRTUELL VERNETZTER RECHTSTERRORISMUS

Die jüngsten rechtsterroristischen Attentäter inszenierten sich als Ego-Shooter, wobei der Terrorist zum Single-Player wird. Töten als Live-Event. Dennoch sind diese virtuell und global gut vernetzten Attentäter ideologisch keine Einzeltäter.

36



Screenshot Facebook

AFD-POLITIKER AUS DER EXTREMEN RECHTEN

Rhetorisch ist die AfD längst in der extremen Rechten angekommen. Auch personell bedient sie sich eines Klientels, das noch vor wenigen Jahren kräftig in der Neonazi-Szene mitmischte. Deutlich wird dies in sächsischen Stadträten und Kreistagen.

54



Foto: Klop Pe @flickr.com, Fusion 2019 (CC BY-NC 2.0)

WIE FREI WOLLEN WIR LEBEN?

An den Beispielen der Musikfestivals „Fusion" und „Resist to Exist" lässt sich aufzeigen, wie staatliche Institutionen in Zeiten des Rechtsrucks und gesellschaftlichen Rollbacks versuchen, immer stärker gegen linke kulturelle Freiräume vorzugehen.

60



Faksimile: Stuart Christie / ChristieBooks

TERROR, DROGEN, DIKTATOREN

Stefano Delle Chiaie, die „wohl wichtigste Figur" des Neonazi-Terrorismus zwischen den 1960er und 1980er Jahren in Italien ist gestorben. Auf sein Konto gehen Putschversuche in Italien, Mordanschläge auf Gegner des Franco-Regimes in Spanien und Militärputsche in Süd-Amerika.

Titel: Symbolbild

TITEL

NS-SZENE

BRAUNZONE

ANTIFA

RASSISMUS

GESCHICHTE

GESELLSCHAFT

REPRESSION

INTERNATIONAL

RUBRIKEN

Liebe Antifas, Freund_innen und Genoss_innen, liebe Leser_innen

■ Rechtsterrorismus ist auch in diesem Jahr wieder brandaktuell: Im März 2019 drang ein 28-jähriger Australier in zwei Moscheen der neuseeländischen Stadt Christchurch ein und eröffnete das Feuer: 51 Personen wurden getötet, mehrere Dutzend verletzt. Am Vorabend des islamischen Opferfestes hat ein bewaffneter Mann in Norwegen eine Moschee angegriffen. Er wurde von einem der Gläubigen überwältigt und dann festgenommen. Der junge Mann wird zudem verdächtigt, vor dem Angriff auf die Moschee seine 17-jährige Stiefschwester getötet zu haben. Medienberichten zufolge war sie chinesischer Herkunft und von der aktuellen Partnerin des Vaters adoptiert worden. In Deutschland ist der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke aufgrund seiner Positionen zu Flucht und Asyl ermordet worden. Gegen den tatverdächtigen Neonazi Stephan Ernst gibt es nun weitere Ermittlungen. Geprüft wird, ob er an einem Angriff auf einen Flüchtling in Lohfelden beteiligt war. Im Januar 2016 war der damals 22-Jährige von einem Unbekannten von hinten mit einem Messer angegriffen, in den Rücken gestochen und schwer verletzt worden. Ebenfalls in Hessen schoss im Juli ein Mann aus einem Fahrzeug aus rassistischen Motiven auf einen ihm unbekannten Eritreer und verletzte ihn dabei schwer. Anfang September hat in Taunusstein ein Mann mehrfach aus seinem Auto heraus mit einer Zwille Metallkugeln auf dunkelhäutige Menschen geschossen. Ein Syrer wurde am Kopf verletzt. Dies sind nur einige Notizen aus diesem Jahr. Rechtsterrorismus hat international Konjunktur. Im aktuellen Schwerpunkt beleuchten wir die Situation in verschiedenen Ländern, stellen aber auch grundsätzliche Fragen, die in der mitunter viel zu geräuschlosen Debatte um den Rechtsterrorismus kontrovers diskutiert werden: Gegen wen richtet er sich? Was hat es mit den sogenannten Lone-Wolves auf sich und welche Rolle spielen extrem rechte Netzwerke und Organisationen? Wer sind die Täter, und haben sich die Tätermilieus in den vergangenen Jahrzehnten verändert? Wie beziehen sie sich aufeinander und in welchem Zusammenhang stehen die an den unterschiedlichsten Orten der Welt begangenen Taten? Welche Rolle spielen neue Möglichkeiten der Vernetzung für die Radikalisierung, etwa Online-Communitys, im Vergleich zu analogen Personenzusammenhängen? Und welche gesellschaftlichen Reaktionen auf die Taten sind zu beobachten? Unsere geneigten Leser_innen wissen es längst: Rechtsterrorismus ist bei weitem kein neues Phänomen. So zeigt der Artikel über die Deutsch-amerikanische Freundschaft (S.12) auf, dass die deutsche Neonazi-Szene schon in den 1990er Jahren durch das rechtsterroristische Milieu der USA inspiriert wurde. Andere Entwicklungen gehören jedoch eher in die jüngere Geschichte, etwa die sich online vernetzende Incel-Szene (S.22) oder das Phänomen des „Gamification of Terror" (S.18). Rechtsterrorismus ist heute nicht mehr ausschließlich ein Phänomen klandestiner Kleingruppen, sondern vernetzt sich virtuell und international. Die verschiedenen Perspektiven auf den Rechtsterrorismus haben uns einen weit umfangreicheren Schwerpunkt als sonst üblich beschert. Ein trauriger Anlass, dennoch vielen Dank an die Autor_innen!

Der Artikel auf Seite 58 über die lebensgefährliche Situation von LGBTI* in Honduras ist inzwischen auch zu einem Nachruf für die LGBTI*-Aktivistin Bessy Ferrera geworden. Sie wurde im Juli 2019 ermordet.

Das Sterben auf der sogenannten Mittelmeer-Route und die Zusammenarbeit der EU mit Menschenhändlern, die systematisch mit Millionen Euro beispielsweise für libysche Warlords ausgebaut wird, thematisiert der Artikel auf Seite 42.

Wir freuen uns, dass Jock Palfreeman nach fast zwölf Jahren Haft in Bulgarien auf Bewährung entlassen wurde. Im Interview „Schließlich waren es zu viele" in der Ausgabe Nr. 104 hatten wir über ihn und seine Verurteilung nach seiner Intervention gegen Neonazis, bei der der Sohn eines Politikers zu Tode kam, berichtet.

Wie einige von euch vielleicht schon mitbekommen haben, waren unsere letzten Ausgaben schnell vergriffen. Wer sicher gehen will, die neueste Ausgabe nicht zu verpassen, sollte daher am besten ein Abo abschließen. Wir haben angesichts der zuletzt stets hohen Nachfrage nun auch die Auflage erhöht. •

Redaktionsschluss war der 22. September 2019

Italien: Raketen-Neonazi entschärft

Die Bilder der Razzien in Gallarte und in Rivanazzano gingen um die Welt: Italienische Polizisten präsentieren stolz die von ihnen am 16. Juli 2019 sichergestellten NS-Reliquien und ein Arsenal an Handfeuerwaffen, Gewehren und vor allen Dingen eine graue Mittelstreckenrakete. Noch am selben Tag geistern vermeintliche Anschlagspläne durch die Medien.

Die Rakete wurde im Hangar der Star Air Services in Rivanazzano Terme gefunden. Eine Firma, die Kleinflugzeuge repariert und verkauft. Das Unternehmen gehört dem Italiener Fabio Amalio Bernardi (51) und dem Schweizer Alessandro Michele Aloise Monti (42). Der Schweizer arbeitete zwischen 2010 und 2013 beim Schweizer Rüstungskonzern RUAG. Ihre Verteidigung besteht allerdings darauf, dass beide keinerlei politische Verbindungen zur extremen Rechten hätten.

Tatsächlich wurden die NS-Reliquien zusammen mit etwa 40 Waffen und der dazu gehörenden Munition in der Wohnung des dritten Verhafteten gefunden. Genau genommen war es die Wohnung der Mutter, in welcher der ehemalige Grenzschützer Fabio Del Bergiolo (60) wohnt. Seine politische Positionsbestimmung ist eindeutig: 2001 kandidierte er erfolglos auf der Liste der neonazistischen Partei Forza Nuova (FN) für den italienischen Senat.

Ukraine-Söldnern auf der Spur

Die Beamten waren zufällig auf ihn gestoßen. Eigentlich hatten sie im Umfeld der Neofaschisten und anderen Söldnern ermittelt, die sich an Kämpfen in der Ostukraine beteiligt hatten und zum Teil noch immer im Donezbecken aufhalten. Del Bergiolo hatte irgendwem die Rakete zum Kauf angeboten. Per WhatsApp schickte er dem potenziellen Kunden offenbar noch ein Foto von der feilgebotenen Ware. Fast eine halbe Million Euro soll er dafür verlangt haben. Nach der Razzia in der Wohnung seiner Mutter hat er die Ermittler bereitwillig zum Hangar seiner Komplizen geführt.

Am Nachmittag schaltete sich der (inzwischen entlassene) Innenminister und Lega-Chef Matteo Salvini in die Berichterstattung ein. Er behauptete, den Ermittlern den entscheidenden Hinweis gegeben zu haben und selbst das Ziel eines geplanten Anschlags durch eine ukrainische Gruppe gewesen zu sein. Wenn er damit andeuten wollte, ukrainische Nationalisten hätten die Rakete auf ihn abfeuern wollen, wäre das in vielerlei Hinsicht skurril. Denn Bernardi teilte auf seiner Facebook-Seite Memes wie „Ehrliche Italiener stehen hinter Salvini" und der Schweizer Monti ist im selben Netzwerk als Mitglied der Gruppe „Lega - Salvini News" zu finden.

Zar Putin regiert

Auch die offen neofaschistische Rechte in Italien zeigt kaum Sympathien für die ukrainischen Nationalisten. Die neofaschistische Kleinstpartei Forza Nuova (FN), für die Del Bergolio einst kandidierte, ist vielmehr solidarisch mit der pro-russischen Seite. Der Neofaschist Andrea Palmeri, der in der Ostukraine seit Jahren für Neu-Russland kämpft, durfte auf FN-Veranstaltungen via Skype referieren. Und auch die Glorifizierung von „Zar" Putin wird durch die Partei zelebriert.

Von seinen politischen Gegnern musste sich Salvini deshalb den Vorwurf gefallen lassen, er wolle nur von seiner „Moscopoli" Affäre ablenken. Dabei geht es um eine möglicherweise illegale Finanzierung seiner Partei mit Geld aus Russland.



Scharf oder Schrott?

Doch wie kam der Neonazi Bergiolo zu einer fast vier Meter langen, 250 Kilogramm schweren Lenkrakete, die laut Staatspolizei „voll funktionsfähig" sei? Dazu gibt es eine naheliegende Theorie:

Die Rakete vom Typ Matra Super 530 wurde vom französischen Rüstungskonzern Matra ab 1979 gebaut und gemeinsam mit Mirage-Kampfflugzeugen unter anderem nach Katar verkauft. Als der reiche Golfstaat sich neue Flugzeuge gönnte, wurden die Mirage mitsamt ihrer Raketen nach Spanien verkauft. Das bestätigte in etwa auch das Außenministerium Katars auf dem Sender al-Jazeera. Die Rakete sei 1994 „an einen befreundeten Staat" verkauft worden. In Spanien müssen die Waffen aus den Militärbeständen verschwunden sein. Unklar ist, ob dies auf legalem oder illegalem Weg passierte.

Ein im Schweizer Wallis wohnhafter Sammler alter Flugzeugteile besitzt zwei solcher Raketen. Eine hängt in seinem Wohnzimmer an der Wand, natürlich ohne Antrieb und Sprengkopf. Der Tages-Anzeiger konnte sich ein Bild davon machen. Einem Journalisten der Zürcher Tageszeitung berichtete er, dass er die Raketen 2013 bei einem Schrotthändler in Madrid gekauft habe. Er habe eine Durchfuhrbewilligung für Frankreich und eine Einfuhrbewilligung in die Schweiz erhalten. Zudem habe er den Behörden in Bern die Ungefährlichkeit der Raketen nachweisen müssen. Danach habe er die Raketen auf einem Autoanhänger bis in seine Wohnung transportiert.

Bergiolos Anwalt beteuert, die in Rivanazzano Terme sicher gestellte Rakete verfüge ebenfalls über keinen Sprengkopf, kein Radarsystem und keinen Antrieb. In diesem Fall hätte der ehemalige Forza Nuova Kandidat lediglich einen stolzen Preis für das Altmetall verlangt. Der Schweizer Sammler bezahlte vor sechs Jahren in Madrid keine 470.000 Euro, sondern gerade einmal 6.000 Euro und zwar für zwei Raketen. •

Bewährungsstrafe für „D.S.T."-Sänger Brammann

Peter Brammann, Sänger der Berliner RechtsRock-Band „D.S.T." (Deutsch, Stolz, Treue) ist Ende August 2019 erneut zu einer Bewährungsstrafe verurteilt worden. Das Landgericht Rostock sah es als erwiesen an, dass der 50-Jährige zusammen mit seiner ehemaligen Lebensgefährtin Daniela M. Administrator im 2012 abgeschalteten „Thiazi"-Forum gewesen war. Beide sind unter den Pseudonymen „Beobachter" und „G.Girl" als ModeratorInnen im Forum tätig gewesen, Brammann war für den Musikbereich zuständig. Beide zeigten sich im Prozess geständig, M. will sich zudem laut Gericht von der Szene distanziert haben. Sie sei zuerst vom Hauptbetreiber Klaus Werner Ruthenberg angeworben worden, ihr Lebensgefährte kam erst später dazu. Das Landgericht Rostock verhängte wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung gegen Brammann eine Haftstrafe auf Bewährung von einem Jahr und zehn Monaten sowie eine Geldstrafe in Höhe von 600 Euro. Die 46-jährige M. bekam neun Monate auf Bewährung und eine 500 Euro-Strafe.

Es ist nicht die erste Verurteilung des Neonazisängers. Bereits 2009 und 2011 erhielt er wegen Volksverhetzung mehrjährige Haftstrafen auf Bewährung, beide Male wegen entsprechender Texte in Songs von „D.S.T." (Vgl. AIB 83 und 93). Seit 1994 ist die Berliner Band, die auch als „X.x.X." auftritt, aktiv. War es in letzter Zeit eher ruhiger um „D.S.T." geworden, fielen diese in den letzten Wochen mit einem Beitrag auf einem Sampler zugunsten der extrem rechten „GefangenenHilfe" sowie mit Konzertankündigungen auf. Auf einem mittlerweile abgesagten Konzert sollte „D.S.T." mit „Legion of Thor" und „Hausmannskost" Anfang Oktober auftreten.

Mit der Verurteilung von Brammann und M. sind in den letzten sieben Jahren seit der Abschaltung des Forums insgesamt 15 Neonazis in vier Prozessen wegen des Betreibens von „Thiazi" verurteilt worden. Lediglich Ruthenberg erhielt eine Haftstrafe von drei Jahren und sechs Monaten, alle anderen erhieltenen Bewährungsstrafen (Vgl. AIB Nr. 108). •

Aktivist der „Jungen Alternative" trainierte in der Ukraine an Waffen

Wie „Exif-Recherche" am 18. August 2019 berichtete nahm ein deutscher Neonazi im Sommer 2018 an von paramilitärischen Organisationen in der Ukraine organisierten Schießtrainings teil. Brisant an diesem Fall dürfte sein, dass der betreffende Ivan B. nicht nur bis Sommer 2019 an die Neonazi-Szene Rostocks angebunden war, sondern seit Juli 2019 auch als Anhänger der „Jungen Alternative" der AfD in Mecklenburg-Vorpommern auftritt. Der aus Kiew stammende und in Deutschland aufgewachsene Ivan B. präsentierte sich in den sozialen Netzwerken auf dutzenden Bildern mit einem Sturmgewehr der Marke AK 47 - mal am Boden liegend, mal beim einhändigen Schießtraining. „Wo bist du?", wird er in einem Kommentar unter den Bildern gefragt, „ATEK. Hast du nicht erkannt?" antwortet Ivan B. ATEK ist der Name eines Industriekomplexes in Kiew, der dem Neonazi-Regiment Asow als zentrales Mobilisierungs- und Ausbildungslager dient. „Dies wird in Deutschland nicht außerhalb der Armee gelehrt - das in diesem Beitrag dargestellte Ereignis war interessant und informativ!", beschreibt B. die Fotoreihe und verlinkt dabei das rechte „National Corps". Ivan B. ist regelmäßig in Kiew zu Besuch und nahm dort auch am 1. Januar 2019 an einem Aufmarsch der Neonazi-Organisationen „Rechter Sektor", „National Corps" und „Swoboda" teil. Nur ein paar Monate zuvor war Ivan B. vor allem auf Demonstrationen der AfD in Rostock anzutreffen, etwa im September 2018, als Björn Höcke als Redner auftrat, sowie im November 2018, als B. durch das Zeigen der ukrainischen Flagge auffiel. Im März 2019 war er zudem Teilnehmer einer AfD-Demonstration, auf der er sich u.a. mit dem Redner Michael Stürzenberger ablichten ließ. Am 15. Juli 2019 postete die Jugendorganisation „Junge Alternative" (JA) der AfD in Mecklenburg-Vorpommern ein Bild von Ivan B. in einem T-Shirt ihres Gebietsverbandes. „Patriotische Urlaubsgrüße aus Osteuropa von einem frischen JA-Mitglied" betitelte die JA das Bild. Ivan B., der sich zu dem Zeitpunkt auch mit organisierten Neonazis traf, verstand sich demnach als ein frisch gebackenes Mitglied der JA. •



Screenshot Instagram

Ivan B. (3. v.l.) im Sommer 2018 auf dem Ausbildungsgelände ATEK in Kiew.

TITEL

Feindbestimmung

GASTBEITRAG VON ANTIFA NT

„Merkel, the mother of all things anti-white and anti-germanic, is top of the list. Few have done more to damage and racially cleanse Europe of its people" – so schrieb es der australische Rechtsterrorist Brenton Tarrant, der am 15. März dieses Jahres im neuseeländischen Christchurch in zwei Moscheen 51 Menschen erschoss. Seinem Manifest gab er den Titel „The Great Replacement". Knapp ein halbes Jahr zuvor ermordete der US-amerikanische Rechtsterrorist Gregory Bowers in Pittsburgh elf Menschen, die in einer Synagoge am Shabat-Gottesdient teilnahmen. Wie Tarrant war auch er überzeugt, ein Genozid gegen die „weiße Bevölkerung" sei im Gange. Verantwortlich dafür, so schlussfolgerte er im antisemitischen Wahn, sei eine „jüdische Verschwörung".

Schlussstriche und andere Kurzschlüsse

Nachdem bekannt wurde, dass es der Neonazi Stephan Ernst war, der den CDU-Politiker und Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke durch einen Kopfschuss hingerichtet haben soll, twitterte Peter Altmaier, Wirtschaftsminister und CDU-Parteifreund Lübckes: „Wenn die Berichte zum Fall #Lübcke zutreffen, dann war es ein kaltblütiger rechtsextremer Mord. Das haben wir seit den NSU-Morden nicht mehr für möglich gehalten." Während viele Parteifreund_innen des Ermordeten einfach schwiegen oder aktiv an der Rechtsverschiebung mithalfen, hatte Altmaier eine naheliegende Assoziation: die Morde des NSU. Doch „seit den NSU-Morden" – und hier setzt Altmaiers Erkenntnis wieder aus – habe man dies nicht mehr für möglich gehalten. Altmaier verfängt sich in der Logik des Schlussstrichs: nach dem NSU – Uwes tot, Zschäpe hinter Gittern – hätten wir das nicht mehr für möglich gehalten. Wir hingegen schon, möchte man ihm entgegnen, wir, die wir den Schlussstrich nicht gezogen haben. Denn wenn es einen Schluss gab, den man aus dem NSU-Komplex ziehen musste, dann wohl diesen: dass die Gefahr durch rechtsterroristische Netzwerke nach dem NSU nicht vorüber ist – im Gegenteil.

Um die Bedrohungslage jenseits des NSU zu erkennen, hätte es nicht einmal der Empathie mit den Opfern und Überlebenden bedurft. Allein ein Blick in die kalten Zahlen der (unvollständigen) Polizeistatistiken der letzten Jahre hätte genügt, den Anstieg rassistischer Gewalttaten zur Kenntnis zu nehmen, der unzähligen und ungezählten Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, den alltäglichen Terror. Seit Auffliegen des NSU hat die Bundesregierung, der Altmaier angehört, mehrere Todesopfer rechter Gewalt anerkannt. Weitere sind noch immer nicht anerkannt, so etwa die neun Menschen, die am 22. Juli 2016 bei einem rassistischen Terroranschlag im und um das Olympia-Einkaufszentrum (OEZ) in München ermordet wurden. Bis zum heutigen Tag weigern sich die Behörden, die rechtsterroristische Dimension der Tat zu benennen. Bis heute hält der Staat wider besseren Wissens an der These fest, der Mörder David Sonboly habe aufgrund einer Mobbingerfahrung gehandelt, die Auswahl der Opfer sei persönlichen Erfahrungen, nicht aber Rassismus geschuldet. In dieselbe Kerbe schlugen nach dem Oktoberfestattentat 1980 die entpolitisierenden Aussagen der Sicherheitsbehörden zu Gundolf Köhler. Köhler habe „aus einer schweren persönlichen Krise und/oder aus übersteigertem Geltungsbedürfnis gehandelt", hieß es damals von der Bundesanwaltschaft, die 39 Jahre später nun auch für die Ermittlungen im Fall Walter Lübcke zuständig ist. Wie später auch beim NSU tat die Bundesanwaltschaft damals alles dafür, die rechts-



Faksmile via @politicalbeaty



Bild: Webpräsenz der AfD

Oben: Morddrohung unter einem Tweet von Erika Steinbach
Unten: AfD-Propaganda gegen Walter Lübcke

terroristischen Strukturen, in die der Täter eingebunden war, zu verleugnen und ihre Offenlegung zu verhindern. Dieselbe Behörde hat in den Ermittlungen zum Mord an Walter Lübcke keinen Vertrauensvorschuss verdient. Es ist kein abgestumpfter Zynismus zu sagen: Wir erwarten nichts von dieser Bundesanwaltschaft. Die Nicht-Ermittlungen gegen das riesige Netzwerk aus Geheimdiensten und Neonazis rund um den NSU sind nur das jüngste und schockierendste Beispiel in einer langen Reihe staatlicher Verharmlosung rechten Terrors. Bleiben wir realistisch: Auch im Fall Lübcke wird es auf investigative Recherche und antifaschistische Praxis jenseits und mitunter auch gegen die staatlichen Stellen ankommen.

Dienstag, 28. Februar 2017 - 20:14 Uhr Drucken

PFALZ-TICKER

Bad Bergzabern: Kanzlerin Merkel bei Faschingsumzug verunglimpft



Screenshot von rheinpfalz.de

Der rassistische Terror von Christchurch und der antisemitische Terror von Pittsburgh sind noch kein Jahr her. Im März 2018 ermordeten mutmaßlich rechte Polizisten in Rio de Janeiro die linke Politikerin Marielle Franco und ihren Mitarbeiter Anderson Gomes. Franco kämpfte für die Rechte von Frauen und LGBTIQ* und gegen die brutale alltägliche rassistische Polizeigewalt. 2016 ermordete ein Neonazi die britische Labour-Abgeordnete Jo Cox. Vor Gericht antwortete er auf die Frage nach seinem Namen „Tod den Verrätern". Im November 2017 stach ein Rassist mit einem Messer auf den CDU-Politiker und Bürgermeister von Altena in NRW, Andreas Hollstein, ein. Unmittelbar nach der Tat griff der Täter Hollstein für seinen Umgang mit Geflüchteten an. Zwei Jahre zuvor hatte es bereits einen neonazistischen Messerangriff auf die Kölner Oberbürgermeister-Kandidatin Henriette Reker gegeben. Reker, zuvor in Köln für die Unterbringung von Geflüchteten zuständig, überlebte mit viel Glück. Die Aussagen des Täters im Nachgang der Tat lesen sich wie ein durchschnittlicher Kommentar auf PI-News oder jedem anderen rassistischen Drecksblog. Er habe „in 20 Jahren nicht in einer muslimisch geprägten Gesellschaft leben" wollen. Wie viele andere kam auch dieser Täter nicht aus dem Nichts. In den 1980er Jahren war er im Umfeld der neonazistischen FAP, der damals größten militanten Neonazi-Organisation, unterwegs. In der Logik der Sicherheitsbehörden, der Gerichte und von Teilen der Öffentlichkeit handelt es sich bei all den genannten Tätern um isolierte Einzeltäter. Die organisatorische, insbesondere aber die ideologische Einbindung gerät so schnell aus dem Blick oder wird bewusst übersehen. Dabei machen selbst legale neonazistische Organisationen und Parteien kaum ein Geheimnis um ihre terroraffine Strategie. Die Partei „Der Dritte Weg" hängte im Europawahlkampf Plakate mit der Aufschrift „Reserviert für Volksverräter" an Laternenmasten auf. Bewusst wurden diese Plakate an Orten mit hoher symbolischer Bedeutung aufgehangen, in München etwa am Platz der Opfer des Nationalsozialismus oder am Jakobsplatz, an dem die Synagoge Ohel Jakob und das jüdische Gemeindezentrum liegen. Einer, der die Plakate persönlich aufhängte, hatte dort einst gemeinsam mit anderen Neonazis der „Kameradschaft München" einen Bombenanschlag auf die Grundsteinlegung von Synagoge und Gemeindezentrum geplant. Die Mord- und Totschlagsprache der Nazis ist mehr als Provokation oder bloße Gewaltphantasie. Dafür ist dies nur ein Beispiel unter vielen: Dass Neonazis das, was sie sagen auch so meinen. Dass sie sagen, dass sie morden, und dass sie morden, wenn sie niemand daran hindert.

„Taten statt Worte" war das Motto des NSU. Die Strategie des NSU zielte auf Migrant_innen, die sich in Deutschland eine ökonomische Existenz aufgebaut, Familien gegründet und an dieser Gesellschaft teilhatten. Die Morde und Sprengstoffanschläge zielten auf die Normalität einer (post-) migrantischen Gesellschaft und damit auf Millionen von Menschen. In den letzten Jahren sind zunehmend geflüchtete Menschen in den Fokus des rechten Terrors geraten.

Tod den Verrätern

„Merkel (...) is top of the list", schrieb Brenton Tarrant, bevor er in Christchurch 51 Menschen ermordete. Wieso schrieb er das? Wieso setzt ein australischer Terrorist, kurz bevor er in Neuseeland Muslim_innen ermordet, an erster Stelle die deutsche Kanzlerin auf seine Todesliste? In dieser Figur kommen zunächst zwei Elemente zusammen, die für die rechten Hetz- und Gewaltkampagnen, die dem rechten Terror unmittelbar vorausgehen, wesentlich sind: die personalisierte Feindbestimmung, die immer auf die physische und existenzielle Vernichtung aus ist, und die Todesliste. Der NSU, die Gruppe um Franco A., die

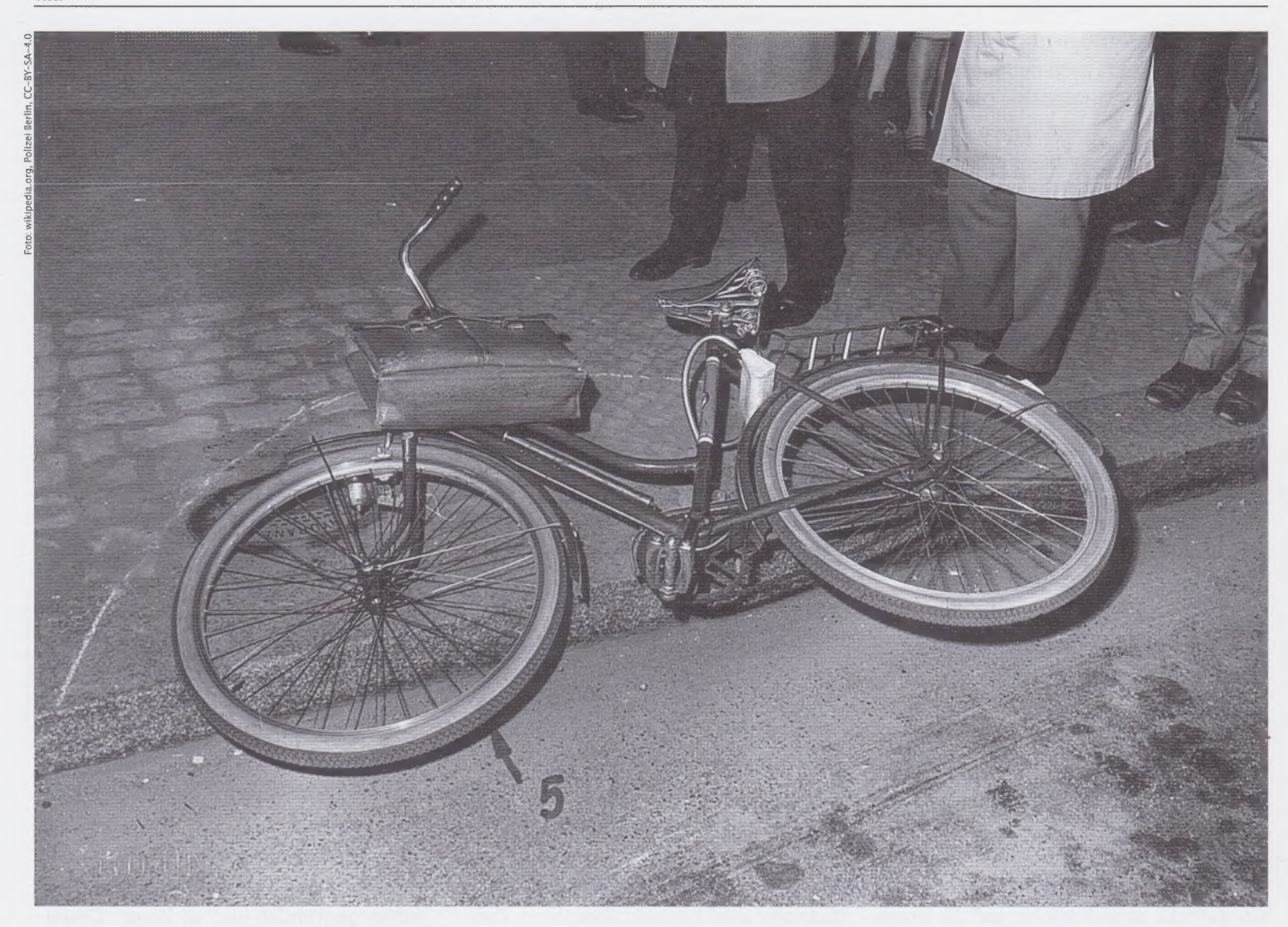


Foto: wikipedia.org, Polizei Berlin, CC-BY-SA-4.0

Das Fahrrad von Rudi Dutschke am Tatort des rechten Attentats in Berlin.

Gruppe Nordkreuz – keine dieser Gruppen kam ohne eigene Todesliste von Feind_innen aus, deren Ermordung sie an einem „Tag X" oder auch früher planten.

Seit 2015 hat die deutsche und auch internationale Rechte Merkel ins symbolische Zentrum ihres mörderischen Hasses gestellt, sie ist „top of the list". Merkel, so geht die Erzählung, habe durch eine vermeintliche Grenzöffnung, die zudem illegal gewesen sei, die Migration nach Deutschland und Europa zu verantworten, die wiederum Teil eines teuflischen Plans zum Völkermord an den Völkern Europas sei. Wir kennen diese Erzählungen aus allen Spektren der faschistischen Bewegungen. Bei den klassischen Neonazis firmiert sie als „Volkstod", bei den Identitären als „Großer Austausch", manch parteipolitisch engagierter (Neo)faschist fabuliert vom „Bevölkerungsaustausch", wie AfD-Chef Gauland oder der österreichische Ex-Vize-Kanzler Strache, andere, wie Akif Pirinçci, sprechen von „Umvolkung". Pirinçci war es auch, der 2015 in seiner „KZ"-Rede auf einer Pegida-Demonstration die rechte Hetzkampagne gegen Walter Lübcke anfachte. Diese Logik des „Verrats" trägt auch dazu bei, dass vor allem Merkel als konservative Kanzlerin so sehr im Zentrum der rechten Hetze steht und sich die mörderischen Angriffe in Deutschland bis jetzt vor allem gegen konservative Politiker_innen richteten: Hollstein, Reker und nun der Mord an Walter Lübcke.

Es sind diejenigen, von denen sich der autoritätsfixierte rechte Mob die harte Hand gegen Geflüchtete und Migrant_innen ersehnt, sodass enttäuschte Wünsche nach autoritärer Gewalt umso stärker in Hass auf die „Verräter" umschlagen. Es lohnt sich, die rechten Hetzschriften gegen Merkel genauer zu betrachten: Was dort vollkommen an der Realität vorbei als „Grenzöffnung" beschrieben wird, ist nichts als das Ausbleiben einer militärischen Intervention gegen die Bewegungen der Migration im Spätsommer 2015. Doch genau darum ging es den Höckes, Kubitscheks und allen anderen Fans des rechten Bürgerkriegs und darauf zielten die unzähligen politischen Aktionen, von den symbolischen Grenzschließungen bis hin zu den Brandanschlägen gegen die Unterkünfte von Geflüchteten. Von der Forderung der AfD, dass „Volk müsse wieder souverän werden", über den Seehoferschen Gedanken gegen die „Herrschaft des Unrechts" bis hin zum rechten Terror – sie alle vereint der Appell an den starken Staat. Und wo dieser ausbleibt, wo die Eliten durch eine vermeintlich liberale Flüchtlingspolitik „das Volk verraten", da leitet sich in der Logik des rechten Bürgerkriegs das Recht zum „Widerstand" ab. Oder um es mit den Worten des Thüringischen AfD-Chefs Björn Höcke von 2015 zu sagen, dessen Landesverband Stephan Ernst im

Stoppt den Terror der Jung-Roten jetzt!

SDS-Dutschke: „Unser Vietnam ist hier in Europa."

Seit Jahren streift mit schöner Regelmäßigkeit immer wieder ein Hauch jugendlichen Zorns unser Land:

- Erst — zwischen 1952 und 1953 — machten randalierende Motorradfahrer unsere Städte unsicher;
- dann — 1956/57 — schmierten junge Rabauken Hakenkreuze an Kirchen und Gräber;
- und jetzt — 1967/68 — gibt es den Wanderzirkus der Revolution — in Berlin, in Bremen, in Freiburg, in Bochum, in Frankfurt. Geschäfte werden demoliert, Autos umgeworfen, Straßenbahnwagen zerstört, Fensterscheiben zertrümmert, friedliche Bürger bedroht, die deutsche Fahne verbrannt und irgendein Kommunistensymbol gehißt.

Man darf über das, was zur Zeit geschieht, nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Und man darf auch nicht die ganze Drecksarbeit der Polizei und ihren Wasserwerfern überlassen.

Schlafen unsere Richter? Schlafen unsere Politiker?

Wie lange wollen sie noch zulassen, daß unsere jungen Leute von roten Agitatoren aufgeholzt, daß unsere Gesetze in Frage gestellt, unterwandert und mißachtet werden?

Sind wir denn eine Apfelsinen-Republik, in der man Recht und Gesetz, Autorität und Ordnung unter fadenscheinigen Vorwänden mit Füßen treten darf? In der man den gesetzestreuen Bürger zum Trottel, den Gesetzesbrecher zum Helden machen darf? Und in der man den Amerikanern ungestraft die Fenster einschlagen darf, den gleichen Amerikanern, die uns militärisch schützen. Ein Schutz, der die Vorbedingung ist, daß bei uns überhaupt in Freiheit demonstriert werden kann.

Aber unsere Jung-Roten sind inzwischen so rot, daß sie nur noch rot sehen, und das ist gemeingefährlich und in einem geteilten Land lebensgefährlich. Stoppt ihren Terror jetzt!

BILD



Faksimile Bild-Zeitung

Ein Beispiel dafür, wie die Bild-Zeitung Dutschke zum Feindbild aufbaute.

Jahr darauf mit einer Spende bedacht haben soll: „Wenn wir diese Entwicklung" – gemeint ist die Migration von Flüchtlingen nach Deutschland und Europa – „nicht stoppen, dann prognostiziere ich einen Bürgerkrieg".

Es ist offenkundig, dass dieses Denken verschwörungsideologische Züge beinhaltet. Daher wird auch der Hinweis auf die permanente militärische Aufrüstung der EU-Außengrenzen oder darauf, dass die Regierung Merkel in Deutschland die migrationsfeindlichsten Gesetze in der Geschichte der Bundesrepublik zu verantworten hat, nicht auf fruchtbaren Boden stoßen. Die Rechten sind nicht dazu in der Lage, Migration und Flucht als das zu erkennen, was sie sind, nämlich eine autonome Bewegung und die praktische Einforderung des Rechts auf globale Bewegungsfreiheit. Sie begreifen sie stattdessen als teuflisches Mittel, mit dem die Eliten versuchen, das Volk in seiner Homogenität zu zerstören. Wir kennen die wesentlichen Aspekte dieses Wahns aus dem Antisemitismus und daher ist es auch wenig verwunderlich, dass neben Merkel vor allem der Shoah-Überlebende George Soros als Drahtzieher der Migration ausgemacht wird – oder aber Merkel zur „Jüdin" oder „jüdischen Agentin" erklärt wird. Und wie schon immer zielt diese Logik auf die mörderische Auslöschung des „Feindes" und seiner „Agenten" – dies ist der Mechanismus hinter dem Schlagwort „Volksverräter".

Es lässt sich vermuten, dass der Fall Lübcke der erste (bekannte) Neonazimord nach der Strategie NSU 2.0 ist. Nun geraten auch Politiker_innen und Funktionsträger_innen als „Volksverräter" verstärkt in den Fokus rechter Gewalt. Es wäre falsch, darin etwas vollkommen Neues zu sehen, oder gar von einer „neuen Dimension" oder eines neuen Ausmaßes rechten Terrors zu sprechen, weil neben Migrant_innen und Geflüchteten jetzt Menschen aus der buchstäblichen „Mitte der Gesellschaft" von Neonazis ermordet werden. Diejenigen, die bisher kein Verständnis für die Gefahren rechten Terrors und nichts für seine Opfer übrig hatten, bleiben auch jetzt, da es gewissermaßen „einen von ihnen", einen politischen Beamten der CDU, getroffen hat, erstaunlich still. Vielleicht fühlen sich manche konservative Akteure in ihrer politischen Agenda näher bei der Ideologie des Täters als bei dem Symbol, das Lübckes Politik darstellte. Insgeheim hat man Verständnis für die Motivation zur Eskalation, mit „Merkel", „Bahnhofsklatschern" oder „flüchtlingsfreundlicher" Politik möchte man ohnehin nichts zu tun haben. Den rechten Terror hier als solchen zu benennen hieße auch, Zugeständnisse gegenüber linken Analysen und Forderungen zu machen, die schon lange auf die Realität und Brisanz rechten Terrors hinweisen.

Es geht hier nicht um Einzeltäter

Jeder Mensch, der durch rechte Gewalt stirbt, verdient Anerkennung und Trauer – das heißt nicht, dass wir aus Walter Lübcke nachträglich einen linken Antifaschisten machen wollen. Lübcke platzte angesichts der unerträglichen rassistischen Hetze der Kragen und geriet dadurch ins rechte Visier. Lübcke wurde von Neonazis und Rassist_innen zum Symbol für eine bessere, eine solidarische und antirassistische Gesellschaft gemacht, weil er daran erinnerte, dass Flüchtlinge Menschenrechte besitzen. Der Angriff auf ihn gilt uns allen. Der Mord an Lübcke handelt nicht nur von Stephan Ernst, der verdächtigt wird Lübcke auf dessen Terrasse hingerichtet zu haben. Er handelt auch nicht nur von den Netzwerken, in die Stephan Ernst eingebunden war und den möglichen Mittäter_innen und Unterstützer_innen, die es nun zu ermitteln gilt. Der Mord wurde auch möglich durch die rechte Hetze, die unzähligen Übergriffe, Hetzkommentare und Mordaufrufe. 1968 schoss ein Neonazi auf Rudi Dutschke, nachdem es eine jahrelange Hetzkampagne rechter Medien und der BILD-Zeitung gegen ihn und die Student_innenbewegung gegeben hatte. Ein Tag nach dem Mordversuch skandierten die Demonstrant_innen „Bild hat mitgeschossen". Das war eine polemische Zuspitzung und zugleich eine richtige Analyse. Sicherlich täte ein direkter Vergleich beider Fälle sowohl Dutschke als auch Lübcke Unrecht. Aber dennoch: Ohne die jahrelange Hetzkampagne rechter Organisationen, Parteien und Medien hätte es diesen Mord nicht gegeben: Erika Steinbach hat mit geschossen! Akif Pirinçci hat mit geschossen! PI-News hat mit geschossen! Die AfD hat mit geschossen! •

TITEL

30 Jahre Asyl-Diskurs, 30 Jahre rechter Terror

ROBERT FIETZKE

In der Nacht vom 1. auf den 2. Juni 2019 wird der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke (CDU) auf seiner Terrasse mit einem Kopfschuss aus nächster Nähe hingerichtet. Der mutmaßliche Täter Stephan Ernst, ein 45-jähriger Neonazi, gesteht erst und widerruft dann sein Geständnis – wohl aus taktischen Gründen.

Ein Mord mit hundertfacher Ansage

Dem Mord voraus geht eine jahrelange Kampagne extrem rechter Akteur*innen gegen Walter Lübcke, die im Herbst 2015 ihren Anfang nimmt. Der CDU-Politiker trifft bei einer Bürger*innenversammlung anlässlich der Eröffnung einer Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete in Kassel auf rassistische Pöbler. Nach mehrmaliger Unterbrechung durch die Störer erwidert Lübcke, dass man in Deutschland für Werte eintreten müsse. „Und wer diese Werte nicht vertritt, der kann jederzeit dieses Land verlassen, wenn er nicht einverstanden ist. Das ist die Freiheit eines jeden Deutschen." Daraufhin wird es laut. Buhrufe, Raunen, Schreie. Ein bei Youtube hochgeladenes Video dokumentiert die Szenerie. Ein Mann, der sehr nah an der Kamera steht oder möglicherweise selbst filmt, sagt laut: „Ich glaub's nicht!" und ruft in den Saal „Pfui! Verschwinde!". Dieser Mann ist Stephan Ernst. Eine Lawine an Hass-Mails erreicht in den nächsten Tagen das Regierungspräsidium. Dann greift der Blog „pi-news" die „Story" auf. Lübckes Adresse und Telefonnummer werden veröffentlicht. Auch die AfD springt auf den rollenden Zug aus Vernichtungsfantasien auf und postet etwas dazu auf ihrer Facebookseite. In den Kommentarspalten wird bereits sein Kopf gefordert. Nach und nach ebbt die gezielte silencing-Kampagne ab – bis Erika Steinbach, inzwischen Vorsitzende der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung, im Februar 2019 erneut etwas dazu bei Twitter postet. Wieder ergießt sich der Hass in den sozialen Medien. „Dieser Hans Wurst gehört gelyncht" heißt es unter anderem. Wenige Monate später wird Walter Lübcke tatsächlich gelyncht. Ein Mord mit hundertfacher Ansage.

Der Intensivtäter wird häuslich – und verschwindet vom Radar

Die Biografie des mutmaßlichen Täters, Stephan Ernst, gibt Aufschluss über den Zusammenhang zwischen früheren Gewalt- und Ermächtigungserlebnissen in einem neonazistischen Umfeld und den gesellschaftlichen Diskursen. 1989, mit 15 Jahren, setzt er ein Mehrfamilienhaus in Aarbergen-Michelbach (Hessen) in Brand. Mit 19 sticht er auf einer öffentlichen Toilette mit einem Messer auf einen „Ausländer" ein und verletzt ihn dabei lebensgefährlich. Mit 20 versucht er, eine Asylunterkunft mit einer selbst gebastelten Rohrbombe in die Luft zu jagen, was nicht gelingt, weil die Bewohner*innen der Unterkunft die Explosion verhindern. Danach wandert er für sechs Jahre ins Gefängnis. Nach Absitzen der Gefängnisstrafe wendet er sich wieder seinen neonazistischen Netzwerken zu. Er macht Wahlkampf für die NPD, was ihm den Spitznamen „NPD-Stephan" einbringt. 2003 ist er laut Ermittlungsakte sogar an einem gemeinschaftlichen Totschlag beteiligt. Ab 2005 gibt es keine Einträge mehr. Er kauft ein Haus, renoviert und zieht mit Ehefrau und Kindern ein. Doch er ist weiterhin aktiv. Ein Video zeigt ihn bei einer Auseinandersetzung im Februar 2007 in Kassel am Rande einer DGB-Bildungsveranstaltung. Es kommt zu Wortgefecht und Schlägerei. Am 1. Mai 2009 greift er mit anderen Kameraden eine DGB-Demonstration an und erhält dafür eine Bewährungsstrafe. Insgesamt weist seine Akte 37 Einträge auf. Eine „stolze" Neonazi-Karriere über einen Zeitraum von 20 Jahren. Trotzdem verschwindet Ernst ab 2010 vom Radar der Sicherheitsbehörden.

Früh-Radikalisierung im Zeichen der „Wende"

Die Parallelen zum NSU sind bestechend. Ebenso wie Mundlos, Böhnhardt, Zschäpe und ihre zahlreichen Unterstützer*innen findet die Früh-Radikalisierung in den Umbruchzeiten der „Wende" statt. Im Zusammenhang mit der Perestroika-Transformation, dem Zusammenbruch des Ostblocks und kriegerischen Konflikten auf dem Gebiet Jugoslawiens steigen die Flüchtlingsbewegungen Anfang der 1990er-Jahre in Europa stark an. Schon Ende der 1980er-Jahre starten die Unionsparteien eine dezidiert rassistisch und zum Teil antiziganistisch aufgeladene Kampagne gegen Zuwanderung, Geflüchtete und das Grundrecht auf Asyl. Sie weben Kampfbegriffe wie „Asylmissbrauch" in den Diskurs ein. Auf einem CDU-Wahlplakat aus Bremen von 1991 ist zu lesen:



Sommer 1992: Auch in Quedlinburg im Harz kommt es zu einem rassistischen Pogrom. Neonazis und Bürgermob greifen eine Woche lang das städtische Flüchtlingsheim an. Die Polizei greift nicht ein. Erst eine Antifa-Demonstration bereitet dem ein Ende. Schließlich lässt die Landesregierung die Flüchtlinge in andere Städte verlegen. Der Forderung der Neonazis wird nachgegeben.

„Asylmissbrauch beenden. Schein-Asylanten konsequent abschieben. Grundgesetz ändern." Unterstützung erhält diese Kampagne auch von Leitmedien. Die BILD titelt „Fast jede Minute ein neuer Asylant!", während der SPIEGEL schon 1990 fragt: „Asyl in Deutschland? Die Zigeuner". „Das Boot ist voll" wird zum raumgreifenden Apokalypse-Sprachbild einer rassistischen, flüchtlingsfeindlichen Bewegung aus Parteien, Medien und von Neonazis angeführten Menschenmassen auf der Straße, die in Pogromen und Morden mündet. Trotz den nicht enden wollenden rassistischen Gewalteruptionen, für die Ortsnamen wie Hoyerswerda[1], Rostock Lichtenhagen[2] und Mölln[3] beispielhaft stehen, und die viele Todesopfer gefordert haben, reißt die Kampagne gegen Zuwanderung und das Grundrecht auf Asyl nicht ab. Am 6. Dezember 1992 knickt die SPD unter Lafontaine ein. Der „Asylkompromiss" steht. Die Neuregelung, die im Mai 1993 im Bundestag verabschiedet wird, schränkt den Artikel 16 des Grundgesetzes so sehr ein, dass das Grundrecht auf Asyl faktisch abgeschafft wird. Drei Tage später feiern vier junge Neonazis aus Solingen diesen „Erfolg", als sie Brandsätze auf ein von zwei türkischen Familien bewohntes Haus werfen und dabei fünf Menschen ermorden. Der damalige CDU-Bundeskanzler Helmut Kohl schlägt die Einladung, an der Trauerfeier teilzunehmen mit der Begründung aus, er wolle nicht in „Beileidstourismus" verfallen.

Rechter Terror und seine politische Satisfaktion

Zwei Charakteristika sind im Hinblick auf den rechten Terror der frühen 1990er-Jahre besonders zentral: Die für eine ganze junge Generation an Neonazis besonders prägsamen Gewalt- und Terror-Erfahrungen und die die Gewalt legitimierenden Reaktionen aus der Politik. Mit Akten rechten, rassistischen Terrors faktisch politische Erfolge einzufahren und bestimmte Forderungen zumindest teilweise erfüllt zu bekommen, prägen das Aktionsbild von Neonazis bis heute. Am Beispiel von Stephan Ernst lässt sich zudem ablesen, dass der gegenwärtige Asyl-Diskurs, der in der Schärfe und Menschenverachtung dem der frühen 1990er-Jahre in nichts nachsteht, nicht nur eine Neu-Radikalisierung weiter Teile der Bevölkerung bedeutet, sondern auch eine Re-Radikalisierung älter gewordener Neonazis mit sich gebracht hat. In seinem widerrufenen Geständnis nimmt Ernst Bezug auf zwei Ereignisse, die ihn „aufgewühlt" hätten, die Kölner Silvesternacht 2015/16 und der islamistische Anschlag in Nizza 2016. Offensichtlich stellte Lübcke eine Projektion für sämtliche Feindbilder im Zusammenhang mit der „Flüchtlingsfrage" dar, eine Projektion, die nahe genug wohnte und gesamtschuldnerisch für die „Invasion" und den „Volkstod" zur „Rechenschaft" gezogen werden sollte. Mit Blick auf die zahlreichen Verschärfungen des Asyl- und Aufenthaltsrechts seit 2014 kann festgestellt werden, dass sich nur wenig am Mechanismus geändert hat, dass die konkrete Tat auch konkrete politische Wunschergebnisse nach sich zieht. Weder der Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses noch die zahllosen rechten Brand- und Mordanschläge der letzten fünf Jahre haben ein Umdenken der politischen Akteur*innen im Zusammenhang mit der Bekämpfung rechten Terrors mit sich gebracht. Im Gegenteil, es scheint, als gingen der konkrete Terror gegen Geflüchtete, Muslime, Linke und Andersdenkende und die fortwährende Entrechtung geflüchteter Menschen im Gleichschritt, als sich bedingende und beschleunigende Anteile. Dass rechte Terrorpolitik auch heute faktisch erfolgreich ist, ist dabei auch eine Spätfolge der Versäumnisse der Vergangenheit. Sie haben es möglich gemacht, dass eine alte Generation von Neonazis ihre Erfolgserfahrungen mit politischer Gewalt an eine nachgewachsene Generation weitergeben konnte. Von diesen Erfahrungen profitieren wiederum andere Akteur*innen, die es in ihrem Ansinnen, sich auf den „Tag X" vorzubereiten, noch etwas ernster meinen, Waffendepots anlegen und schon mal Leichensäcke und Ätzkalk bestellen. Wird dieser Mechanismus der politischen Satisfaktion nach rechtem Terror nicht endlich durchbrochen, werden immer neue Legitimationsrahmen für eben diesen entstehen. Diese Entwicklung ist spiralförmig und ein Ende ist kaum abzusehen. •

1 Im September 1991 veranstalten Neonazis, angefeuert und unterstützt von 500 Anwohner*innen, ein rassistisches Pogrom in Hoyerswerda. Molotow-Cocktails und Steine werden unter Beifall auf Vertragsarbeiter- und Flüchtlingswohnheime geworfen. Insgesamt werden 32 Menschen verletzt. Die Polizei greift nicht ein. Die Opfer dieses rassistischen Fanals werden „evakuiert", die meisten werden abgeschoben. **2** Ein Jahr später, im August 1992, fliegen Molotow-Cocktails in das „Sonnenblumenhaus" im Rostocker Stadtteil Lichtenhagen, in dem 120 Vietnames*innen eingeschlossen sind. Deutsche klettern Balkone hoch, um zu lynchen. 2.000 applaudieren bei Bier und Bratwurst. Ein deutscher Sommer.
3 Im November stecken zwei Neonazis zwei von türkischen Familien bewohnte Häuser in Mölln (Schleswig-Holstein) in Brand. Die beiden 10- und 14-jährigen Mädchen Yeliz Arslan und Ayşe Yılmaz sowie ihre Großmutter Bahide Arslan (51) sterben in den Flammen, neun Menschen werden verletzt.

TITEL

Deutsch-amerikanische Freundschaft

Verbindungen deutscher Terrorstrukturen in die USA

DIRK LAABS

Die Reaktion der Öffentlichkeit auf den Mord an Walter Lübcke hat erneut deutlich gemacht, dass die Neonazi-Szene in Deutschland noch immer unterschätzt und missverstanden wird. Die Überraschung darüber, dass ein Neonazi einen Politiker als Opfer ausgewählt hatte, zeigte eindrucksvoll, dass weder das Attentat auf die Kölner Oberbürgermeisterkandidatin Henriette Reker noch die vielen NSU-Untersuchungsausschüsse das Verständnis der Neonazi-Bewegung wirklich vertieft hat. Ihre Ziele und Struktur werden nach wie vor zu oft falsch gedeutet. Weder werden Neonazis erst dann gefährlich, wenn sie ihr ultimatives Ziel, die Machtergreifung, erreicht haben, noch sind nur die scheinbar offensichtlichen Opfer – Migranten etwa – in Gefahr. War für die NSDAP der Antisemitismus die treibende Kraft, mit dem man die Anhänger mobilisierte, ist es heute ein radikaler Rassismus, der sich auf eine internationale Bewegung bezieht. Viele deutsche Neonazis haben seit Jahren angelsächsische Vorbilder und wähnen sich in einem weltweiten „Rassenkrieg". Dabei wird jedoch nicht nur die „feindliche Rasse" bekämpft: Jeder, der sich in diesem Krieg auf die vermeintlich falsche Seite stellt, kann zum Opfer werden, auch und gerade Bedienstete des Staates.

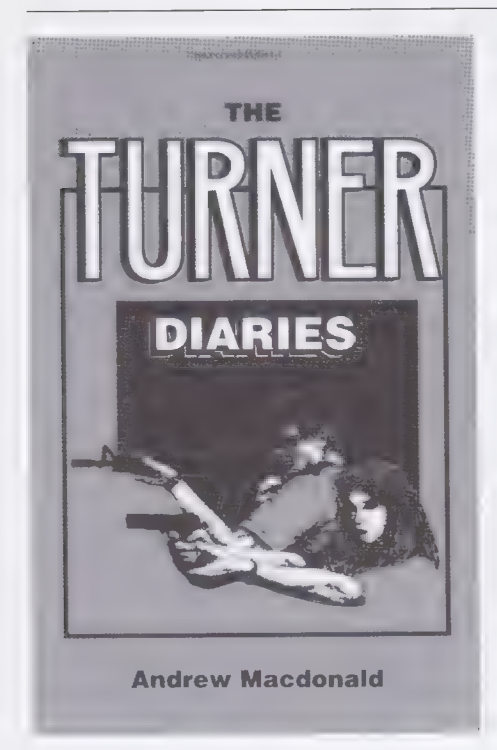
Die bislang bekannten ideologischen Wurzeln des – zunächst geständigen – Lübcke-Attentäters Stephan Ernst belegen das. Er gehört zum Umfeld von „Combat 18", „Combat 18" gilt wiederum als der bewaffnete Arm der verbotenen Gruppe „Blood & Honour". Die Gruppe liefert nicht nur Struktur und Kontakte, sondern auch die passende Ideologie, die im Wesentlichen in den USA zugespitzt wurde – und seit den frühen 1990er Jahren führende deutsche Neonazis wesentlich mit prägte, nicht zuletzt die wichtigsten Unterstützer des NSU in Sachsen und Thüringen. Aus Nationalisten wurden radikale Rassisten, die weltweit miteinander im Kontakt stehen.

Die weiße Utopie

Der Sänger der RechtsRock-Band „Skrewdriver", Ian Stuart Donaldson, stammte aus England. Er gründete „Blood & Honour" (B&H) und fand dabei seine wesentliche Inspiration in den USA, als er dort die rassistische Ideologie des „Ku-Klux-Klan" (KKK) kennenlernte. 1989 trat Donaldson in den Klan ein und gründete eine zweite Band, „The Klansmen". Auf der Rückseite eines Albums hatte Donaldson ein Foto abdrucken lassen, auf dem er einem Klan-Anführer die Hand schüttelt. Das Foto war kein Werbegag: Donaldson war ein fanatischer Rassist, der schon in den 1980er Jahren im Gefängnis saß, weil er eine Nigerianerin angegriffen hatte. Bei einem seiner Konzerte in Deutschland formulierte er seine persönliche Utopie so: „One day white people of the world will get together and the new order will be ours."[1]

Die Idee, die der KKK im wesentlichen vorgegeben hatte und nun durch B&H aufgegriffen wurde, funktioniert bis heute in der rechten Szene, vor allem auch in Deutschland: Die „weiße Rasse" handele aus Notwehr, die „Weißen" selber seien das Opfer, die anderen – in dem Fall die Afroamerikaner und ihre Komplizen in der jeweiligen Regierung –, missbrauchten ihre Position, um die Macht an sich zu reißen und die „weiße Rasse" zu unterdrücken. Dabei würden sie von jüdischen Mächten manipuliert. Die Kernideologie der NSDAP spiegelt sich nicht zufällig in dieser Idee wieder. Die Ideologie des radikalen Rassismus' des KKK fiel deswegen in den frühen 1990er Jahren in der deutschen rechten Szene auf fruchtbaren Boden. Hier verfing zudem das Angebot, das diese Ideologie Neonazis in aller Welt machte: Man konnte zum Held werden, denn die „unterdrückte weiße Rasse" sei auf der Suche nach Kämpfern, die einen aussichtslosen, mutigen Krieg führen müssten, um alle Weißen am Ende in die Freiheit zu führen. Jeder konnte zu dieser „Elite" gehören, er musste nur wollen – und „weiß" sein. Jedes Mittel war der Elite erlaubt – ausdrücklich auch terroristische Anschläge.

Die Bezüge zwischen Deutschland und den USA waren dabei schon zuvor nicht abstrakt, sie waren vielmehr konkret und vielfältig. Der deutsche Rechtsterrorist Manfred Roeder hatte schon in den 1970er Jahren Kontakte zum Klan aufgebaut, er wohnte 1980 dann sogar kurzzeitig bei Tom Metzger, Anführer der Gruppe „White Aryan Resistance" (WAR).[2] Auch in den späten 1990er Jahren hatten die neuen Schlüsselfiguren der deutschen Neonazi-Szene intensiven Kontakt mit Vordenkern aus den USA. Darunter waren auch deut-



sche Neonazis, die aus dem direkten Umfeld des NSU stammten. Diese Kontakte sind nach wie vor nicht vollständig aufgeklärt, insbesondere weil verschiedene Sicherheitsbehörden ihr Wissen bis heute unter Verschluss halten.

„Germany needs a little more terrorism"

Tino Brandt, Chef des „Thüringer Heimatschutz", Freund der Kernmitglieder des NSU, V-Mann des Verfassungsschutzes, war für diverse deutsche Nachrichtendienste auch deswegen interessant, weil er umfangreiche Kontakte ins Ausland unterhielt.

Brandt reiste spätestens 2001 in die USA. Dort verbrachte er mehrere Tage mit einem der einflussreichsten Vordenker der rechten Terror-Szene: William Luther Pierce, Chef der „National Alliance". Die deutschen Nachrichtendienste hielten Pierce für eine große Bedrohung und waren offenbar sehr gut informiert: „Bei einem Gespräch soll er gesagt haben ‚Germany needs a little more terrorism.' Konkret meinte er damit Anschläge gegen Richter, Staatsanwälte, Politiker und Journalisten."[3] Dass Tino Brandt, Bekannter der NSU-Mitglieder, engen Kontakt zu Pierce hatte, ist vor diesem Hintergrund besonders interessant. Zu dem Zeitpunkt des Treffens hatte der NSU bereits mit dem Morden begonnen. Dennoch fällt auf, dass zwei Männer sich trafen, die eine große Gruppe anführten, selber nie belangt wurden, aber intensiven Kontakt zu späteren Terroristen hatten.

In einem Interview mit dem Autoren bestätigte Brandt den engen Kontakt zu dem Chef der „National Alliance": „Ich habe Dr. William Pierce bei der National Alliance getroffen und mich mehrere Tage mit ihm unterhalten. Ich habe ihn als angenehmen Mensch kennengelernt und ich weiß, dass er Autor verschiedener Bücher ist. Und dass er damals verschiedene Deutsche unterstützt hat in den USA. Man hat sich über den Aufbau der Bewegung in den USA unterhalten. Er hatte Interesse an unserer Arbeit in Deutschland, vor allem in Thüringen, an der Bewegung, an den Zusammenhängen zwischen heutigem Aktionismus und dem damaligen Nationalsozialismus im Vergleich."[4]

Tatsächlich hatte Pierce, als er Brandt empfing, seit langem versucht, eine Verbindung mit deutschen Neonazis aufzubauen. Schon im September 1996 war ein Abgesandter von ihm, der US-Neonazi Erich Gliebe, nach Europa gereist. Er nahm dort auch am „Europäischen Jugendkongress" teil, den NPD und die JN organisiert hatten - man traf sich in Thüringen. In einem internen Vermerk einer deutschen Behörde heißt es: „Diese Europa-Reise sollte der Anwerbung von Mitgliedern dienen, um für die ‚NA' eine Zellstruktur, vor allem in DEU aufzubauen." Ein führender Neonazi aus den USA sagte später in Haft aus, dass es ein „operationsfähiges" Klan-Netz in Europa gebe, damit waren vor allem die Kontakte von Pierce gemeint. William Pierce reiste schließlich 1999 selber zu einem Kongress der NPD und JN in Deutschland.

Dass vor dem Hintergrund der Morde des NSU, deren Mitglieder sich genau in der Zeit in Thüringen zunehmend radikalisierten, diese Verbindungen etwa von einem der vielen NSU-Ausschüsse nie genau beleuchtet werden konnten, passt in das Gesamtbild einer gescheiterten Aufklärung.

„Der Einfluss des Buches kann nicht hoch genug veranschlagt werden"

Bekannt wurde William Pierce für einen Roman, den er Ende der 1970er Jahre verfasst hatte: „The Turner Diaries - Die Tagebücher des Earl Turner". Im Zentrum der Erzählung steht die Figur Earl Turner, dessen Tagebuch 100 Jahre nach den darin beschriebenen Ereignissen gefunden wird. Der fiktive Turner erlebt, wie weiße Christen 1991 einen Bürgerkrieg in den USA anzetteln - und mit großer Brutalität aus dem Untergrund heraus führen. Das Buch wurde Vorbild für weiße Rassisten auf der ganzen Welt. Denn Pierce hatte die Realität einfach umgedreht - nicht die Nachfahren der Sklaven waren die Opfer, sondern „die Weißen". Er sprach damit Leser an, die längst Rassisten waren und nur noch überredet werden mussten, ihren Hass in Aktion umzusetzen.[5]

Die Handlung beginnt im September - wie später auch die Mordserie des NSU. Nachdem die Bundesbehörden Afroamerikaner schicken, um Turner und allen weißen Christen ihre Waffen wegzunehmen, geht er in den Untergrund. Mit anderen Aufständischen überfällt er Banken und Geldtransporter, fälscht große Mengen Geld, um die Bundesbehörden bekämpfen zu können. Turner und Komplizen sprengen dann ein FBI-Gebäude in die Luft, töten dabei 700 Menschen. Geführt wird der Aufstand von einer Gruppe, von der selbst viele Kämpfer nichts wissen dürfen - „The Order". In einem internen Papier einer deutschen Sicherheitsbehörde heißt es: „Der Einfluss des Buches kann nicht hoch genug veranschlagt werden." In der Tat wird das Buch von Rassisten weltweit schnell als technische Anleitung und Manifest verstanden, weniger als fiktiver Roman.

In einem Interview mit dem Autoren sagte Tino Brandt über das Buch: „Ich habe das in meiner Jugend gelesen und habe auch ein Buch mit Widmung von Dr. W. Pierce." Wie lautete die Widmung? „Meinem Kameraden Tino Brandt." Und wie fand er das Buch? „Es war nach meiner Meinung sehr realistisch, authentisch geschrieben. Man konnte sich das vorstellen, dass es zu solchen Vorkommnissen in den USA kommen kann." Solche Vorkommnisse: Eine US-Regierung unterdrückt Weiße, die sich angeblich wehren müssen und Millionen von Afroamerikanern werden bei Pogromen im Laufe eines Bürgerkriegs ermor-





Links unten: Uwe Menzel, Urgestein der Potsdamer RechtsRock-Szene posiert mit einer Pumpgun während einer USA-Reise Ende der 1990er Jahre.

Rechts: Die Chemnitzer Neonazis Thomas Starke (mitte) und Hendrik Lasch (links) aus dem NSU-Bekanntenkreis. Hier Ende der 1990er Jahre in den USA, in Pose mit diversen großkalibrigen Waffen.

det, später werden alle „Nicht-Weißen" bei einem Genozid getötet. Der Traum von Massenmord aus Rassenhass, als Selbstverteidigung verbrämt.

Der intensive Austausch zwischen dem V-Mann Brandt und Pierce ist auch deswegen interessant, weil der NSU von einer Gruppe inspiriert gewesen zu sein schien, die sich direkt auf die „Turner Diaries" bezog. Der Rassist Bob Matthews gründete tatsächlich eine Gruppe „The Order", wie sie auch in dem Buch beschrieben wurde. Die Mitglieder fälschten wie das Vorbild Turner Dollar-Noten, überfielen Geldtransporter, Banken und ermordeten einen jüdischen Radiomoderator. Ein Teil der Beute spendeten „The Order" auch William Pierce, ähnlich wie später der NSU Teile des Geldes aus Banküberfällen an die Redaktionen von Neonazi-Magazinen schickte und in einem beiliegende Brief zu gewaltsamen Aktionen aufrief.

„The Order" wurde folgerichtig unter anderem auch vom NSU-Unterstützer André Eminger verehrt. Er verantwortete das Skinzine „Aryan Law and Order", in dem „The Order" schon im Jahr 2000 als Vorbild gefeiert wurde: „Es handelt sich hierbei aber nicht um eine neue Bewegung, die mit den anderen konkurriert. Nein, hier handelt es sich um Elitekämpfer, die aus den besten Leuten der verschiedenen Bewegungen [sic], die schon existierten. ... Es ist eine neue Art des Kampfes, einer Untergrundbewegung."[6] Es gibt noch weitere verblüffende Überschneidungen zwischen den Büchern von Pierce und dem NSU. Einen weiteren Roman – „The Hunter" – widmete Pierce nicht nur dem Klan-Mitglied und Serienmörder Joseph Paul Franklin, er beschrieb praktisch Franklins Morde in dem Buch.[7] Der rassistische Mörder hatte zwischen 1977 und 1980 mindestens zwanzig Menschen getötet, dabei Afroamerikaner nur wegen ihrer Hautfarbe ermordet, zudem Banken überfallen und Bomben gelegt. Bei einigen Taten hatte er ein Fahrrad benutzt, um zum Tatort zu kommen.[8] Ähnlich wie später der NSU in Deutschland also. Ob die Mitglieder des NSU die Taten vom Franklin kannten oder von ihnen inspiriert wurden, ist jedoch unklar.

„Handbuch für den Sieg der Weißen"

Die „Turner Diaries" leiteten auch weitere Terroranschläge konkret an. Timothy Mc Veigh, der mit zwei Komplizen 1995 einen Gebäude in Oklahoma in die Luft sprengte, in der US-Bundesbehörden untergebracht waren, hatte kopierte Seiten aus dem Buch bei der Tatausführung dabei. McVeigh war besessen von den „Diaries", er verteilte Kopien, mit Unterstreichungen, an Bekannte, Freunde, und als er selber noch Soldat war, an andere Soldaten.[9] In dem Roman beginnt die „Revolution" der „weißen Christen" mit einem Angriff auf ein Gebäude des FBI – das vollzieht McVeigh mit seinen Komplizen später exakt nach. Eine deutsche Sicherheitsbehörde nahm sogar an, dass McVeigh und seine Komplizen die Zusammensetzung der Bombe – 2,4 Tonnen Selbstlaborat – aus dem Buch übernommen hatte. Die Tagebücher waren, so die Analysten, nur ein schlecht getarntes „Handbuch für den Sieg der Weißen" – es bestehe „vorwiegend aus Lektionen in Sachen Überleben, Guerillataktik u. Mordtechniken."

Tatsächlich richteten sich auch in Europa rechte Terroristen nach dem Buch. David Copeland, der 1999 innerhalb von dreizehn Tagen drei Nagelbomben in London zündete, bezog sich ausdrücklich auf Pierce. Der Berliner Neonazi Kay Diesner, der zwei Jahre zuvor den linken Buchhändler Klaus Baltruschat mit einer Pumpgun anschoss, auf der Flucht einen Polizisten tötete und einen weiteren schwer verletzte, benannte ebenfalls Pierce als seine Inspiration. Er sagte in einem Interview mit anderen Neonazis: „Jeder sollte erkennen, wie die Welt da draußen wirklich ist. Er kann sich letztendlich nur für unsere Sache entscheiden. Die Turner Tagebücher sagen und zeigen alles, was von Wichtigkeit ist. Lasst sie uns in die Tat umsetzen."[10] Diesner hatte Pierces Buch so verstanden, wie es gemeint war: Als Aufruf zum Mord. Kay Diesner hatte sich nicht nur auf die „Turner-Diaries" bezogen, sondern sich auch als Mitglied des „Weißen



Arischen Widerstand“ bezeichnet. Dass also Tino Brandt – eine Kontaktperson des NSU – gut mit dem Autoren Pierce bekannt war, hätte mehr Aufmerksamkeit erregen müssen.

„Weißer Arischer Widerstand“

Es ist auffällig, wie eng deutsche und US-amerikanische Szenen darüber hinaus zusammenhingen. Einer der wichtigsten Unterstützer des NSU, Thomas Starke, damals Vizechef der sächsischen „B&H“-Sektion, reiste 1997 in die USA und traf dort eine Neonazi-Band, die auch die rassistische Klan-Ideologie vertrat. Man posierte damals gemeinsam mit Waffen. Die Richtung war also immer klar. Der NSU-Unterstützer André Eminger druckte mit seinem Bruder zudem ein Statement von Tom Metzger in seinem Magazin „Aryan Law and Order“ ab: „Wir unterstützen alles, was unserer Rassenkultur nutzt... Die schlimmste terroristische Organisation dieses Land ist die sogenannte Bundesregierung.“ Die Jenaer Mitglieder des NSU hatten in einer Garage, in der sie Rohrbomben und das Archiv ihrer Gruppe lagerten, eine Adresse von Metzger in den USA in den Unterlagen.

Metzgers Mitstreiter war Dennis Mahon. Dieser wiederum stand in engem Kontakt mit Timothy McVeigh. Mahon verfolgte zudem das gleiche Ziel wie William Pierce, der McVeigh so inspiriert hatte: Den Aufbau von Strukturen in Deutschland, weswegen Mahon schon 1991 dorthin reiste. In einem Interview erklärte er den Hintergrund: „Wenn die Entwicklung ... so weitergeht, dass mexikanische und japanische Einwanderer unser Land überschwemmen, dann ist die weiße Rasse vom Aussterben bedroht. Dann müssen wir Arier nach Europa zurück. Deswegen haben wir keine andere Wahl, als den Europäern, vor allem den Deutschen, in ihrem Kampf für ein weißes Europa zu helfen.“[11] 2012 wurde Mahon zu 40 Jahren Gefängnis verurteilt. Er hatte 2004 in Arizona eine Briefbombe verschickt, die in einer städtischen Einrichtung, in der man sich unter anderem anderem für einen Dialog zwischen verschiedenen Religionen eingesetzt hatte, explodierte und drei Menschen verletzte. Er hatte also Angehörige des verhassten Staats angegriffen.

Mahon, Pierce, Metzger – zu diversen zentralen Figuren der rechten Terrorszene in den USA, die den „weißen arischen Widerstand“ predigten, hatten deutsche Neonazis Kontakt. Auch wenn bis heute nicht bekannt ist, was genau bei den vielen Treffen wirklich besprochen wurde – ob es Aufträge, gemeinsame Planungen oder ähnliches gab – so steht dennoch fest, dass die deutschen Neonazis in den USA etwas sehr Gefährliches fanden: Inspiration, Ideologie, Vorbilder.

In der Tradition des „WAR“, des „weißen arischen Widerstands“, handelte so auch der NSU – und Stephan Ernst. Die Mörder sind Teil einer globalen Bewegung, die Mitgliedschaft in einer konkreten Gruppe ist dabei zweitrangig. Entscheidend ist, dass die Attentäter am Ende töteten. In den Jahren zuvor wurden sie darauf durch Bücher, Lieder, Diskussionen vorbereitet, die alle im Kern die globale Propaganda des Klans in sich trugen. •

1 Dirk Laabs und Stefan Aust: „Heimatschutz – Der Staat und die Mordserie des NSU“, München 2014 **2** AIB Nr. 11 (1990): „Neonazi-Terrorist Manfred Roeder aus Haft entlassen“ **3** Der Autor konnte das Dokument einsehen. **4** Pierce hat u.a. einen flüchtigen Neonazi Hendrik Möbus aus Deutschland bei sich in den USA versteckt. Möbus hatte 1993, als er selber gerade 17 war, einen 15-jährigen ermordet. Er wurde zu acht Jahren Gefängnis verurteilt, fand im Gefängnis zum Nationalsozialismus, gründete später ein Plattenlabel, das sich auf Black Metal spezialisierte. Nachdem er gegen die Bewährungsauflagen verstossen hatte, sollte Möbus wieder ins Gefängnis, setzte sich jedoch zuvor in die USA ab. Angeblich hatte Pierce große Pläne mit Möbus und wollte dessen Einfluss in der Musikszene ausnutzen. Doch nach zwei Wochen auf Pierce' Anwesen wurde Möbus in West-Virginia von der Polizei verhaftet und nach Deutschland ausgeliefert. **5** Vgl. die Analyse J.M. Berger: „The Turner Legacy“, ICCT Research Paper, September 2016 **6** Vgl. AIB Nr. 105: „Der NSU, „The Order“ und die neue Art des Kampfes“ **7** NSU Watch: „Der Roman „Hunter“ von William Pierce als Vorlage für den Lone Wolf Terrorist“, 13. Mai 2015 **8** Joseph Paul Franklin wurde unter einem anderen Namen geboren. Er gab sich den Namen Joseph, um wie Joseph Goebbels zu heißen. Franklin wurde 2013 hingerichtet. **9** Vgl. die Analyse J.M. Berger: „The Turner Legacy“, ICCT Research Paper, September 2016 **10** Das Interview gab Diesner den „Freien Nationalisten – Nationaler Widerstand Ruhr“. Es wurde im Internet veröffentlicht, ist aber inzwischen nicht mehr abrufbar. **11** Tempo, Dezember 1991, Interview mit Dennis Mahon: »Unsere Show für RTL PLUS war ein großer Erfolg«

TITEL

„Tag X“ und apokalyptische Gewalt

Zur Endzeit-Sehnsucht der extremen Rechten

MARC DIETZ

Am 16. November 2018 veröffentlichte die Tageszeitung „taz“ eine Recherche über ein Netzwerk von extrem rechten aktiven und ehemaligen Bundeswehrsoldaten, Polizisten des SEK und LKA sowie „Preppern“,[1] welches sich in Chatgruppen und um den Reservistenverein UNITER organisiert hat. Dort planten sie die Vorbereitung auf den „Tag X“, an welchem sie politische Gegner*innen mit Bundeswehrfahrzeugen unter Vortäuschung des Personenschutzes entführen und in Waldstücken erschießen wollten. Der „Tag X“ steht für einen besonderen Tag in der nahen Zukunft, an dem die alte Ordnung durch ein besonderes Ereignis zusammenbrechen würde, wodurch sich ein Handlungsfenster für die extrem Rechten zum Umsturz, zur nationalen Revolution ergeben würde. Die Untergruppe „Nordkreuz“, gegen die in Mecklenburg-Vorpommern seit 2017 ermittelt wird, hatte bereits Leichensäcke und Ätzkalk für die Massengräber angeschafft.

Auch der ehemalige Bundeswehroffizier und potenzielle Rechtsterrorist Franco A. war Mitglied dieses Netzwerks. A. plante einen false-flag-Anschlag in Deutschland, deren extrem rechten Hintergrund er als islamistische Tat tarnen wollte. Dazu hatte er sich bereits erfolgreich gegenüber deutschen Behörden als syrischer Geflüchteter ausgegeben und eine Schusswaffe besorgt. Dieses Ereignis kann innerhalb der Netzwerkzusammenhänge als selbst herbeigeführter „Tag X“ gelten. Das aktive Einleiten der Apokalypse bzw. der Endschlacht zwischen den Mächten des Guten und des Bösen, als „Rassen-“ oder Bürgerkrieg, ist ein gängiges Motiv rechtsterroristischen Handelns.

Auch andere extrem rechte Gruppen nutzen die apokalyptische Chiffre des „Tag X“. Ende des Jahres 2012 wurden von der neonazistischen Gruppierung „Die Reichsbewegung - Neue Gemeinschaft von Philosophen“ Drohbriefe an muslimische und jüdische Gemeinden sowie Einzelpersonen in Deutschland und Österreich versandt. Darin forderte sie alle „raum-, wesens- und kulturfremden“ Menschen auf, das Land bis zum „Tag X“, den Beginn des Dritten Weltkriegs, verlassen zu haben, sonst drohe ihnen eine standrechtliche Erschießung. Auch die rechte Rostocker Kampfsportgruppe „Baltik Korps“ nutzt die Chiffre in ihrer Selbstbeschreibung: „Wir sind die, die nicht auf den ‚Tag X‘ warten müssen, weil wir der ‚Tag X‘ sind!“ Darin lässt sich der Wunsch nach Unmittelbarkeit des apokalyptischen Endkampfes erkennen.

Apokalypse und extrem rechte Gewalt in den USA

In den USA bilden sich seit diesem Jahrzehnt wieder rechtsterroristische Gruppen wie die „Atomwaffen Division“ (AWD), die ihr Handeln auf die Textsammlung „Siege“ des Neonazis James Mason begründen.[2] Im Vorwort bekräftigt der Herausgeber der im Neonaziforum „Iron March“ geteilten dritten Auflage, die Apokalypse endlich herbeiführen zu wollen: „An dieser Stelle kann das soziale Unbehagen nicht gestoppt, sondern nur in den Abgrund beschleunigt werden, indem die gesamte abscheuliche Episode dieses Endzyklus aufgegeben wird.“ Dieser extrem rechte „Akzelerationismus“ Masons, in dem das beschleunigte Ende der bürgerlichen Gesellschaft durch die Verbreitung von Chaos und Terror propagiert wird, wird ebenfalls von den militanten extrem rechten Gruppierungen „The Base“ in den USA und Kanada, der „Sonnenkrieg Division“ in Großbritannien und der kontinentaleuropäischen „Feuerkrieg Division“ vertreten. Die Gruppen werben derzeit aktiv über das Internet nach neuen Mitgliedern, die in geheim stattfindenden Waffentrainings auf Terroranschläge vorbereitet werden sollen. Sie reagieren auf das politische Erstarken populistisch auftretender (extrem) Rechter, denen gegenüber sie sich als Hardcore-Gruppierung mit der Propaganda der Tat abgrenzen wollen.

Auch außerhalb traditionell organisierter neonazistischer Gruppen führen apokalyptische Vorstellungen von extrem Rechten zur Gewalt. Seit Anfang des Jahrzehnts radikalisieren sich in diesem Zusammenhang besonders junge Männer über das Internet, die eher einer Gaming Kultur oder dem Bereich der „Männerrechtler“ als klassisch extrem rechten Verbünden und Organisationen zuzuordnen sind.[3] Auf Boards wie 4chan oder dem inzwischen in das Darknet verbannte 8chan können extrem Rechte nahezu unreglementiert ihre Inhalte teilen und sich anonym austauschen; darüber hinaus wird



Der deutsche Ableger der „Atomwaffen Divison" beschwört in einer Videonachricht den „letzten, langen Kampf".

Propagandist*innen und Anhänger*innen ein öffentlicher Raum geboten. Extrem rechte Attentäter wie Brenton Tarrant (Christchurch), John Ernest (Poway) oder Patrick Crusius (El Paso), um nur die aktuellsten Anschläge zu nennen, nutzten 8chan, um ihre rassistischen, antisemitischen und apokalyptischen „Manifeste" mit dessen extrem rechter Community zu teilen und weitere Taten anzustoßen. In einem Zeitfenster von nicht einmal einem Monat nach dem tödlichen Anschlag auf einen Walmart in El Paso Anfang August 2018, nahmen US-Behörden bereits mehr als zehn extrem Rechte fest, nachdem sie ähnliche Anschläge im Internet angekündigt hatten.

Apokalypse und Endzeit-Vorstellungen als Tradition in extrem rechter Agitation

Karl Kraus bezeichnete bereits 1933 Nationalsozialisten im Sinne Oswald Spenglers als „Untergangster des Abendlandes". Diese Vorstellungen der modernen extremen Rechten stehen in einer mittelbaren und unmittelbaren christlichen Tradition. Für extrem Rechte in den USA stellt besonders das letzte Buch des Neuen Testaments, die „Offenbarung des Johannes/Apokalypse", einen zentralen Bezugspunkt dar. In ihm prophezeite der Autor den baldigen Kampf böser und chaotischer Mächte Satans gegen die göttliche Ordnung, welcher schließlich in einem göttlichen Reich ohne jegliches Böse münden würde. Als Unterstützer des Bösen tritt in diesem Zusammenhang der Antichrist auf, der als „falscher Prophet" Jüdinnen, Juden und Christ*innen verführt. Im Laufe der Jahrhunderte wurde die Apokalyptik und das Feindbild des Antichristen tradiert, aktualisiert und modifiziert. Sein Erscheinen zeugte von dem drohenden Weltenende und der Hoffnung auf zeitlich nahe Erlösung, gleichzeitig wurde es zunehmend judenfeindlich aufgeladen. In religiösem Fanatismus und extrem rechter Ideologie ist damit ein Manichäismus verbunden, in dem die Welt in „Gut" und „Böse" eingeteilt, und eine Endschlacht zwischen beiden Mächten als unausweichlich dargestellt wird. Die Erwartung der neuen Ordnung, wie auch die Identifikation von Jüdinnen und Juden mit satanischen Mächten wie dem Antichristen, findet sich ungebrochen in den christlich geprägten extrem rechten Gruppierungen der USA, allen voran dem „Christian Identity Movement", aber auch als säkularisierte Weltverschwörungsideologie. Dessen bedeutendstes Dokument bildet das Plagiat der „Protokolle der Weisen von Zion". In Russland wurden sie 1905 erstmals vollständig abgedruckt – bezeichnenderweise als Anhang der zweiten Auflage von Sergej Nilus mystisch-apokalyptischen Buch „Das Große im Kleinen. Und der Antichrist als nahe politische Möglichkeit". Darin werden Jüdinnen und Juden verdächtigt, die Moderne samt Universalismus, Demokratie, Liberalismus, Kapitalismus und Kommunismus durch eine globale Verschwörung gegen alle anderen Völker und die „natürliche" völkische/göttliche Ordnung hervorgebracht zu haben. Innerhalb der regressiven Krisenbewältigungsstrategie der extremen Rechten wird die Moderne immer wieder in apokalyptischer Rhetorik dargestellt.

Apokalyptische Elemente innerhalb extrem rechter Ideologie und Gewalt haben eine enge Verbindung zueinander. Die in ihren Verschwörungsideologemen verbreitete, vollkommen entgrenzte Bosheit und Gewalt der „Verschwörer*innen" legitimiert eine entsprechend entgrenzte Gewalt als „Widerstandstat". Droht in dieser Auseinandersetzung die Niederlage, so kann der Traum des „Endreiches" zugunsten der totalen Vernichtung fallengelassen oder in das Metaphysische verbannt werden. Die Unfähigkeit der extremen Rechten zu einer emanzipativen Kritik moderner Gesellschaften beflügelt ihre Sehnsucht nach dem Untergang, wie Theodor W. Adorno es in einem Vortrag vor Wiener Studierenden im Jahr 1967 hervorhob:

„Wer nichts vor sich sieht und wer die Veränderung der gesellschaftlichen Basis nicht will, dem bleibt eigentlich gar nichts anderes übrig, als wie der Richard-Wagnersche Wotan zu sagen: ‚Weißt Du, was Wotan will? Das Ende' –, der will aus seiner eigenen sozialen Situation heraus den Untergang, nur eben dann nicht den Untergang der eigenen Gruppe, sondern wenn möglich den Untergang des Ganzen."[4] •

1 „Prepping" bezeichnet die exzessive Vorbereitung auf Katastrophen bis hin zum Zivilisationsuntergang - etwa während des Kalten Krieges durch einen Atomkrieg. Besonders in den USA ist damit der Bau von Bunkern und das Horten von Lebensmitteln, Waffen und Munition verbunden. Seit den 1970er Jahren ist Survivalism/„Prepping" bei apokalyptischen extrem Rechten in den USA weit verbreitet. 2 Mitglieder der AWD werden in den USA für fünf Morde verantwortlich gemacht. Vgl. Spencer Sunshine, Gewalttätige Neonazistrukturen in den USA, in: Antifaschistisches Infoblatt 119 (2018). Ein deutscher Ableger fiel bisher nur durch die Verbreitung antisemitischer und rassistischer Propaganda auf. Zu früheren apokalyptischen extrem rechten Gruppen in den USA vgl. etwa Michael Barkun, Millenarian aspects of 'white supremacist' movements, in: Terrorism and Political Violence 4 (1989), 409-434. 3 Auch davor sind Fälle dokumentiert, in denen Computer und deren Vernetzungen eine wichtige Rolle im Leben von jungen Männern gespielt haben, die später zu Rechtsterroristen wurden, wie etwa Timothy McVeigh. Vgl. Lou Michel/Dan Herbeck, American terrorist. Timothy McVeigh & the tragedy at Oklahoma City, New York 2002 Zum Phanomen der Incels vgl. etwa Debbie Ging / Eugenia Siapera / Soraya Chemaly (Hrsg.), Gender hate online. Understanding the new anti-feminism, Cham, Switzerland 2019.
4 Theodor W. Adorno, Aspekte des neuen Rechtsradikalismus. Ein Vortrag, Berlin 2019, 20.

TITEL

Die jüngsten rechtsterroristischen Anschläge inszenierten sich als Ego-Shooter, wobei der Terrorist zum Single-Player wird. Ziel ist es auch, einen möglichst hohen „Highscore" an Todesopfern zu erzielen. Der Attentäter von Christchurch hat diesen Tätertypus mit seinem Livestream perfektioniert: Töten als Live-Event. Dennoch sind diese virtuell und global gut vernetzten Attentäter ideologisch keine Einzeltäter.

Virtuell vernetzter Rechtsterrorismus

München, Christchurch, El Paso

ROLAND SIEBER

Am 22. Juli 2011 zündet der 32-jährige Rechtsterrorist Anders Behring Breivik eine Autobombe vor Regierungsgebäuden in der norwegischen Hauptstadt Oslo und tötet damit acht Menschen. Anschließend erschießt er in dem Feriencamp der sozialdemokratischen Jugendorganisation AUF auf der Insel Utøya 67 überwiegend junge Menschen und treibt zwei weitere in den Tod. Breivik begründete einen neuen Typus Rechtsterrorist, der seine Taten im Internet vorbereitet. Er war in Foren aktiv und verbrachte viel Zeit in der Gamer-Community. Vor seinem Anschlag veröffentlichte Breivik das etwa 12-minütige Video „Knights Templar 2083" auf den Plattformen Veoh und YouTube. Die darin veröffentlichten Bilder sah er laut eigenen Aussagen als „Werbe-Material". Auch in seinem 1.518-seitigen Manifest „2083: A European Declaration of Independence" verbreitete der Rechtsterrorist Fotos von sich, auf denen er sich für seine zukünftigen Anhänger inszenierte. Darunter fand sich ein Bild, das ihn in Uniform und mit Gewehr in der Hand zeigt. Auf seiner Kleidung prangten Aufnäher mit der Aufschrift „Erlaubnis zur Jagd von Multikulti-Verrätern" und „Marxisten-Jäger". Das Manifest versendete er etwa eine Stunde vor der Tat per Mail an 1.003 Adressen, darunter Medien, aber auch rechte Politiker, Organisationen und Parteien in Europa und den USA. So soll Breivik die Mail an die rechtspopulistische Partei „Bürger in Wut" in Bremen, die „Autonomen Nationalisten Ostfriesland" und die NPD gesendet haben. In seinem Manifest bezieht sich Breivik auf verschiedene islamfeindliche Personen. Seitenweise kopierte er rechte Foren- und Blogbeiträge in seine Kampfschrift, u.a. vom Blogger „Fjordman". Breivik war in dem Neonazi-Forum „Nordisk" aktiv, wo auch über rechtsterroristische Schriften und Anschläge mit Autobomben diskutiert wurde. Auf der muslimfeindlichen Website Document. no soll Breivik rund 75 Beiträge gepostet haben. Bereits am 8. September 2009 hatte er dort sein Manifest angekündigt.

In dem Computerspiel „World of Warcraft" (WoW) führte der spätere Rechtsterrorist mit seinen Avataren „Andersnordic", „Conservatism" und „Conservative" mehrere Gilden an. Inwieweit bereits damals Rassisten und Nazis über Computerspiele miteinander kommunizierten, ist nicht bekannt. Unter dem Pseudonym „Conservatism" diskutierte der spätere Rechtsterrorist im Forum des Computerspiels mit. Auch über das Computerspiel „Battlefield 2" soll Breivik kommuniziert haben. Vor Gericht erzählte er, seine Tötungshandlungen mit dem Ego-Shooter „Call of Duty: Modern Warfare 2" trainiert zu haben. Bereits in seinem Manifest schrieb er: „Ich habe gerade das Spiel Modern Warfare 2 gekauft. Es ist vermutlich die beste Militär-Simulation, die es gibt." Auch den geplanten Anschlag beschreibt er im Manifest wie ein Computerspiel, bei dem es Level zu erreichen gilt. Breivik trainierte aber auch im Real Life in einem Sportschützenverein mit Schusswaffen, in dem er Mitglied war.

Von seiner Anhängerschaft, die ebenfalls online vernetzt ist, wird der norwegische Rechtsterrorist als Vorbild gesehen. Mindestens fünf weitere Rechtsterroristen haben sich bei ihren Anschlägen auf Breivik berufen, resümiert die New York Times.[1] In der Gamer-Plattform Steam haben sich hunderte Accounts nach „Anders


Foto: Henrik Lied, NRK, Oslo after the terror, Flickr.com

Gedenkort für die Opfer des Terroranschlags auf der Insel Utøya

Breivik" benannt,[2] viele davon mit seinem Foto als Profilbild. Auf der Plattform für Gamer gab es zahlreiche Fan-Gruppen, in denen er bejubelt wurde.

Anschlag in München 2016

Während Breivik noch maßgeblich von neonazistischen Foren und islamfeindlichen Blogs geprägt wurde, hat sich der Attentäter des Anschlags vom 22. Juli 2016 am und im Olympia-Einkaufszentrum München (OEZ), David Sonboly, über Online-Spiele mit Rassisten und in Chats und Foren auf Gamer-Plattformen politisiert und radikalisiert. Auf WhatsApp präsentierte er sein Vorbild als Profilbild: Anders Breivik. Am Fall München wird die globale Vernetzung der vermeintlichen „einsamen Wölfe" sichtbar. Der US-Neonazi und spätere Rechtsterrorist William Atchison verbreitete seit Jahren seine schwulenfeindlichen, rassistischen und antisemitischen Ansichten im Internet, auch auf Steam, wo er die rassistische Gruppe „Anti-Refugee Club" mit gegründet hatte. Den Titel zierte ein Bild aus Breiviks Video. In dieser Gruppe vernetzten sich politisch Gleichgesinnte, darunter auch David Sonboly und David F. und tauschten sich über Waffen- und Sprengstoffbeschaffung, Mordfantasien und die Planung von Amokläufen und Anschlägen aus. Das FBI wurde von Zeugen auf Atchison und dessen Gruppe aufmerksam gemacht. Atchison erzählte den örtlichen Polizisten, nachdem diese im März 2016 vor seiner Türe gestanden hatten, dass dies alles nicht ernst zu nehmen sei. Die Polizei in Deutschland wurde über den Inhalt der Chats und Gruppen nicht informiert.

Am fünften Jahrestag der Anschläge von Utøya und Oslo tötete der 18-jährige AfD-Anhänger David Sonboly in München neun Menschen und verletzte fünf weitere durch Schüsse. Alle neun Todesopfer des Anschlags hatten Migrationshintergrund. Die Tatwaffe war eine Glock 17, wie sie auch Breivik hatte. Mindestens 450 Schuss Munition hatte Sonboly bei zwei persönlichen Treffen von dem Neonazi und illegalen Waffenhändler Philipp K. im hessischen Marburg erworben. Beide hatten sich zuvor in dem Forum „Deutschland im Deep Web" (DiDW) im Tor-Netzwerk kennengelernt. Sonboly lud für den Tag des Anschlags unter dem migrantisch klingenden Mädchennamen „Seline Akim" öffentlich auf Facebook ins McDonalds gegenüber dem Olympia-Einkaufszentrum (OEZ) ein: „Ich spendiere euch was wenn ihr wollt, aber nicht zu teuer." Um die angegebene Uhrzeit traf er sich dort etwa eine Stunde lang mit einem 16-jährigen Freund, den er in der Psychiatrie kennengelernt hatte. Dieser hegte ähnliche Amokfantasien wie der Attentäter. Kurz vor dem Treffen fragte dieser Sonboly noch via Handy: „Hast du noch die Glock?" Etwa 45 Minuten nachdem sich die beiden getrennt hatten, holte Sonboly seine Waffe aus dem Rucksack und begann im Schnellrestaurant auf migrantisch aussehende Kinder und Jugendliche zu schießen.

Durch aufmerksame Internet-User wurde die Polizei kurz nach dem Anschlag auf Waffenfotos auf einem Instagram- sowie einem YouTube- und Steam-Account hingewiesen. Dank dieser Hinweise konnte laut Polizei ein weiterer Amoklauf nur knapp verhindert werden. Der damals 15-jährige David F. aus dem baden-württembergi-

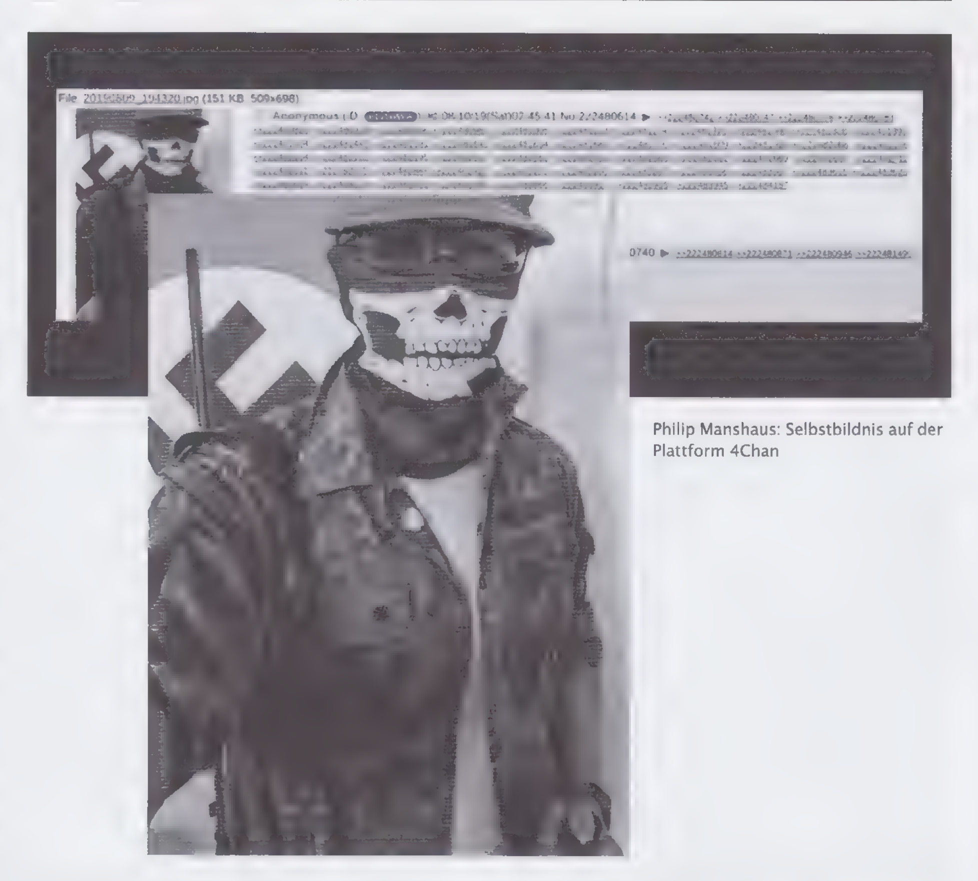
schen Gerlingen bzw. Ludwigsburg hatte bereits Chemikalien für Sprengsätze und Rohrbomben sowie Munition für Schusswaffen besorgt. Laut seiner Zeugenaussage stand F. in Kontakt mit Atchison und Sonboly und war auf Steam mit weiteren Neonazis und Breivik-Fans vernetzt. F. hatte Sonboly angeboten, dessen Manifest nach der Tat zu verbreiten.

Nach dem Anschlag von München verfasste William Atchison als Admin in dem Wikipedia nachempfundenen Szenen-Wiki „Encyclopedia Dramatica" einen lobenden Eintrag über Sonboly. Im Jahr darauf, am 7. Dezember 2017, ermordete der 21-jährige Atchison bei einem Schulattentat an der High School in Aztec (New Mexico/USA) zwei Schüler hispano-amerikanischer Herkunft. Sein Plan, ein größeres Blutbad anzurichten, scheiterte. Nach Ankunft der Polizei erschoss er sich selbst.

Aus soziologischer Sicht handelten die drei Täter David Sonboly, David F. und William Atchison aus einem Unterstützermilieu von Sympathisanten heraus. Alle drei wurden über ihr soziales Umfeld auch auf der Gaming-Plattform Steam und während des Computerspielens sozialisiert und in ihrer Identität geprägt. Laut dem Politikwissenschaftler Florian Hartleb sind bei Sonboly 4.000 Stunden Counter-Strike belegt. Während des Computerspiels ist es üblich, miteinander zu sprechen und zu chatten. Der Münchner Attentäter hatte mindestens acht Steam-Accounts. Alle drei genannten Täter waren auf Steam in antisemitischen und rassistischen Gruppen mit zum Teil mehreren hunderten Mitgliedern aktiv, in denen Amoktätern und Rechtsterroristen gehuldigt wurden.

Die Amok-Szene

Die Amok-Szene ist vorrangig englischsprachig und international. Es werden Fotos und Videos von Amokläufen und Amokläufern, Gewaltszenen gegen Frauen, von Wehrmachtssoldaten und mordenden SS-Männern sowie von Rechtsterroristen verbreitet. Es wird gegen schwule Männer, Juden und Muslime sowie schwarze Menschen gehetzt. Die Grenzen zwischen Frauenverachtung, Hetze gegen Minderheiten und allgemeiner Menschenverachtung sind fließend. Die Amokforscherin Britta Bannenberg weist darauf hin, dass Amoktäter oft Hitler verehrten. Sie fänden „es großartig, wenn Massenmörder wie Hitler andere Menschengruppen massiv abstempeln und dann auch noch gehandelt haben". Im Grunde würden Amoktäter „alle und manche noch ein bisschen mehr" hassen.



Philip Manshaus: Selbstbildnis auf der Plattform 4Chan

Das Schulmassaker an der Columbine High School in den USA vom 20. April 1999 prägt bis heute die sogenannten School Shootings. Nicht nur der geplante Anschlag mit Sprengsätzen und Bomben, die nicht explodierten, sondern auch der Sozialdarwinismus des bekennenden Sozialdarwinisten und Nazibewunderes Eric Harris (auf seinem T-Shirt prangte die Aufschrift „Natural Selection") prägt bis heute die Amok-Fanszene. Fast alle (Schul-) Amoktäter veröffentlichten vor ihrer Tat Manifeste, Videos, Blog-, Chat- oder Forumsbeiträge, in der diese ihre Kritiken an der Gesellschaft hinterließen. Dabei werden der sozialdarwinistische Charakter der Bewegung sowie weitere menschenfeindliche Einstellungen wie Frauen- und Schwulenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus vielfach nicht erkannt, was die Zerschlagung dieses international agierenden Terrornetzwerkes verhindert. Die Szene vernetzt, politisiert und radikalisiert sich über Blogs und Foren, Internet Relay Chats, Videoplattformen wie YouTube, Soziale Netzwerke wie DeviantArt, Facebook, Instagram, Mikroblogging-Dienste wie Twitter und Gab.ai, Messenger wie WhatsApp und Telegram, Chats von Computerspielen und Programme für Gamer wie Steam und Discord, Imageboards wie 4chan, Kohlchan, End-Chan, iFunny und 8chan. Nicht jeder Täter muss dabei alle diese menschenfeindlichen Einstellungen verinnerlicht haben oder teilen. Amoktäter selbst können von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit betroffen sein und sich dennoch online in dieser Szene bewegt und radikalisiert sowie gegen andere Opfergruppen gehetzt haben. Das politisierte „School Shooting" hat sich inzwischen auch auf die Straßen und Einkaufszentren verlagert. Laut einem Artikel der FAZ von 2016 soll in der Amok-Szene auch über Amokläufe im Bundestag diskutiert worden sein.

Gamification of Terror: Christchurch, Poway, El Paso, Oslo

Am 15. März 2019 griff der aus Australien

stammende Rechtsterrorist Brenton Tarrant zwei Moscheen in Christchurch in Neuseeland mit Schusswaffen an und tötete dabei 51 Menschen und verletzte Dutzende weitere schwer. Die Staatsanwaltschaft wirft dem mutmaßlichen Täter deshalb neben 51-fachen Mord auch 40-fachen Mordversuch sowie Terrorismus vor. Um 13.28 Uhr neuseeländischer Ortszeit schrieb Tarrant im Board „/pol/ – Politically Incorrect“ auf 8chan, dass es Zeit sei, das Shitposting zu stoppen und einen echten Beitrag im Real Live zu leisten. Er werde einen Angriff gegen die Eindringlinge durchführen und diesen live über Facebook streamen. Zudem verlinkte er sein Manifest mit dem Titel „The Great Replacement“[1] („Der große Austausch“). Er nennt Breivik als seinen Ideengeber. Das fast 17-minütige Live-Video, das er mit einer Helmkamera aufnahm, zeigt das Massaker aus seiner Sicht. Die Perspektive ähnelt der von Live-Übertragungen von Ego-Shootern auf YouTube und Twitch. Während er kleinen Kindern kurz nach 13.45 Uhr in den Kopf schießt, jubeln seine Anhänger auf Facebook und 8chan. Damit beginnt der „Brenton Tarrant Memetic Warfare“ auf 8chan mit dem Ziel, möglichst viele Memes, eigentlich lustige Bildmontagen, mit den Bildern des Rechtsterroristen zu verbreiten, um möglichst viele Nachahmungstäter zu motivieren. Bereits am Abend des Anschlags haben sich in der Steam-Community 141 User „Brenton Tarrant“ genannt. Einen Tag später waren es 248 und am 25. März waren es 385. Sie trugen Beinamen wie Kebab Remover und verbreiteten Fotos, Manifest und Tatvideo des Attentäters. Inzwischen versucht die kommerzielle Gaming-Plattform Steam dies zu unterbinden. Auch über das Chat-Programm Discord vernetzt sich die Amok- und Rechtsterroristen-Fanszene. So wird Tarrant auf deutschsprachigen Discord-Servern als „Heiliger“ Saint Brenton verehrt, sein Tatvideo und sein Manifest werden, ebenso wie über den Messenger Telegram, in dutzende Sprachen übersetzt und verbreitet.

Mindestens drei weitere Attentäter bezogen sich seitdem auf Tarrant und kündigten ihre Terroranschläge ebenfalls auf politischen Diskussionsforen von Imageboards an: sowohl der 19-jährige John Earnest, der am 27. April 2019 bei einem Anschlag auf eine Synagoge im kalifornischen Poway (USA) eine Frau tötete und drei weitere Personen verletzte als auch der 21-jährige Patrick Crusius, der in El Paso in Texas (USA) am 3. August 2019 22 Menschen erschoss. Earnest wollte möglichst viele Juden töten, während Crusius gezielt Mexikaner in der Grenzstadt erschießen wollte. Beide veröffentlichten jeweils ein Manifest. Da 8chan offline war, kündigte der 21-jährige Philip Manshaus seinen Anschlag vom 10. August 2019 wenige Minuten vorher mit einem Meme aus dem „Brenton Tarrant Memetic Warfare“ und einem kurzen Text auf EndChan an. Nachdem er mutmaßlich seine Stiefschwester aus rassistischen Motiven getötet hatte, versuchte er Besucher der Al-Noor-Moschee in Baerum nahe Oslo zu erschießen. Wie Earnest wollte auch Manshaus seine Tat live streamen. Bei beiden klappte dies aus bisher ungeklärten Gründen nicht. Wie schon bei Tarrant wurden alle drei Täter im Internet dazu angefeuert, den „Highscore“ zu knacken, also mehr Menschen als ihre Vorgänger zu töten. Auf „Encyclopedia Dramatica“ (ED) gibt es Highscore-Tabellen für Amoktäter, Attentäter und Terroristen. Die Tabelle „First Person Shooter (FPS)/Single Player“ wird von Breivik mit Platz 1 angeführt. Brenton Tarrant belegt Platz vier. Beide Rechtsterroristen haben ausführliche Einträge, in denen deren Propagandamaterial wie Manifeste, Fotos und Videos weiter verbreitet werden.

Der digitale vorpolitische Raum

Über den Chat-App Discord koordiniert die straff militärisch organisierte „Reconquista Germanica“ tausende Accounts, die gezielt politische Gegner attackieren und in Social Networks Wahlkampf für die AfD machen. Die extrem rechte Subkultur auf dem 4chan-Board „/pol/ – Politically Incorrect“ war eine wichtige Wahlkampfhilfe für US-Präsident Donald Trump. Die dort verbreiteten Memes und Videos nutzen antisemitische und rassistische Organisationen weltweit für ihre Propaganda. Auch im noch radikaleren Ableger 8chan mischen „Identitäre“, AfDler und Neonazis aus Deutschland mit. Die radikale Rechte versucht den vorpolitischen Raum zu besetzen, um den gesamtgesellschaftlichen Diskurs zu bestimmen. Dies trifft auch auf virtuelle Räume zu. Bisher dominierte in der Tech- und Gaming-Szene die Meinung, dass alles, was nicht gegen US-Gesetze verstößt, auch nicht von privaten Anbietern zensiert werden sollte. Die Anschläge von Christchurch und El Paso haben die Diskussionen in der Branche darüber verschärft, ob mit der „Free Speech“ (Redefreiheit) nicht auch eine ethische Verantwortung über den Inhalt einhergeht. Wo die Gegenrede gegen Vorurteile, Diskriminierung und Hate Speech schwächer wird, ob im Internet oder im realen Leben, wird die Debattenkultur für Betroffene unangenehmer. Diskriminierte und emanzipierte Menschen werden aus Diskussionen rausgeekelt. Eine Subkultur der Alt-Right übernimmt die Deutungshoheit. Der Diskurs wird monothematischer und toxischer. Aus Worten werden Taten. Politik und Sicherheitsbehörden erhöhen derzeit transnational den Druck, stärker gegen Inhalte vorzugehen, die den Rechtsterrorismus befördern. Dies führte u.a. dazu, dass 8chan Probleme hat, einen Dienstleister zu finden, der die technische Infrastruktur für den Weiterbetrieb der Website stellt. Während es seit Jahren breite Diskussionen darüber gibt, wie mit Verschwörungstheorien, Fake News und Hate Speech auf Plattformen wie Facebook, Twitter und YouTube umzugehen sei, sind die rechte Ansprachen von Gamern und die politische Agitation auf Imageboards bis heute kaum beachtete Randthemen. Mit fatalen Folgen. •

1 Tarrants Manifest bezieht dabei auf das gleichnamige Buch des „neurechten“ Vordenkers Renaud Camus, in dem der „große Bevolkerungsaustausch“ propagiert wird, auf den sich die AfD sowie die „Identitäre Bewegung“ bezieht.

TITEL

Die Incel-Szene und der Rechtsterrorismus

VERONIKA KRACHER

„Anders Breivik erhält jedes Jahr hunderte Liebesbriefe von Femoid. Er hat so eine faszinierende Persönlichkeit!" schwärmt ein User auf dem Incel-Subreddit „Braincels"[1]. Auch auf dem Forum incels.co ist man sich einig, dass es sich bei Breivik um den „Nelson Mandela Europas" handele, man nennt die Dokumentation über Breiviks Attentat „inspirierend". Einige Incels wollen in Breivik sogar einen der ihren erkennen. So kommt im TIME Magazine[2] ein Jugendfreund Breiviks zu Wort, welcher erzählt, dass Breivik als Kind Mobbing ausgesetzt war. Er habe versucht, dies durch exzessive Besuche im Fitnessstudio und die Überlegung, plastische Chirurgie an sich durchführen zu lassen, zu kompensieren. Obwohl Incels Terroristen wie Breivik zu ihren Vorbildern zählen, inszenieren sie sich selbst eher als Opfer denn als Täter. Ihre Weltsicht, die sie in Anlehnung an die verschwörungstheoretische „Redpill"-Ideologie der Alt-Right[3] „Blackpill" nennen, besagt, grob zusammengefasst, folgendes:

Das schlimmste Schicksal unserer Zeit sei physische Unattraktivität. Denn Frauen – sogenannte „Femoids"– seien allesamt oberflächliche Schlampen, die ihre Partner nach drei Kriterien auswählen würden: Attraktivität, Wohlstand und Status. Die Männer, die diese Kriterien erfüllen, gelten als „Chads". Frauen hätten vor der Geisel des Feminismus noch den Anstand gehabt, sich einen Partner zu suchen, der ihrem Attraktivitätslevel entspricht, inzwischen würde jedoch jede Frau ausschließlich nach Chads dürsten. Frauen verbringen in der Vorstellung von Incels ihre Zeit schon ab dem zwölften oder dreizehnten Lebensjahr damit, „das Schwanzkarussell zu reiten", also jedes Wochenende Sex mit drei Chads auf einmal zu haben. Und sind sie mit 30 alt und verbraucht, setzen sie sich mit einem „Beta Cuck" zur Ruhe – also einem Durchschnittsmann, der das Weib dann aushalten und versorgen darf. Aber auch der hat immerhin Zugang zu ihrer Vagina – im Gegensatz zu armen, bemitleidenswerten Incels, die aufgrund grauenhaft deformierter Körpermerkmale wie einem zu schmalen Handgelenk oder zu geringer Größe niemals außerhalb eines Pornos eine Vulva zu Gesicht bekommen werden.

Auf den ersten Blick könnten einem diese armen Knaben, die in dem fast schon methusaleischen Alter von 24 noch keinen weggesteckt haben, fast schon leid tun[4]. Auf den zweiten Blick entpuppen sich Incels als misogyne, antisemitische und rassistische Menschenfeinde, die eine ganze Reihe von Eigenschaften an den Tag legen, die sie als Beziehungspartner von vornherein disqualifizieren. Der von Incels verbreitete Gedanke des Rechtes auf den weiblichen Körper findet in einer patriarchalen Gesellschaft auch anderweitig Ausdruck, etwa in Gesetzgebungen wie der Straflosigkeit von Vergewaltigung in der Ehe oder unzähligen (pop)kulturellen Formaten. Des Weiteren teilen Incels, die man als Teil von Alt-Right und Manosphere begreifen kann, die Ideologie der „Neuen Rechten", wie die Idee vom „Kulturmarxismus" oder dem „Bevölkerungsaustausch".

Dass Incels Anders Breivik zum Helden ernennen, ist also nicht verwunderlich. So gibt es auch genügend Incels, die im Attentat die notwendige Reaktion auf die dem Feminismus und den Frauen geschuldete „Kränkung Sexlosigkeit" sehen. Der erste bekannte Incel-Attentäter war Elliot Rodger, der 2014 an der Universität Santa Barbara sechs Menschen erschoss. Zu weiteren Incel-Attentätern gehören Alek Minassian, der im April 2018 mit einem Auto in eine Menschenmenge raste und so zehn Menschen tötete, Scott P. Beierle, der im November 2018 in ein Yogastudio eindrang und dort um sich schoss und zwei Frauen tötete, oder auch der Mörder der gerade erst 17 Jahre alten Bianca Devin, die im Juni diesen Jahres erstochen wurde. Bereits 1989 ermordete „Incel avant la lettre" Marc Lepine 14 Frauen im polytechnischen Institut von Montreal und hinterließ ein Manifest, in dem er deklarierte, der Feminismus habe sein Leben zerstört. Dies ist nur ein Auszug aus einer langen Liste an explizit frauenfeindlichen Attentaten und Morden. Incels sind ausgesprochene Feinde der immer jüdisch konnotierten Moderne, von deren Errungenschaften sie sich von allen Seiten bedroht sehen. Schwarze und migrantische Selbstbestimmung, die größere Sichtbarkeit von LGBTQs und vor allem der Feminismus gelten diesen jungen Männern als direkter Angriff auf sich selbst.

Spannend ist, dass Weiße einer Umfrage auf dem Incel-Forum incels.co zufolge gerade einmal die Hälfte der User ausmachen, (internalisierter) Rassismus trotzdem virulent ist. Incels of Colour nennen sich selbst „Currycels", Schwarze bezeichnet man mit dem N-Wort, und man tauscht

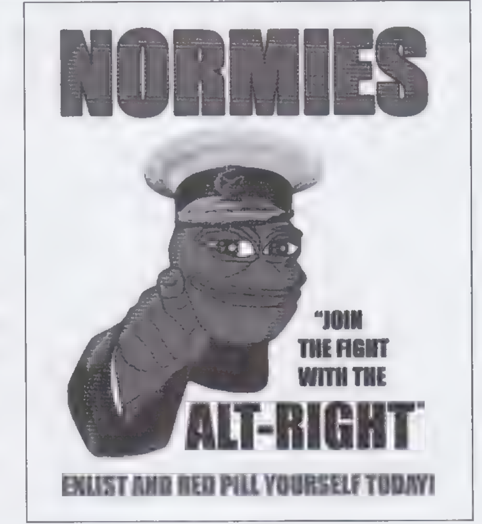


www.reddit.com/r/IncelTears/comments/7bibca/incel_regrouping_is_going_wel

Sogenannte Memes aus dem Internet bebildern die Wahrnehmungswelt der extremen Rechten und der „Incels“ (involuntary celibate), die im „ungewollten Zölibat“ leben: „Pepe the Frog“, das Maskottchen der US-Rechten, kämpft mit „Normies“ (normalen Menschen) in einem Rankingsystem, das ursprünglich auf wahrgenommener Männlichkeit basiert und nunmehr auch ins politische übertragen wird. Die „Alphas“ der Alt-Right sind bereits „redpilled“, Andersdenkende sind noch „Betas“ und „Normies“ erkennen die Wahrheit, nachdem sie wie die Filmfigur Neo (The Matrix) die „rote Pille“ genommen haben. Die Gewissheit, sich der Wahrheit über die Gesellschaft bewusst geworden zu sein, vereint die (Internet)Welt aus „Männerrechtlern“, Pickup-Artists und der extremen Rechten. Die MS-Pain-Comicfigur des „Chad“ (Chad-Thundercock) beruht auf einem stereotypen US-amerikanischen Schul / College „Alpha-Männchen“ als Figur für alle beliebten Männer / sexuell erfolgreichen Männer. Die gehuldigten Attentäter wurden zu „Chads“.

sich in ekelerregend rassistisch-misogynem Jargon über die Vor- und Nachteile von weißen, asiatischen und schwarzen Frauen aus. Der in Incel-Kreisen als „Heilige“ verehrte Elliot Rodger lässt sich in seinem Manifest voller Hass über Beziehungen zwischen weißen Frauen und schwarzen Männern aus. In den Reihen der Incels finden sich auch Vertreter des White Supremacy-Denkens und Befürworter des Nationalsozialismus. Zu ihnen zählt Nathan Larson aus den USA, der nicht nur Pädophilie, Vergewaltigung und Inzest legalisieren möchte, sondern auch Hitler zu seinen großen Vorbildern zählt.

Während Pick Up Artists oder Kollegah-Jünger versuchen, sich toxisches „Alpha-Männer-Gehabe“ anzueignen, um Frauen so dann doch noch in die Schranken zu weisen, haben Incels es schon längst aufgegeben, das „Game“ gewinnen zu können. Da es ihnen unmöglich scheint, den ohnehin nur illusorischen „Alpha-Status“ zu erreichen, üben sie ihren Krieg gegen Frauen lieber auf anderen Ebenen aus. Sie geben sich auf Dating-Apps als attraktive Männer aus, schreiben Frauen an und lassen sie dann auf Dates sitzen oder fragen nach Nacktbildern, mit denen die Frauen dann erpresst werden. In ihren Foren tauschen sie sich darüber aus, wie man Frauen am besten vergewaltigen kann ohne dafür belangt zu werden. Der bereits erwähnte Larson vertritt sogar die These, dass Vergewaltigung das einzige Mittel für Incels sei, eine Frau penetrieren zu können. Die ultimative Triebabfuhr ist jedoch der Terror. Wie Klaus Theweleit in seinen



akribischen Arbeiten zu Männlichkeit und Terror ausführt, handelt es sich bei Liebhabern des Terrors um einen bestimmten Typus Mann, den er als „Fragmentkörper“ oder „Nicht zu Ende-Geborenes“ bezeichnet. Diese Männer leben in ständiger Angst und Unsicherheit, sie fühlen sich von allen Seiten durch „das Andere“ bedroht und gekränkt - vor allem durch das Weibliche, sei es weiblich Konnotiertes in sich selbst, oder eben Frauen oder queere Menschen. Dieses „Andere“, das es im letzten Jahrhundert gewagt hat, sich Sichtbarkeit und Rechte zu erkämpfen und somit für den narzisstisch gekränkten Mann zur Bedrohung geworden ist, muss bekämpft werden. Dies erfolgt immer wieder auch im Terrorakt, der auf regressive Art und Weise als „Ermächtigung“ verstanden wird. Es ist bezeichnend, dass Incels darüber spekulieren, dass man als Attentäter zum „Ultra-Chad“ transzendiert. So wurde auf dem Imageboard 8chan ein Meme verbreitet, das mutmaßlich von dem Mann stammt, der im August 2019 die Al-Noor-Moschee in Oslo angegriffen hatte. Das Meme stellt die Attentäter von Christchurch, Poway und El Paso als „Chads“ dar. Terror wird hier zur ultimativen Wiedergutmachung der narzisstischen Kränkung sowie zur letzten Triebabfuhr. Die Glorifizierung von Tätern geht so weit, dass „High Score-Listen“ geführt werden: Je mehr Menschen jemand ermordet hat, desto weiter oben steht er auf der Liste. Das inzwischen geschlossene Forum „truecels.org“ hatte seine eigene „Hall of Heroes“, auf denen die User Massenmördern und Attentätern huldigen konnten. So erklärt sich auch der Wunsch nach Identifikation mit Breivik als Incel: Auch er hat seinen Incel-Status durch einen der grausamsten rechtsterroristischen Anschläge unserer Zeit überwunden, er ist derjenige, den jeder einzelne moderne Attentäter als Vorbild sieht. Anders Breivik: ein Ultra-Chad. •

1 Incel ist eine Selbstbezeichnung von Männern, die unfreiwillig im Zölibat leben und die Auffassung einer hegemonialen Männlichkeit vertreten.

2 http://newsfeed.time.com/2011/07/26/bullying-and-plastic-surgery-childhood-friend-speaks-out-on-anders-breiviks-life/

3 Der Begriff ist eine Anlehnung an den Film „Die Matrix“, in dem die rote Pille für das Erkennen von Wahrheit und Erleuchtung steht. Diese projektive Ideologie lässt sich grob zusammenfassen mit: Weiße Männer sind die eigentlichen Opfer unserer Zeit und werden systematisch entmannt und diskriminiert, Frauen haben aufgrund ihrer Sexualität die gesellschaftliche Vormachtstellung, und Männer müssen sich durch Maskulinismus aus dieser misslichen Lage befreien und wieder zu dominanten Alpha-Typen werden. Und an allem sind natürlich die Juden Schuld.

4 Einer Umfrage auf dem Forum incels.co sind drei Viertel der User jünger als 24 Jahre.

TITEL

Zur Terrorkampagne der „Bajuwarischen Befreiungsarmee“

ANDREAS PEHAM

Das Jahr 1993 begann in Österreich mit einem „Lichtermeer“ gegen das rassistische „Ausländer-Volksbegehren“ der FPÖ, das mit rund sieben Prozent Zustimmung scheiterte. Es endete mit zehn Briefbomben und vier zum Teil schwer Verletzten. Die Anschläge, für die kurz darauf eine, nach dem Türkenkrieger Ernst Rüdiger von Starhemberg benannte „Kampfeinheit“ die Verantwortung übernahm, richteten sich vorrangig gegen Gegner*innen der FPÖ. Die Briefbomben bildeten den Auftakt für eine Terrorserie, zu der sich im Oktober 1994 erstmals eine den einzelnen Kampftrupps übergeordnete „Bajuwarische Befreiungsarmee – Salzburger Eidgenossenschaft“ (BBA) bekannte und die bis 1996 vier Tote und insgesamt zwölf zum Teil schwer Verletzte forderte. Ihr Ende fand die von rassistischen und antisemitischen Bekennerschreiben begleitete Terrorkampagne aus 25 Briefbomben und drei Sprengfallen im Oktober 1997 mit der zufälligen Verhaftung von Franz Fuchs, der sich als „BBA-Bombenhirn“ entpuppen sollte. Fuchs, der sich der Verhaftung durch Suizid entziehen wollte und sich dabei beide Unterarme wegsprengte, wurde im Zuge der obligaten Entpolitisierung rechten Terrors als wirrer Einzeltäter präsentiert und im März 1999 zu lebenslanger Haft verurteilt. Er erhängte sich Ende Februar 2000 in seiner Zelle.

Vom Wort zur Tat

Die FPÖ bewarb ihr „Ausländer-Volksbegehren“ mit drastischen Vergleichen: „Aus den einzelnen Hilfesuchenden wird eine Meute hungriger Wölfe, die alles an sich rafft und auch die helfende Hand des Hausherren nicht verschont. Noch können wir uns wehren (...)“. „Wir wehren uns!“ war auch das Motto der BBA und die Auswahl der ersten Opfer steht in einem engen Zusammenhang mit der FPÖ-Kampagne: Die zehn Briefbombenempfänger*innen traten mehrheitlich gegen das Volksbegehren auf. Dieses einte damals die ganze extrem rechte Szene. Ein vom Verdacht der Mittäterschaft an der ersten Briefbombenserie freigesprochener Neonazi nannte seine Unterschrift unter das Begehren „die einzige Alternative, die uns hier in diesem jüdisch-freimaurerischen Verbrechersystem legistisch noch offenbleibt.“ Ähnlich ein Neonazi-Blatt, das das Volksbegehren als letzte Möglichkeit bezeichnete, sich der „Überfremdung mit demokratischen Mitteln“ zu erwehren. Nach dessen Scheitern griff die BBA dann zu anderen Mitteln. Die Auswahl der Opfer ließ keinen Zweifel an der rassistischen Motivation der Täter. Der fatalste Anschlag richtete sich am 5. Februar 1995 gegen die Roma im burgenländischen Oberwart: Erwin und Karl Horvath, Josef Simon und Peter Sarközi, Bewohner einer Roma-Siedlung am Stadtrand, wurden beim Versuch, eine als Tafel mit der Aufschrift „Roma zurück nach Indien!“ getarnte Sprengfalle zu entfernen, getötet. Die FPÖ und insbesondere Jörg Haider, der als „Ziehvater des rechtsextremen Terrors“ bezeichnet wurde, setzten im Verbund mit Teilen der Medien und des Polizeiapparates alles daran, den Verdacht vom eigenen Milieu abzulenken. Dazu konstruierten sie einen „linksextremen“ oder „antifaschistischen Terror“, der den Rechten in die Schuhe geschoben werden sollte. Ins Visier von FPÖ und Boulevard geriet insbesondere der antifaschistische Journalist und Buchautor Wolfgang Purtscheller, dessen Recherchen den Rechten schon lange ein Dorn im Auge waren. Mit einer beispiellosen Kriminalisierungskampagne wurde er schließlich zum Verlassen des Landes gezwungen. Dem Gegenüber standen Ermittlungen in der Neonaziszene. Im Dezember 1993 wurden mehrere Neonazis aus dem Dunstkreis Gottfried Küssels unter dem Verdacht festgenommen, mit den Anschlägen dessen Verurteilung zu zehn Jahren Haft rächen zu wollen – darunter Franz Radl jun. Im Frühjahr 1994 weiteten sich die Ermittlungen auf die deutsche Szene aus, ins Visier der Fahnder gerieten der Berliner Neonazi Bendix Wendt und der damals untergetauchte Rechtsterrorist Peter Naumann. Beiden konnte jedoch keine Tatbeteiligung nachgewiesen werden. Auch Radl und ein weiterer verdächtiger Neonazi wurden im Oktober 1995 freigesprochen.

Entlastungsstrategien

Mit der Verhaftung von Franz Fuchs ging 1997 ein Aufatmen durchs Land. Für Innenminister Schlögl (SPÖ) war dieser ein „schwerkranker Psychopath“, die „Neue Kronen Zeitung“ (NKZ) beschrieb ihn als „einsamen Wolf“ ohne politischen Hintergrund. Die seitenlangen Begründungen des BBA-Terrors wurden als unbedeutend abgetan. Hinter der Pathologisierung und Isolierung des „Sonderlings“ (NKZ) aus der steirischen Grenzregion liegt der Wunsch nach Leugnung des rassistischen Konsens,





Screenshot YouTube/NKZ, profil-videoblog

Am 5. Dezember 1993 wurde der Journalist und SPÖ-Politiker Helmut Zilk bei einem Briefbombenattentat schwer verletzt. Franz Fuchs (unten) versandte die erste Briefbombenserie 1993.

aus welchem die BBA ihre terroristische Energie bezog. Tatsächlich kann der BBA-Rassismus nur aus der völkischen Traditionslinie verstanden werden: Das „Deutschtum", welches die FPÖ per Wahlentscheid vor „Umvolkung" oder „Überfremdung" schützen möchte, gebar sich seit jeher in seinen Grenzregionen am aggressivsten. Begünstigt wurde das völkische Milieu als Bollwerk durch die Unterstützung der Politik. Seine Organe erfreuten sich bis 1994 etwa großzügiger finanzieller Unterstützung seitens der steirischen Landesregierung. So die Zeitschrift „Lot und Waage" des „Alpenländischen Kulturverbandes Südmark" (AKVS), die vor der Übernahme der „Heimat" durch „Fremdvölker" warnte und an die „biologische Kraft" und das „Volksbewusstsein" appellierte. Schulkinder in den Grenzregionen zu Slowenien wurden bis in die 1990er Jahren mit solchen Texten ganz offiziell für den „Volkstumskampf" rekrutiert, die „Volksbewussten" regieren Österreich mit. Und das nicht nur auf FPÖ-Tickets: So agierte etwa ein lokale ÖVP-Größe als Funktionär des völkischen Kampftrupps AKVS. Dass der angeblich so isolierte Franz Fuchs mit diesem Politiker bekannt war, ja in seinem Haus ein und aus ging, sei hier nur am Rande bemerkt. Die Einzeltätertheorie ist bis heute nicht unumstritten. So wurden in zwei Gutachten drei verschiedene Autoren der BBA-Schreiben nachgewiesen. Zudem sollen laut Zeugenaussagen drei Personen die Rohrbombe in Oberwart deponiert haben. Am realistischsten scheint die Existenz zumindest zweier voneinander relativ unabhängig und arbeitsteilig agierender Zellen. Aber auch wenn Fuchs ein Einzeltäter war - allein war er nicht: Aufgewachsen im Grenzland, politisiert im rechtskonservativen Milieu und radikalisiert durch die von den Freiheitlichen seit Ende der 1980er Jahren forcierten „Ausländer"-Kampagnen, wähnte er sich nicht zu Unrecht als kämpfende Avantgarde gegen die „Umvolkung". Die Agenda des angeblichen „Wirrkopfes" glich jener der FPÖ und muss auch insofern als erfolgreich bezeichnet werden, als es in der Folge des BBA-Terrors immer weniger Menschen wagten, gegen Rassismus öffentlich Stellung zu beziehen.

Der Terror und die Neonaziszene

Zunächst schien es, dass die aus den Ermittlungen gewonnenen Einblicke in die Neonaziszene diese schwächte. Insbesondere die 1986 von Küssel gegründete und angeführte „Volkstreue Außerparlamentarische Opposition" (VAPO) galt seit damals als zerschlagen. Viele ihrer vormaligen Aktivisten sind - zum Teil nach dem Verbüßen ihrer Haftstrafen - nach wie vor in der Szene aktiv. Der Fahndungsdruck der 1990er Jahre wurde mit der Parole „Rein in die Legalität" beantwortet. In einem Kassiber wurde angeregt, auf eigenständiges Auftreten zu verzichten und stattdessen in der FPÖ und Vorfeldorganisationen (Burschenschaften) unterzutauchen. Zu den Burschenschaften bestanden schon zuvor Kontakte, waren doch führende VAPO-Kader auch korporiert. Anfang der 1990er Jahre suchten fast alle VAPO-Kader, die studierten, Unterschlupf bei einer Burschenschaft, allen voran die Wiener Teutonia - wo sich gleichzeitig FPÖ-Kader ihre Schmisse holten. Auch die nächste Generation, die nach 2000 von Gruppen wie dem „Bund freier Jugend" (BFJ) und der Hetzseite „Alpen-Donau" rund um Küssel repräsentiert wurde, hat den Gang in die Legalität geschafft: BFJ-Kader engagieren sich nun für die und in der FPÖ, andere wie Martin Sellner schalteten einen Gang zurück und gründeten die „Identitären". Diese sind jedoch nach dem Terror von Christchurch und aufgrund des Näheverhältnisses zum Massenmörder ins Visier der Ermittlungsbehörden gelangt. Kontinuität besteht auch in ideologischer Hinsicht: Lange bevor die „Identitären" die Türkenkriege als Mythos in ihre Agitation einbauten, bezog sich die BBA auf diese. Was damals als Schrulle oder Besonderheit, die sich nur schwer mit dem klassischen Neonazismus in Verbindung bringen ließ, gesehen wurde, eint heute die Fraktionen der extremen Rechten: die alte Gefahr aus dem Osten heißt nicht länger (jüdischer) Bolschewismus, sondern Islamisierung. Der rechte Terror seit Breivik trägt dem Rechnung. •

TITEL

Braune Zellen in Schweden

MATHIAS WÅG

Im Juli 2019 löste sich die „Nordische Widerstandsbewegung" („Nordiska Motståndsrörelsen", NMR) als größte (neo)nationalsozialistische Organisation Skandinaviens auf. Dieser Schritt kam nicht überraschend. Die erhofften Erfolge bei den schwedischen Wahlen 2018 blieben aus und endeten ohne einen Sitz in den kommunalen Parlamenten. Der finnische Teil der NMR steht derzeit wegen eines Gerichtsprozesses unter Druck. Der Schritt, sich von einer außerparlamentarischen Kampforganisation zu einer Partei zu transformieren, erforderte Veränderungen: mehr öffentliche Demonstrationen, konzentrierte Arbeit an bestimmt ausgewählten Orten und massive Propagandaarbeit. Vor dem Auseinanderbrechen betrieb die NMR einige Medienprojekte, darunter verschiedene Web-TV-Sendungen und Podcasts. Die Seiten wurden täglich zweisprachig aktualisiert. Einige Jahre zuvor war Gründer Klas Lund nach einem internen Führungsstreit zurückgetreten, um Platz für Simon Lindberg zu schaffen, der fortan die Abteilung in Skåne (Südschweden) leitete. Ehemalige Mitstreiter der Straße werfen Lindberg vor, die Organisation liberalisiert zu haben. Die neu gegründete „Nordische Stärke" („Nordiska Styrka", NS) um den ehemaligen NMR-Führer Klas Lund konnte einen großen Teil des radikalen Flügels der NMR um sich sammeln. Die schwedischen Sicherheitsorgane gingen aufgrund dieser Entwicklung mit einer Warnung an die Öffentlichkeit, wonach es zu einer erhöhten Anzahl von Attentaten oder schweren Gewaltverbrechen kommen könne. Nicht ohne Grund. Ende 2016, Anfang 2017 führte eine abtrünnige Zelle der NMR mehrere Bombenangriffe gegen einen linken Buchhandel und gegen Flüchtlingsunterkünfte durch. Bei den folgenden polizeilichen Ermittlungen stellte sich heraus, dass ein NMR-Mitglied an einem Militärtraining russischer Neonazis teilgenommen hatte.

Die Mehrheit extrem rechter Gewalttaten in Schweden, darunter Angriffe auf Treffpunkte von Homosexuellen und Wohnungen von Antifaschist_innen, geht auf die „Nordische Widerstandsbewegung" zurück. Die Organisation folgte einem einfachen Schema. Jeden Samstag wurden Kundgebungen in verschiedenen Städten Schwedens durchgeführt. Kam es dabei zu Gegenprotesten, so wurden gleich darauf weitere Kundgebungen am selben Ort angemeldet, Gegendemonstrant_innen direkt angegangen und erfasst, um weiter gegen sie vorzugehen. Die Demonstrationen der NMR fanden meist im Zusammenhang mit tagespolitischen Ereignissen wie den Gay Pride Paraden oder der Buchmesse in Göteburg statt. Auf diese Weise konnte sich die NMR die hohe Medienaufmerksamkeit dieser Events zu Nutze machen.

Gewaltverbrechen durch Organisationen der extremen Rechten kommen in Schweden seit den 1980er Jahren immer wieder in Wellen vor. Das Gewaltniveau sank dabei häufig gerade dann, wenn die extreme Rechte bei Wahlkämpfen in die Parteiarbeit eingebunden war. Nach den Wahlen kehrten die radikalen Mitglieder aufgrund enttäuschter Hoffnungen meist wieder zu den altbekannten militanten Kampfformen zurück. Die erste Welle der Gewalt ereignete sich in den Jahren 1990 bis 1991, als klandestine Zellen des Netzwerks des sogenannten „Weißen Arischen Widerstand" („Vit ariskt Motstånd", VAM), das von Klas Lund geführt wurde, Raubüberfälle und Waffendiebstähle durchführten, bevor sie festgenommen wurden. Die gestohlenen Waffen wurden jedoch nie für Terrorhandlungen eingesetzt. Die Raubüberfälle und Waffendiebstähle des VAM fanden in einem gesellschaftlichen Klima statt, in dem Flüchtlingsheime massiven Angriffen ausgesetzt waren und der sogenannte „Lasermann" Ausonius über Monate in Stockholm gezielt Menschen mit Migrationshintergrund niederschoss und viele Menschen dabei lebensgefährlich verletzte (AIB Nr. 118 und Nr. 20). Nach der Inhaftierung der VAM-Zellen wandten sich die übriggebliebenen Mitglieder u.a. mit dem „NS 88-Versand" einer „Versorgungslinie Nord" für Neonazi-Musik zu. In den folgenden Jahren nahm Schweden in der Produktion von RechtsRock weltweit eine führende Position ein (AIB Nr. 40). Die meisten Gewaltakte der 1990er Jahre fanden unter Alkoholeinfluss auf Partys durch Mitglieder eben dieser neuen rechten Musik-Subkultur statt. Die Gewalt führte zu einer breiten antirassistischen Mobilisierung in der Gesellschaft, in dessen Folge einige Lokale schließen mussten. Als die VAM-Mitglieder Ende der 1990er Jahre wieder aus den Gefängnissen kamen, fanden sie eine in sich zusammengefallene Struktur vor, die sich aber weiter radikalisierte.

Im Jahr 1999 kommt es zu einer Reihe von rechtsterroristischen Attentaten in Schweden. Bei einem Raubüberfall in Malexander werden zwei Polizist_innen getötet und ein Journalist, der für seine Re-

Foto Pixelarchiv



Hakenkreuzflaggen auf einem Aufmarsch der NMR und der Gruppierung „Soldiers of Odin“ am 6. Dezember 2018 in Helsinki.

cherchen zur Neonazi-Szene bekannt war, durch eine Autobombe schwer verletzt. Der Gewerkschafter Björn Söderberg wird ermordet, nachdem er für die Kündigung des aktiven Gewerkschafters und Neonazis Robert Vesterlund gesorgt hatte. Die Täter Hampus Hellekant, Jimmy Niklasson und Björn Lindberg-Herlund gehörten zum Umkreis von Vesterlund. Diese Terrorwelle sorgte für eine Zersplitterung in der extremen Rechten und einige Zellen, verantwortlich für verschiedene Attentate, landeten im Gefängnis. Aber die tödliche Gewalt verschwand nie ganz. In den 2000er Jahren gründete sich die Partei der „Nationaldemokraten“, die sehr auf Aktivismus ausgerichtet war und mit den „Freien Nationalisten“ zusammenarbeitete. Das Zentrum dieses Netzwerks bildeten die Strukturen der ehemaligen „Blood & Honour“-Zeitung und der Webseite „Info 14“. Dieser Zusammenschluss hatte mit den neonazistischen Salem-Demonstrationen (2000-2010) seinen jährlichen Höhepunkt. Im Zusammenhang mit den sogenannten „Salem-Märschen“ wurden wiederholt Brandanschläge auf linke Räumlichkeiten verübt. Die spontane Gewalt der 1980er und 1990er Jahre ließ in den 2000er Jahren nach, die organisierte Gewalt nahm zu - jedoch ohne die Formen des klandestinen Terrorismus von 1999 anzunehmen. Das Jahr 2008 markiert einen neuen Höhepunkt neonazistischer Gewalt. Die Mitglieder der „Nordischen Widerstandsbewegung“ begannen in den Auseinandersetzungen mit Antifaschist_innen Messer zu benutzen. Es gab einen Mordanschlag auf ein antifaschistisches Paar in Stockholm, bei dem unbekannte Täter Benzin durch den Briefschlitz schütteten und anzündeten. Das Paar konnte sich mit ihrem Kind unverletzt über den Balkon ins Freie retten. Auch verschiedene linke Lokale wurden angegriffen, darunter das soziale Zentrum „Cyklopen“ in Stockholm, das bei dem Angriff abbrannte. Im September wurde der 22-jährige Joakim Karlsson in Vallentuna ermordet, woraufhin es zu einer Anklage kam: Während einer der Täter zu drei Jahren Jugendstrafe verurteilt wurde, tauchte der andere, Simon Arnamo, unter und ist bis heute nicht gefasst. 2013 wurde eine antifaschistische Demonstration im Stockholmer Vorort Kärrtorp von Neonazis angegriffen. Darauf folgte eine der größten antifaschistischen Proteste überhaupt, an einer Demonstration nahmen 16.000 Menschen teil. Zur gleichen Zeit begann ein Rechtsterrorist in Malmö mit gezielten Schüssen Einwander_innen anzugreifen. Von 2003 bis 2012 beging Johan Peter Mangs mehrere Mordanschläge aus rassistischen Motiven und es dauerte lange, bis die gesellschaftliche Debatte Mangs Anschlagsserie endlich als rassistische Mordserie wertete. Seine Inspiration fand Mangs in extrem rechten Medien wie „PI News“ und dem Blog „Avpixlat“, der für die islamfeindliche extreme Rechte Schwedens eine zentrale Rolle spielt. 2012 wurde Mangs des zweifachen Mordes und des vierfachen Mordversuchs angeklagt, für schuldig befunden und zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt.

Als die Salem-Märsche nach 2009 aufhörten, brach die Bewegung ein. Die „Nationaldemokraten“ versuchten daraufhin, eine Führungsrolle einzunehmen, wurden jedoch vor den Wahlen 2014 von Rückschlägen und internen Auseinandersetzungen heimgesucht und stellten ihre Aktivitäten schließlich ein. Stattdessen hatten die „Schwedendemokraten“ im Jahr 2010 ihren politischen Durchbruch und zogen erstmals ins Parlament ein. Für weitere Parteien war im extrem rechten Spektrum nachfolgend kaum noch Raum. Die bereits 1997 gegründete „Schwedische Widerstandsbewegung“, die ihren Namen 2015 in „Nordic Resistance Movement“ (NMR) änderte, übernahm die Führungsrolle im aktivistischen Spektrum und zeichnete sich für militante Attacken gegen linke Aktivist_innen verantwortlich. In den 2000er Jahren hatte die NMR Schwierigkeiten, sich gegen die „Freien Nationalisten“ und die „Nationalsozialistische Front“ durchzusetzen und versuchte daher, sich als besonders militante und kompromisslose Organisation einen Namen zu machen. Um 2015 sah die NMR die Möglichkeit, parteipolitisch zu wirken und eine Lücke auf kommunaler Ebene zu schließen. Diese Hinwendung zur Parteipolitik hatte einen hohen Preis. Die neuen Mitglieder füllten die Reihen der Demonstrationen und verteilten Flugblätter, führten aber auch zu einer Abschwächung der politischen Radikalität. Im Ergebnis verließen die militanten Straßenkader die Organisation. Jetzt haben diese keine Parteistruktur mehr, die sie zurückhält und auf die sie Rücksicht nehmen müssten. Es ist zu befürchten, dass das neonazistische Gewaltniveau sich wieder deutlich erhöht. •

TITEL

Großbritannien: Die rechte Terrorgefahr steigt

MATHEW COLLINS, HOPE NOT HATE

■ Obwohl Verhaftungen und Strafverfolgungen in Großbritannien originäre Aufgaben der Polizei darstellen, wurde die Überwachung der zunehmend komplexer werdenden rechtsterroristischen Gefahr dieses Jahr an den Inlandsgeheimdienst MI5 übertragen. In einem Zeitungsartikel vom März 2019 äußerten sich führende BeamtInnen von MI5 und Scotland Yard sehr besorgt über die wachsende Gefahr, die von verschiedenen gewaltbereiten Spektren ausgeht, einschließlich der extremen Rechten. Die Kompetenzübertragung könnte die bisherigen ernstzunehmenden Unzulänglichkeiten der staatlichen Bekämpfung rechten Terrors ein Stück weit beheben.

In den vergangenen Jahren unterschätzten Sicherheitsbehörden und Politik die Gefahr rechten Terrors vollkommen. Die Unfähigkeit, das Wesen und die Mechanismen rechten Terrors zu erkennen und zu verstehen, war allzu offensichtlich und immer wieder zeigten sich offizielle „ExpertInnen" insbesondere vor Gericht als völlig unkompetent und uninformiert.

Die britische Rechte ist aktuell breit aufgestellt und gewinnt zunehmend neue AnhängerInnen. Zu ihr gehören etablierte Konservative, Islamfeinde und Donald-Trump-Supporter, eher randständige antikommunistische Verschwörungstheoretiker, sogenannte Counter-Jihadists und natürlich die klassische Neonazi-Szene. Mitunter ist es schwer zu erkennen, wo die ideologische Grenze zwischen der aktuellen Regierung, ihren UnterstützerInnen und der extremen Rechten verläuft.

Dazu kommt ein politisch-medialer Diskurs, in dem die extreme Rechte entweder als Ansammlung harmloser Spinner beschrieben wird oder als Haufen vereinzelter weißer Männer, die zu ihrer Erholung ab und an mal die Sau rauslassen müssten. Extrem rechte Ideen und Vorstellungen haben sich jedoch spätestens seit Beginn der Brexit-Diskussion massiv in der britischen Gesellschaft verbreitet und sind teilweise zu einem mehrheitsfähigen Narrativ geworden.

Rechte Terroranschläge gab es in Großbritannien bisher nur wenige. Ungeachtet des Fanatismus und des paramilitärischen Auftretens von Gruppen wie „Combat 18", „Britain First" und „British Movement" war „National Action" (NA) die erste Gruppierung überhaupt seit dem Zweiten Weltkrieg, die vom Staat 2016 als terroristisch eingestuft und verboten wurde. Das Verbot erfolgte, nachdem NA den rechts-motivierten Mord an der Labour-Abgeordneten Jo Cox am Abend des Brexit-Referendums gefeiert hatte.

Thomas Mair, dem Mörder von Jo Cox, konnten vereinzelt Verbindungen zur nationalen und internationalen rechten Szene nachgewiesen werden, die teilweise bis in die 1990er Jahre zurückreichen. In den Jahren vor dem Mord an Jo Cox gab es immer wieder amateurhafte Anschlagsversuche von rechten Gruppen und Einzeltätern. Es war jedoch seit langer Zeit der erste extrem rechte Mord, der als terroristischer Akt bewertet wurde. Vergleichbare Taten liegen weit zurück, etwa 1999, als der Neonazi David Copeland innerhalb weniger Tage an verschiedenen Orten in London Nagelbomben deponierte, die sich vor allem gegen Schwarze, MigrantInnen aus Bangladesch und Schwule richteten. Durch die Explosionen wurden 139 Menschen zum Teil schwer verletzt, drei Menschen wurden getötet. Copeland war früher Mitglied der „British National Party" (BNP) und lose mit „Combat 18" verbunden.

Der Anstieg der Terrorgefahr von rechts fällt zusammen mit den großen Wahlverlusten der BNP 2010 und dem daraus resultierenden Kollaps der Partei. Die BNP existiert zwar noch, sie ist jedoch irrelevant geworden und tritt kaum noch zu Wahlen an. Es waren frühere Mitglieder und Unterstützer der BNP, die 2013 die neonazistische National Action gründeten. Die Gruppe machte vor allem durch ihr äußerst provokantes und uniformiertes Auftreten von sich Reden. Dem Verbot dieser konspirativ vorgehenden Gruppe waren Ermittlungen gegen einen ihrer Anhänger, Zack Davies, vorangegangen. Dieser hatte 2015 in Wales aus rassistischen Motiven mit einer Machete auf einen Asiaten eingeschlagen und diesen schwer verletzt. Inspiriert war Davis von den Hinrichtungsmethoden des terroristischen „Islamischen Staat" (IS), weshalb der Angriff in der neonazistischen Szene als „White Jihad Act" gepriesen wurde. Urheber der „White Jihad"-Ideologie ist jedoch die US-amerikanische Terrorgruppe „Atomwaffen Division", deren Anführer sich 2015 mit Mitglieder der NA trafen. Unter britischen Neonazis finden sich viele Anhänger der „White Jihad"-Ideologie.



Die „National Action" bei einer ihrer Aufmärsche 2016 in Großbritannien. Mit „#Hitlerwasright" und dem Slogan „Refugees not Welcome" verbanden sie klassische NS-Verherrlichung mit aktuellen Diskursen der extremen Rechten.

2017 veröffentlichte die antifaschistische Aktionsgruppe „HOPE not hate" (HNH) eine Reihe von Artikeln, die über die Weiterführung von NA und ihre andauernde Rekrutierungsarbeit berichteten und verschiedene bisher unbekannte Mitglieder namentlich benannten. Durch die Offenlegung der Strukturen wurde deutlich, dass die Gruppe seit ihrer Gründung 2013 zum ersten mal durch einen Informanten kompromittiert war. Die Regierung reagierte mit weiteren Verboten, HNH konnte jedoch immer wieder Beweise für die Fortführung von NA unter neuer Führung darlegen.

Im Juni 2017 fuhr der unorganisierte Neonazi Darren Osborne in Nord-London mit seinem Van in eine Gruppe von gläubigen Muslimen. Er tötete eine Person. Osborne hatte sich innerhalb kürzester Zeit radikalisiert. Ausgangspunkt seiner Radikalisierung war eine TV-Dokumentation über eine Gruppe muslimischer Männer, die dutzende Kinder psychisch und sexuell missbraucht hatte. Nach nur drei Wochen Onlinerecherche zum Thema war er bereit, muslimische Männer und den Vorsitzenden der Labour-Partei zu ermorden.

Trotz wachsender Sorge in der Bevölkerung, die extreme Rechte würde sich zunehmend auf terroristische Angriffe vorbereiten, fokussierte sich die mediale Aufmerksamkeit nach Osbornes Tat auf den Inhalt britischer Social-Media-Plattformen, auf denen sich der Täter radikalisiert hatte, statt auf existierende Neonazistrukturen wie NA zu schauen. Ende Juni 2019 versicherte das britische Innenministerium, dass NA nicht mehr existieren würde und sämtliche Aktivitäten eingestellt wurden.

Drei Tage darauf berichtete jedoch ein von HNH geführter Überläufer innerhalb der NA, dass er auf einem Führungstreffen zugegen war, auf dem der Entschluss zu einem weiteren Mord an einer weiblichen Parlamentsabgeordneten gefallen sei. Der Angriff sollte ein Racheakt zum einen für das Verbot der Gruppierung durch die britische Regierung, zum anderen für eine polizeiliche Ermittlung gegen ein Mitglied der NA wegen Kindesmissbrauchs sein. Der Mord sollte außerdem gegenüber der Öffentlichkeit als Akt der „White Jihad"-Strategie dargestellt werden und nur wenige Tage nach dem Geheimtreffen stattfinden. Wenig später konnte HNH außerdem beweisen, dass die Gruppierung noch nach ihrem Verbot ein neues Hauptquartier und ein Fitnessstudio in der Nähe von Liverpool eröffnet hatte.

Nach dem Verbot schrumpfte die Gruppe von etwa 200 Mitgliedern auf einen harten Kern von etwa 60 gut trainierten Mitgliedern, die sich erfolgreich den Blicken der Sicherheitsbehörden zu entziehen wussten. Bekannt wurde außerdem, dass es beinahe zu Morden innerhalb der Gruppe kam, weil einzelne Mitglieder verdächtigt wurden, für HNH zu spionieren. Darüber hinaus konnte HNH Tendenzen zu satanistischen Ritualen und eine ausgeprägte „Rape Culture" belegen. Dies wurde insbesondere in internen Chats deutlich, in denen sich die Mitglieder in hunderten Nachrichten über ihr Bedürfnis austauschten, die Mutter eines HNH-Angestellten zu vergewaltigen.

Nachdem die Antiterroreinheit der Polizei durch die Recherchen von HNH vorgeführt wurde, präsentierte sie eigene Recherchen, wonach sich noch ungefähr 20 Personen an der Weiterführung der Terrorgruppe beteiligten. Insgesamt zwölf Mitglieder wurden schließlich zu Haftstrafen zwischen acht Jahren und lebenslänglich verurteilt. Jack Renshaw, der den Mord an der Parlamentsabgeordneten ausführen sollte, erhielt zwanzig Jahre Haft für den Anschlagsplan und weitere vier Jahre für den Missbrauch von minderjährigen Jungen.

Auch wenn NA inzwischen nicht mehr existiert, so sind die Führungskader weiter aktiv. Auch die krude Ideologie des „White Jihad" als Mischung aus Neonazismus, Satanismus und „Rape Culture" verbreitet sich weiterhin. Demnächst werden erneut vier Mitglieder der NA für ihre Taten vor Gericht stehen. Weitere werden folgen, das ist gewiss. •

TITEL

Asow hat sich innerhalb von fünf Jahren von einer neofaschistischen Miliz zur politischen Bewegung gewandelt, die zur Drehscheibe im internationalen Netzwerk der militanten extremen Rechten wird. Die Anziehungskraft für Neonazis reicht weit über die ukrainischen Grenzen hinaus. Asow dürfte international noch mehr an Gewicht gewinnen, sollten sie ihre Bestrebungen weiterhin relativ unbehelligt realisieren können.

Von der freiwilligen Miliz zur extrem rechten Bewegung

MEIKE VAN DER AARE

Im Mai 2014 riefen nationalistische Politiker die Gründung des Asow-Bataillons aus, einer Freiwilligenmiliz, die sich mit vielen anderen am Kampf gegen russische Separatisten im Osten der Ukraine beteiligte. Mitglieder der ersten Stunde waren Fußballfans, die sich während der Maidan-Proteste extrem rechten Gruppen wie der „Misantrophic Division", der „Wotan Jugend" oder dem „Rechter Sektor" anschlossen. Geführt wird die Truppe bis heute vom Neonazi Andrij Biletsky, der zwischenzeitlich einen Sitz im ukrainischen Parlament bekleidete.

Die Miliz wurde vordergründig zur Imagepflege per Erlass des Innenministers Arsen Avakov in ein Regiment umgewandelt und so der Nationalgarde unterstellt. Seitdem die extrem rechte Miliz 2015 ihren legalen Status erlangte, hat sie stetig neue Strukturen geschaffen und professionalisiert, sie hat Kämpfer, Mitglieder und Sympathisant_innen angeworben und rekrutiert, eigene Lokale und Räumlichkeiten eröffnet und somit auch Arbeitsplätze für die lokale Szene geschaffen.

2016 wurde die Partei „National Corps" von Biletsky ins Leben gerufen, welche auf dem 2015 gegründeten „Asow Civil Corps" fußte. Der politische Arm von Asow, der sich den sozialen und politischen Problemen in der Ukraine widmet, eröffnete 2016 ein rechtes Sozialzentrum, das „Kosakenhaus". Das dreistöckige Hotelgebäude, das während der Maidan-Proteste von rechten Kräften besetzt wurde, ist heute eines der Zentren der Asow-Bewegung in Kiew. Daneben gehören diverse Sozialprojekte wie das „Youth Corps", der „Sports Club" sowie der „Plomin Club", der sich politisch intellektuellen Themen widmet, unter das Dach von Asow. Die Zahl der Mitglieder aller Unterorganisationen wird von Asow mit rund 10.000 in der ganzen Ukraine angegeben.[1]

Inländischer Terror

Im Frühjahr 2017 wurde die bisher letzte Organisation unter der Regie von Asow gegründet – die paramilitärische „National Militia". Die dem Innenministerium unterstellte Gruppe übernimmt, legitimiert durch ukrainisches Gesetz, polizeiähnliche Aufgaben. An der Inaugurationszeremonie in Kiew nahmen rund 600 Männer teil, die in Reih und Glied mit Fackeln vom Maidan durch die Innenstadt marschierten. Ihre Mitgliederzahl soll sich auf mehrere Tausend in der ganzen Ukraine belaufen. Ziel der Gruppe ist es die ukrainische Ordnung wiederherzustellen, die von der Polizei nicht durchgesetzt würde. Angriffe auf Roma-Camps, das Stören von Demonstrationen von politischen Gegner_innen und die Suche nach der Konfrontation mit der Polizei gehören zu den alltäglichen Aktivitäten. Auch störten Mitglieder eine Gemeindeversammlung und setzten die Anwesenden so lange unter Druck, bis ihre Forderungen angenommen wurden. Zudem zeigt ein BBC-Video, wie eine Truppe der „National Corps" ohne jeden Grund vermeintlich illegale Spielhäuser stürmt und das Inventar zerstört.[2]

Innenminister Avakow, der die Asow-Bewegung quasi protegiert, beauftragte die Sicherung der Parlamentswahlen durch die paramilitärische Gruppe, was von diversen Medien in der Ukraine kritisiert wurde. Kurz nach den Parlamentswahlen griffen zwei Asow-Veteranen die Personenschützer des ehemaligen Präsidenten Petro Poroshenko auf offener Straße mit Pfefferspray an und traten mehrfach gegen dessen Auto.

Asows Botschafter_innen

Olena Semenyaka ist eine Schlüsselfigur Azovs und bekleidet die Funktion der internationalen Sekretärin des „National Corps". Die auch als Sprecherin der Bewegung tätige Historikerin ist global bestens vernetzt. Um ihre Kontakte und die „Reconquista"-Idee des Aufbaus einer pan-europäischen Konföderation auszuweiten, nahm sie an diversen Kongressen der extremen Rechten in Europa teil oder organisierte diese für das „National Corps" in der Ukraine. Sie steht in Deutschland im Austausch mit Strukturen wie „Kraftquell",





Links: Hendrik Möbus, Olena Semenyaka und Alexey Levkin im Rahmen des „Asgardsrei-Festival" in Kiew 2017.

Rechts: Der Neonazi-Hooligan und Kampfsportler Denis „Nikitin" Kapustin (links) und Robert Smithson, Abgesandter des „Rise Above Movement" in Kiew.

„Der III. Weg" oder den „Jungen Nationalisten".

In einem Interview nennt Semenyaka Denis „Nikitin" Kapustin einen inoffiziellen Botschafter Asows. Beide nahmen gemeinsam an Konferenzen in der Ukraine und Polen teil.[3] Kapustin, der die paneuropäische Idee schon länger propagiert, lockte durch seine guten Kontakte im Bereich Kampfsport diverse extrem rechte Kämpfer in Asows „Reconquista Club" nach Kiew, darunter auch dato angeklagte Neonazis des „Rise Above Movement" aus den USA. Im Mai 2019 fand der erste „F1ght K1ngs" Event statt, auf der Fight Card des Großevents in Kiew waren vorwiegend Kämpfer gelistet, die Asow nahestehen oder durch „Nikitins" Kontakte für die Veranstaltung gewonnen werden konnten.[4] Inwiefern das kürzlich erlassene Einreiseverbot im Schengen Raum Kapustins Botschaftertätigkeit für Asow einschränkt, wird sich zeigen.

Systematische Rekrutierung im In- und Ausland

Die Truppenstärke des Asow-Regiments hat sich innerhalb von drei Jahren rund verdreifacht.[5] Eine amerikanische Sicherheitsfirma sieht Ähnlichkeiten in Rekrutierungspraxis islamistischer Terrorgruppen und listet folgende Parallelen auf: konkretes, professionelles Anwerben von Kämpfern über die sozialen Medien, sowie das „klassische" Bewerben von Nachwuchs an szeneeigenen Veranstaltungen wie beispielsweise 2017 in Themar.[6]

Das Recherchekollektiv Bellingcat deckte im Februar auf, dass Asow seit 2015 mit Neonazis in den USA in Kontakt stand und versuchte, diese ins Regiment einzubinden. Darunter war auch ein ermordetes Mitglied der rechtsterroristischen „Atomwaffen Division". Dieser suchte über soziale Medien Anbindung an Asow, wollte in die Ukraine reisen und war gewillt, von den professionellen Strukturen der europäischen Neonazis zu lernen. Weiter wird berichtet, dass ein norwegischer Neonazi Lobbyarbeit für Asow betrieben hat, mit der Absicht, Veteranen der US-Streitkräfte für Asows Sache zu gewinnen.[7]

Ambitionen der nahen Zukunft

Der bisher unerwähnte Botschafter der Azsow-Bewegung ist der Russe Alexey Levkin. Der gewalttätige Neonazi ist Sänger der NSBM-Band „M8l8th" und ist mit Semenyaka und Hendrik Möbus Veranstalter des seit 2015 in Kiew stattfindenden „Asgardsrei"-Festival, auf dem 2017 auch die Band „Absurd" des verurteilten Mörders Möbus auftrat. (Vgl. AIB Nr. 117). Levkin ist Anführer der Asow-nahen neonazistischen „Wotan Jugend", die zu Beginn dieses Jahres öffentliches Aufsehen erregte. Die Gruppe übersetzte das Manifest des Christchurch-Attentäters und publizierte und vertrieb es in der Ukraine. Levkin, der selbst für Asow kämpfte, versucht seit geraumer Zeit die ukrainische Staatsbürgerschaft zu erlangen und vertritt als Asow-Botschafter diese Forderung öffentlich. Das Parlament verabschiedete im Juni 2019 ein entsprechendes Gesetz, das vom neuen Präsidenten nur noch in Kraft gesetzt werden muss. Die vereinfachte Erlangung der Staatsbürgerschaft für ehemalige Kämpfer würde Asow in die Hände spielen und die beabsichtige Gründung einer Fremdenlegion wohl beschleunigen.[8] Dies würde Asows Anspruch, eine tonangebende Kraft in der internationalen extrem rechten Szene zu sein, weiter festigen. •

1 https://affirmativeright.blogspot.com/2015/05/real-russia-vs-kremlin-state-interview.html **2** www.bbc.com/news/av/43632454/ukraine-on-patrol-with-the-far-right-national-militia **3** www.rferl.org/a/azov-ukraine-s-most-prominent-ultranationalist-group-sets-its-sights-on-u-s-europe/29600564.html **4** https://runtervondermatte.noblogs.org/der-weisse-koenig-im-neuen-schloss-kampfsport-als-teil-paramilitaerischen-trainings-in-der-ukraine **5** www.spiegel.de/panorama/justiz/ukraine-deutsche-soeldner-heuern-bei-rechtsextremem-freiwilligenbataillon-an-a-1177400.html **6** www.soufangroup.com/intelbrief-the-transnational-network-that-nobody-is-talking-about **7** www.bellingcat.com/news/uk-and-europe/2019/02/15/defend-the-white-race-american-extremists-being-co-opted-by-ukraines-far-right **8** https://balkaninsight.com/2019/07/18/croatia-key-to-ukrainian-far-rights-international-ambitions/; https://www.facebook.com/intermariumsupportgroup/posts/345838899442034

TITEL

Falanga in Polen: Gekaufter „Terror"?

JAKUB NEUMANN

Die polnische neofaschistische Gruppe Falanga wurde international durch eine false-flag-Aktion im ukrainischen Użhorodze bekannt. Dort hatten Mitglieder der Falanga mutmaßlich nach Aufforderung des AfD-Mitarbeiters Manuel Ochsenreiter, einen Brandanschlag auf ein ungarisches Kulturinstitut durchgeführt.

Anti-westliche Ausrichtung

Die Gruppierung Falanga, die aktuell kaum mehr wahrnehmbar ist, war wahrscheinlich die kleinste nationalistische Organisation in Polen. Sie ging 2008 aus der Spaltung des „Nationalradikalen Lager" („Obóz Narodowo-Radykalny", ONR) hervor. Angeführt wurde die sektenähnliche Gruppe von den neofaschistischen „Intelektuellen" Bartosz Bekier, Ronald Lasecki und Adam Danek. Sie sind Anhänger von Querfront-Strategien und arbeiten u.a. mit der unbedeutenden maoistischen „Red Guard Organization" zusammen. Fast alle nationalistisch-neofaschistischen Organisationen in Polen, wie zum Beispiel die „Allpolnische Jugend" („Młodzież Wszechpolska") oder auch die ONR, bauten ihre politische Identität auf Anti-Kommunismus, Rassismus und Antisemitismus auf. Die Falanga hingegen stellte sich in erster Linie gegen den „Westen", US-Imperialismus und Zionismus. Sie solidarisierten sich mit Muammar Al-Gaddafi in Lybien, Baschar Al-Assad in Syrien, Slobodan Milosevic in Jugoslavien sowie mit Nordkorea, der FARC in Kolumbien und der libanesischen Hisbollah.

Pro-russische Bündnisse

Während des Arabischen Frühlings begann die Falanga eine Zusammenarbeit mit dem „Europäischen Zentrum für geopolitische Analysen" (ECAG), einem pro-russischen Thinktank in Warschau. Gründer des ECAG ist Mateusz Piskorski, ein ehemals aktiver Neonazi und früherer Abgeordneter der antiwestlichen, agrar-populistischen Partei „Samoobrona" (dt.: „Selbstverteidigung der Republik Polen"). Mateusz Piskorski arbeitete lange Zeit mit dem russischen Nationalisten Alexander Dugin und einigen russischen Nicht-Regierungsorganisationen zusammen, die Propagandaarbeit für Russland und seine Verbündeten, einschließlich Libyen und Syrien, betrieben. Mitglieder von Falanga verfassten Analysen für das ECAG und organisierten Demonstrationen zur Unterstützung von Muammar Al-Gaddafi und Bashar Al-Assad. Sie besuchten auch die Volksrepublik Donezk, Tschetschenien, Rumänien und Russland. 2015 gründete Piskorski die Kreml-treue Partei „Zmiana" (dt.: „Veränderung"), deren Vizepräsident Bekier wurde. Kurz nach der Gründung wurde Piskorski wegen des Verdachts auf Spionage für Russland verhaftet.

Unterwanderung der militärischen Jugendorgansation "Strzelec"

Falangas aktivste Untergruppierung befand sich in Krakau, wo die Führungsperson Adam Danek wohnt und an einer kleinen katholischen Universität arbeitet. Der Hauptorganisator der Organisation in der Stadt war jedoch Michał Prokopowicz, der auch in der Jugendorganisation „Strzelec" (dt.: „Schütze") tätig war. Die Mitglieder der „Strzelec" kleiden sich in Uniformen und benutzen militärische Ränge, eine militärische Ausbildung erlangen die Mitglieder hingegen nicht. Bekannt sind Kooperationen zwischen „Strzelec" und dem Verteidigungsministerium, dem Zivilschutz und verschiedenen Pfadfinderorganisationen. Auf Neofaschisten hat die Organisation eine besondere Anziehungskraft. Sie infiltrieren nachweislich regionale Strukturen und nutzen die Struktur als Rekrutierungsinstrument. Michał Prokopowicz, Mitglied der Falanga, hat sich im 3. Zug der Einheit Nummer 2039 in Niepołomice einen hohen Rang erarbeitet. Deren Kommandeur Marcin Dul war ebenfalls in der Falanga aktiv. Mitglieder der Einheit besuchten nicht nur pro-russische Separatisten in Donbass, einige von ihnen, Michał Prokopowicz, Tomasz Chochorek, Jakub Skrzetelski und Adrian Makuła, nahmen 2016 auch am NATO-Ausbildungsprogramm „Anakonda" teil.

Angriffe auf die LGBT-Community

Im April 2012 zerstörten neofaschistische Mitglieder der „Strezlec" den Amtssitz von Anna Grodzka – der ersten Transgender-Abgeordneten des polnischen Parlaments in Krakau. Später behauptete ein Mitglied der Falanga gegenüber polnischen Medien, dass überlegt wurde, einem „kranken Mann" eine Waffe zu geben mit der Bitte, auf Grodzka zu schießen. Ein anderes Mal nahm Prokopowicz selbst an einem Treffen der LGBT-Communitiy im

Büro der Abgeordneten teil und zündete dort einen Feuerwerkskörper.

Pro-russische Anschläge

Nachdem die kriminellen Aktivitäten einiger Falanga-Mitglieder aufgedeckt wurden entschloss sich „Strzelec“ alle Mitglieder mit Bezug zur Falanga aus der Organisation zu werfen. Aus Rache deponierten diese eine Bombe auf einem Übungsgelände der „Strzelec“. Die Bombe war zwar nicht scharf, aber laut Expertenbericht durchaus professionell gebaut. Zudem beschmierten sie die Gebäude auf dem Gelände mit neofaschistischen Symbolen und der proseperatistischen Parole „Slava Donbas“ (dt.: „Ehre dem Donbas“). Am 4. Februar 2018 organisierten die Falanga-Mitglieder Tomasz Rafal Szymkowiak, Adrian Marglewski und Michał Prokopowicz einen Brandanschlag auf das ungarische Kulturinstitut im ukrainischen Użhorodze. Ziel war es den Anschlag wie ein Angriff ukrainischer Neonazis aussehen zu lassen um die Beziehungen zwischen der Ukraine und Ungarn zu Gunsten Russlands zu belasten. Die Täter wurden jedoch gefasst. Der Hauptangeklage Michał Prokopowicz wurde wegen Brandstiftung und Terrorfinanzierung angeklagt.

Verbindungen zur AfD in Deutschland

Während des Prozesses teilte Prokopowicz dem Gericht mit, dass der Angriff vom Deutschen Manuel Ochsenreiter angeordnet wurde. Er habe nicht nur sehr konkrete Angaben zum Tatzeitpunkt und zur Durchführung erhalten, sondern auch 500 Euro im Voraus, versteckt in einem per Post versandten Buch. Ochsenreiter habe ihn gebeten, Personen zur Durchführung des Anschlags unter „falscher Flagge“ zu rekrutieren. Später seien ihm 1.000 Euro von Ochsenreiter persönlich am Flughafen Berlin-Tegel übergeben worden. Manuel Ochsenreiter war zu diesem Zeitpunkt Mitarbeiter im Bundestagsbüro des AfD-Abgeordneten Markus Frohnmaier. Der dem Rechtsaußen-Flügel der Partei angehörende Ochsenreiter arbeitete bereits als Chefredakteur der „Deutschen Militärzeitschrift“ sowie der extrem rechten Publikation „ZUERST“ und schrieb immer wieder Artikel für die Kreml-nahe Medienplattform „Russia Today“. Er arbeitete auch mit Alexander Dugin zusammen, sowie mit dem „neurechten“ Ideologen Götz Kubitschek. Ochsenreiter besuchte pro-russische Seperatisten im Donbas und auf der Krim, traf sich mit Antisemiten und Holocaustleugnern im Iran und immer wieder auch mit Mateusz Piskorski. Am 19. Juni 2015 organisierten beide zusammen eine Konferenz in Warschau unter dem Titel „Polen und Deutschland in Zeiten der US-Hegemonie – zusammen oder gegeneinander?“. Dort sprach neben Michał Prokopowicz auch Bartosz Bekier.

Falanga ist seit dem Auffliegen der Strukturen hinter dem Anschlag in der Ukraine nicht mehr aktiv und seine Führer treten nicht mehr offen militant auf. Mitglieder der Gruppe verließen die Pertei “ Zmiana“ eine Woche vor der Verhaftung Piskorskis. Seine guten internationalen Kontakte pflegt die Partei dennoch weiter, insbesondere nach Russland. •



Foto: Screenshot portal.p



Foto: Screenshot aBTOa shekhovtsov.blogspot.com

Oben: Manuel Ochsenreiter (links) mit Bartosz Bekier von Falanga auf einer Konferenz.

Unten: Anhänger der Falanga im Kriegsgebiet von Donetsk 2014.

TITEL

El Paso, Dayton, Gilroy, Escondido, Poway, Pittsburgh – mit diesen Orten quer durch die USA ist nur der spektakulärste Rechtsterror der letzten Monate verbunden. Er nimmt seit Jahren zu.

Rechter Terror in den USA

MAX BÖHNEL

Wie unter einem Brennglas erklärt sich das Anwachsen des US-Rechtsterrorismus durch eine Episode, die sich im Mai 2019 in Florida zutrug. Wieder einmal hetzte US-Präsident Donald Trump damals auf einer Veranstaltung vor Anhängern gegen Einwanderer und Latinos. „Wie stoppt man diese Leute?", fragte er in die Menge. „Erschießen!" rief einer laut hörbar zurück. Trump grinste und sagte: „Nur hier unten (im US-Süden) kann man damit davonkommen." Es folgte lauter, langer Jubel, während Trump nickte. Fox News, das größte Sprachrohr der Rechten, übertrug seine Tiraden live und unkommentiert weiter. Genau deshalb wird die Koketterie des US-Präsidenten mit rechter Gewalt von Neonazis, „White Supremacists" und Waffenfanatikern goutiert. Sie begreifen ihn als einer der Ihren, selbst wenn er sich von Terroranschlägen pflichtgemäß distanziert. Als Trump als Reaktion auf das Massaker in der texanischen Grenzstadt El Paso – dem verheerendsten Anschlag auf Latinos in der US-Geschichte – eine im Weißen Haus vom Telepromter abgelesene Rede hielt, ließ er sich sein Desinteresse deutlich anmerken. Auch das war eine wohl verstandene Geste an die extreme Rechte. In den einschlägigen Chat-Rooms und -Boards klopfte sich die rechte Basis amüsiert auf die Schenkel. Das „Establishment zwingt ihn dazu", war dort mehrfach zu lesen.



Donald J. Trump
@realDonaldTrump

Major consideration is being given to naming ANTIFA an "ORGANIZATION OF TERROR." Portland is being watched very closely. Hopefully the Mayor will be able to properly do his job!

7:04 AM · 8/17/19 · Twitter for iPhone

15.6K Retweets 61.4K Likes

Das Weiße Haus verfolgt entgegen oft in US-weiten und internationalen Medien verbreiteten Behauptungen, es sei an der rechten Gewalt nicht interessiert und spiele sie aus Naivität herunter, eine eindeutige Strategie. Es geht um die Trump'sche Wählerbasis, die man nicht verprellen will. Nur ein Gedankenspiel: Wenn Trump den Zwischenrufer von „Erschießen!" öffentlich zurechtgewiesen und ihm Grenzen aufgezeigt hätte, wäre ihm seitens der Rechten, inklusive Fox, Einknicken vorgeworfen worden.

Neben der Rhetorik äußert sich der rechte Autoritarismus der Trump-Regierung mit ihrer Koketterie und Ermächtigung der extremen Rechten auch institutionell. Das betrifft die Sicherheitsbehörden, die eigentlich dafür zuständig wären, terroristische Bedrohungen zu erkennen, Terrorpläne zu verhindern und für eine entsprechende Strafverfolgung zu sorgen. Die Bundespolizei FBI ist erwiesenermaßen gegenüber rechtem Terrorismus relativ zurückhaltend. Ein Grund ist die systematische Reduzierung und Streichung von Ressourcen im „Department of Homeland Security" (DHS), die auf Inlandsterrorismus konzentriert wären. Mit zuständig für die Austrocknung war als Beraterin des Ministeriums die ehemalige „Alt-Right"-Ideologin Katharine Gorka, die für „Breitbart" geschrieben hatte und nach Trumps Wahl 2017 in den engeren Kreis der neuen Regierung aufgenommen worden war. Verheiratet ist sie mit ihrem politischen Mitstreiter Sebastian Gorka, der wenige Jahre vor seiner Beratertätigkeit von Trump im Weißen Haus seine Unterstützung für den paramilitärischen Flügel der faschistischen Jobbik-Partei in Ungarn bekundet hatte. Nach der Schwächung dieser DHS-Abteilungen – darunter auch lokale Aussteigerprojekte – wurden sie im Sommer 2018 gänzlich aufgelöst.

So bleibt als staatliche Institution, die sich mit Rechtsextremismus und -terrorismus befasst, einzig die Bundespolizei FBI übrig. Aber auch sie ermittelt im Milieu nur zaghaft. Das bestätigte der ehemalige FBI-Abteilungsleiter Dave Gomez gegenüber der „Washington Post". Die US-Bundespolizei wolle nicht den Eindruck allzu aggressiver Ermittlungen gegen Rechtsextreme erwecken, weil sie eine „scharf geführte politische Debatte" befürchtet. Sie sei gegenüber den „White Power"-Anhängern „knieweich im Vergleich zum alten FBI". Gomez sagte, etliche FBI-Größen gingen bei potentiellen Ermittlungen gegen Rechtsextreme „auf die Bremse", wenn sie als Anhänger von Trump wahrgenommen werden. Großenteils entspringe die Zurückhaltung den Tiraden, die Trump gegen das FBI wegen dessen Ermittlungen gegen russische Einmischungsversuche in die Wahlen von 2016 losgelassen hatte. Die FBI-Spitze halte das US-Justizministe-

Foto Screenshot C-Span3



Katharine Gorka bei einer Pressekonferenz zum Thema „Counterterrorism & Homeland Security".

rium nicht für eine unvoreingenommene staatliche Institution. Es gebe keine Hinweise darauf, dass das Ministerium dem FBI für Ermittlungen gegen die extreme Rechte ausdrücklich grünes Licht gegeben habe.

Als Bundesstaatsanwälte das Massaker von El Paso als Inlandsterrorismus bezeichneten, warnten konservative Medien vor einer „politisch motivierten" Hysterie. Das Magazin „National Interest" behauptete Mitte August 2019 in einem längeren Artikel, „hate crimes"[1] hätten in den letzten Jahren zwar zugenommen, aber es sei nicht erwiesen, dass es sich um eine langfristige Tendenz handele. Wahrscheinlicher sei, dass die Medien einfach mehr darüber berichteten als zuvor. Zudem, so das Magazin, seien zahlreiche Anschläge als bloße Reaktion auf islamistischen Terror zu verstehen.

Zu „besorgten Bürgern" deklarierte gewaltbereite Rechte existieren nicht erst seit Trump. Das Problem besteht darin, dass sie aufgrund politischer Entscheidungen von den Behörden ins Visier genommen werden, oder eben nicht. Nach dem größten extrem rechten Terroranschlag in der US-Geschichte von 1995 mit 168 Toten in Oklahoma City wandten sich die Behörden erstmals institutionell und personell dem Rechtsterrorismus zu. Er geriet sechs Jahre später, nach den islamistischen Mehrfach-Anschlägen vom 11. September 2001, wieder aus dem Visier. Denn die Ressourcen wurden im Rahmen des „Anti-Terror-Kriegs" auf die Aufklärung und Verfolgung von Islamisten verwendet, mit Schwerpunkt auf ausländische Gruppierungen. Deshalb erfuhren die rechtsterroristischen Netzwerke, ignoriert von den Behörden, massiven Zulauf – eine Tatsache, vor der 2009 das Heimatschutzministerium in einem Bericht seines damit beauftragten Analysten Daryl Johnson eindringlich warnte. Rechter Inlandsterrorismus – „home grown" – sei brandgefährlich, hieß es darin mit einer detaillierten Auflistung von Netzwerken, Methoden und Querverbindungen. Aber Johnsons Bericht stieß bei Republikanischen Politikern und der damals wachsenden Tea-Party-Bewegung auf Ablehnung. „Konservative" würden vom DHS und der Obama-Regierung „ins Visier genommen", „verfolgt" und „unfair behandelt", hieß es. Johnson, der als einer der erfahrensten Rechtsextremismus- und -terrorismusexperten galt, wurde auf politischen Druck der Rechten hin entlassen. Das DHS stampfte seinen Bericht ein.

Vor wenigen Wochen, zehn Jahre später, veröffentlichte Johnson sein Buch „Hateland". Extrem rechte und terrorbereite Netzwerke seien seitdem noch weiter angewachsen, würden noch mehr Mitstreiter rekrutieren und würden sich nach jedem Terroranschlag noch weiter radikalisieren, sagte er in einem Interview im August 2019. Rechtsextremisten in den USA seien bis an die Zähne bewaffnet, in einem Ausmaß, dass manche Polizeibehörden, die weniger Waffenstärke aufwiesen, sich vor ihnen zurückgezogen hätten. Als Anschlagsziele der Rechten macht Johnson „so ziemlich jeden mit nicht-weißer Hautfarbe aus", sowie „Menschen mit hellerer Hautfarbe, denen sie unterstellen, sich zur Auslöschung des ‚weißen Amerika' oder ‚christlicher Werte' verschworen zu haben."

Die Täterprofile sind in den Jahren seit Oklahoma von 1995 fast unverändert dieselben geblieben: weiße Männer jüngeren oder mittleren Alters, oft mit militärischer Ausbildung. Treffen in dunklen Hinterzimmern seien Internet-Chatrooms und -boards gewichen, sagt Johnson. Rechtsextremisten verfügten über ihre eigenen Internet-Medien, die vor Verschwörungstheorien nur so strotzen. „Einige radikalisieren sich innerhalb weniger Wochen oder Monate, andere brauchen dafür Jahre. Viele radikalisieren sich nie. Es gibt Leute, die sich irgendwie am Rande bewegen und sich dann von einem Satz von Trump inspiriert fühlen, ‚etwas zu unternehmen'. Oder sie hören von einem Attentat und entschließen sich, das zu kopieren."

Die USA sind unter Trump zu einem rechten Pulverfass geworden. Die Kombination aus Verschwörungstheorien, Verfügbarkeit von Waffen, behördlichem Wegsehen und präsidentialem Augenzwinkern lässt Schlimmes erwarten – vor allem, wenn Trump und die Trumpisten befürchten, die politische Macht bei den Wahlen im November 2020 abgeben zu müssen. •

1 Als Hasskriminalität werden politisch motivierte Straftaten bezeichnet, bei denen das Opfer des Delikts vom Täter vorsätzlich nach dem Kriterium der wirklichen oder vermuteten Zugehörigkeit zu einer gesellschaftlichen Gruppe oder auch biologischem Geschlecht gewählt wird und sich die Tat gegen die gewählte Gruppe als Ganze bzw. in diesem Zusammenhang gegen eine Institution, Sache oder ein Objekt richtet.

NS-SZENE

Rhetorisch ist die „Alternative für Deutschland“ (AfD) längst in der extremen Rechten angekommen. Auch personell bedient sich die Partei, die bei der Landtagswahl Anfang September 2019 in Sachsen zweitstärkste Kraft geworden ist, eines Klientels, das noch vor wenigen Jahren kräftig in der Neonazi-Szene mitmischte. Deutlich wird dies auch mit Blick auf die sächsischen Stadträte und Kreistage, in denen seit den Kommunalwahlen im Mai 2019 einige Personen mit einschlägiger Historie sitzen.

„Nicht gleich mit der Tür ins Haus“?

Kommunale Mandatsträger und das Neonazi-Milieu

Bereits kurz nach den Landtagswahlen 2014 in Sachsen folgten zahlreiche Meldungen über Neonazis, RassistInnen und andere Personen aus der extremen Rechten, die sich in der AfD engagieren. „Wir schauen sehr genau darauf, wer in Sachsen in die AfD eintritt“, hieß es von der frisch in den Landtag gewählten AfD-Politikerin Frauke Petry in einem Interview. Damals hatte u.a. die Mitgliedschaft des Zwickauer Neonazis Paul Morgenstern für Aufsehen gesorgt, der in mehreren Rechts-Rock-Bands mitwirkt und gegen den als Musiker von „Blitzkrieg“ Mitte der 2000er Jahre Ermittlungen wegen der Unterstützung des 2000 in Deutschland verbotenen „Blood & Honour“-Netzwerkes liefen. Morgenstern trat nach den Enthüllungen aus der Partei aus.

Vom „Rock für Deutschland“ zu „Mut für Deutschland“

Anders als Alexander Schwarz, der nun einen der 19 erzielten Sitze der AfD im Kreistag Zwickau besetzt. 2017 ließ er sich in den Kreisvorstand wählen und sorgte bis dato schon für Kontroversen.

„Texte werden überspitzt, Stilmittel bewusst provokativ eingesetzt. Das ist in vielen Genres der Fall“ zitiert ihn eine Lokalzeitung auf die Frage, wie er sein mehrjähriges Mitwirken in der Rechts-Rock-Band „White Resistance“ bewertet. Eine Recherche-Gruppe schrieb 2017, dass Schwarz noch bis mindestens 2016 am Bass gestanden haben soll. Nur „provokativ“, wie Schwarz dreist die Texte der Band umschreibt, sind diese um Längen nicht. So heißt es aus dem Englischen übersetzt in einem Song: „Die Zeit der Vergeltung sei gekommen, es wäre nun an der Zeit zu rennen.“

Als „White Rock'n'Roll Outlaws“ vom Neonazi-Publikum gefeiert, bestritt die Band von Anfang der 2000er Jahre bis nachweislich Februar 2018 etliche konspirativ organisierte Konzerte und gehört zum harten Kern der internationalen Neonazi-Musikszene zwischen Organisationen wie „Blood & Honour“ (B&H) und „Hammerskins“. Mehrmals wurde die Band um Schwarz' ehemalige Mitmusiker Matthias Dietzel, Ronny Schürer, Christian Sobeck und Enrico „Schratti“ Hager zu bedeutenden Events der Szene eingeladen. Etwa auf das „Memorial-Konzert“ zu Ehren des B&H-Gründers Ian Stuart Donaldson 2005 in Belgien oder auf das „European Hammerfest“ 2010 in Italien. Verwunderlich ist es somit nicht, dass „White Resistance“ in den Ermittlungen in Bezug auf Unterstützung von B&H in Deutschland Mitte der 2000er Jahre auftauchen, in denen schon Schwarz' ehemaliger Parteikollege Paul Morgenstern mit „Blitzkrieg“ aufgeführt wurde. Als musikalisches Aushängeschild der sächsischen B&H-Strukturen – auch nach dem Verbot im Jahr 2000 – dürfte der Weg zur rechts-terroristischen Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) nicht weit gewesen sein. Schließlich wird das sächsische Neonazi-Netzwerk zwischen Chemnitz und Zwickau als der engste Unterstützerkreis des 1998 untergetauchten NSU-Kerntrios bezeichnet. Verbindungen der Rechts-Rock-Szene in dieses Milieu gibt es zuhauf – auch bei „White Resistance“. 2008, als das Trio bereits acht Jahre in Alexander Schwarz' Wohnort Zwickau mehr oder weniger im Untergrund lebte, war die Band etwa Teil der Veranstaltung „Rock für Deutschland“ in Gera. Dort war der wegen Beihilfe zu den Morden des NSU verurteilte Ralf Wohlleben in die Organisation eingebunden und war für die eigene mediale Aufbereitung des Konzertes verantwortlich. Gemeinsam mit dem im Altenburger Land wohnhaften Neonazi-Funktionär Thomas Gerlach war Wohlleben zudem in der Kameradschaftsszene um den „Thüringer Heimatschutz“ aktiv, in dessen Kreis auch das Kern-Trio des NSU politisiert



Foto: Screenshot Facebook



Foto: s.he

Links: Alexander Schwarz (hintere Reihe links) als Teil der im Mai 2019 gewählten AfD-Fraktion im Zwickauer Kreistag

Rechts: Alexander Schwarz am Bass bei der westsächsischen RechtsRock-Band „White Resistance" im Rahmen des von der NPD organisierten Neonazi-Festivals „Rock für Deutschland" 2008 in Gera

wurde. Gerlach baute später die „Nationalen Sozialisten Zwickau" (NSZ) auf, denen der NSU-Unterstützer André Eminger zugerechnet wurde.

Zusammen mit der NPD führten die NSZ am 1. Mai 2010 einen Aufmarsch in Zwickau durch. In dem offenbar separat angereisten Mob befanden sich damals nicht nur Personen aus dem Bekanntenkreis des NSU, darunter Hendrik Lasch und zwei Musiker der Band „Blitzkrieg" , sondern auch Alexander Schwarz. Begleitet wurde er von seinem damaligen Mitmusiker Christian Sobeck, während Daniel Peschek, der bis dato zur Führungsriege der NSZ zählte, als Anführer des Trosses zu fungieren schien. „Yeahh...saufen...woohooo", kommentierte Peschek im August 2019 einen Beitrag in den sozialen Netzwerken, in dem Schwarz seine Verlobung bekannt gab. „Alex, ick freu mir uff den Junggesellenabschied!", schrieb Christian Sobeck unter den Beitrag. Auch „White Resistance"-Schlagzeuger Matthias Dietzel gratulierte. Alexander Schwarz ist heute vielleicht nicht mehr in der Neonazi-Musikszene aktiv, von seinem neonazistischen Freundeskreis scheint er sich dennoch nicht gelöst zu haben.

„Brachiale" Politik

Unter den Kommentatoren von Schwarz' Verlobungs-Posting sind weitere Mitstreiter der AfD im Zwickauer Kreistag zu finden – etwa Mario Hoffmann. Hoffmann unterhält enge Verbindungen in die Neonazi-Szene. Schon 2015 fiel der Bodybuilder in den sozialen Netzwerken mit Werbung für den Neonazi-Liedermacher Frank Rennicke auf und bewarb 2016 die rechten Aufmärsche in Zwickau.

Bis September 2018 war er zudem Geschäftsführer der DREI GmbH, die für die Bekleidungsmarke „Brachial" verantwortlich ist. Das Kreistagsmitglied Hoffmann tritt heute noch als Model und Werbeträger für die Marke auf, ähnlich wie Mike Schmeißer, der darüber hinaus als „Brachial-Athlet" vorgestellt wird. Schmeißer, der aus der vogtländischen Neonazi-Szene um die Kameradschaft „Schwarzer Orden" stammt, nahm noch im September 2018 an dem konspirativ organisierten „3. Ostsächsischen Sport-und Familienfest" in Ostsachsen teil. Im Anschluss an das Event trat u.a. die RechtsRock-Band „Überzeugungstäter Vogtland" auf. Als „langjähriger Freund und Kamerad" wird auch Manuel S. von Hoffmann bezeichnet. Der Zwickauer Neonazi S. nahm ebenfalls an dem „Sportfest" teil. „Brachial" sponsert ferner vogtländische Kraftsportler um Mathias Buchta. Diese nahmen 2018 an einem Wettkampf im Rahmen des 5-jährigen Bestehens der rechten „Sportgemeinschaft Barbaria" in Schmölln (Thüringen) teil. Deren Hauptprotagonist Martin Langner trat bei mehreren Events des extrem rechten „Kampf der Nibelungen" (KdN) an.

„Art Area – Tattoo Factory" prangte im April 2018 in Ostritz auf den T-Shirts der „Sportgemeinschaft Barbaria", für die u.a. Martin Langner dort beim KdN-Turnier in den Ring stieg. Bei der „Art Area" handelt es sich um ein Tattoo-Studio in Zwickau, welches von Heiko Uhlmann betrieben wird. Uhlmann unterstützte die AfD in Zwickau kurz vor den Kommunalwahlen 2019 proaktiv im Wahlkampf.

Vom „88er" zum Listenplatz 1

RechtsRock, sowie Kampf- und Kraftsport sind offenbar verbindende Elemente von nicht wenigen Personen aus dem AfD-Freundeskreis um Alexander Schwarz





Links: Lars Franke bei der Anreise auf das Rechts-Rock-Festival „This one's for the skinheads Vol.3" in Nienhagen 2014

Rechts: Lars Franke, heute im Stadtrat von Chemnitz für die AfD

und Mario Hoffmann in Zwickau. Ähnliches ist auch im Gefilde der Chemnitzer AfD zu beobachten. Elf Sitze holte die Partei zur Kommunalwahl 2019 in der „Stadt der Moderne". Einen davon belegt Lars Franke. Seine Aktivitäten in der Neonazi-Szene reichen bis in die 1990er Jahre zurück, wo er dem Kreis der „Skinheads Chemnitz 88" angehörte, denen die 1994 gegründete RechtsRock-Band „Störfaktor" zugerechnet werden kann. Franke habe dort am Mikro gestanden, wie später aus den Ermittlungen im NSU-Komplex bekannt wurde. Die „88er", wie man die „Skinheads Chemnitz 88" auch nannte, waren fast deckungsgleich mit der Chemnitzer Riege von „Blood & Honour" um Hendrik Lasch, Jan Werner und Thomas Starke. Verbindungen zu Lasch pflegte Franke noch Jahre später, während er sich gleichzeitig bemühte, sich ein Image des bürgerlich-konservativen Bauunternehmers zuzulegen. 2014 ließ er sich für die extrem rechte Partei „PRO Chemnitz" zur Stadtratswahl aufstellen, bis er 2016 der AfD beitrat. Neben dem Besuch eines RechtsRock-Konzertes in Nienhagen 2014, fiel Franke im selben Jahr als Teilnehmer des ersten Aufmarsches der „Hooligans gegen Salafisten" (Hogesa) in Köln auf – begleitet hatte ihn dort Hendrik Lasch.

Als Lasch – Betreiber des Chemnitzer Szenegeschäfts „Backstreetnoise" – Anfang 2015 in München als Zeuge im NSU-Prozess aussagen musste, war es Lars Franke, der ihn begleitete. Dabei bedrohte er einen Journalisten, indem er dessen Wohnadresse beim Verlassen des Saals in den Raum rief, mit der Ergänzung „Wie läufts?". Warum Franke nicht selbst als Zeuge im Prozess geladen wurde, bleibt schleierhaft. Denn neben seinen mindestens bis 2015 offenkundigen Verbindungen in die Chemnitzer Neonaziszene, stand Franke schließlich auch auf der „Hunderterliste". Diese wurde von der Bundesanwaltschaft erstellt und listet alle möglichen Kontakte zum NSU-Kerntrio oder zu einem der zwölf Beschuldigten im NSU-Prozess.

Erst auf den zweiten Blick sind heute noch Verbindungen Frankes in die Neonazi-Szene erkennbar. Etwa zu Patrick R., der wie Franke 2004 Teil einer Ansammlung von Neonazis war, die sich am Rande einer antifaschistischen Demonstration in Chemnitz gesammelt hatten, um diese einzuschüchtern. Wenige Jahre später unternahm R. gemeinsame Ausflüge und Wandertouren mit Franke und Hendrik Lasch.

Patrick R., genannt „Buddy", nahm im Oktober 2018 am „Kampf der Nibelungen" (KdN) in Ostritz teil. Offensichtlich war er dort mit Chemnitzer Neonazis um Eric Fröhlich angereist. Fröhlich war einer der führenden Köpfe der 2014 verbotenen Kameradschaft „Nationale Sozialisten Chemnitz" und stand im Austausch mit dem NSU-Unterstützer Ralf Wohlleben.

Nur zwei Monate nach dem KdN in Ostritz unternahm Franke mit Patrick R. einen Ski-Ausflug in Sachsen. Im März 2019 waren beide im Ski-Urlaub in Österreich. Eine enge, freundschaftliche Verbindung, bei der Franke sicher nicht entgangen sein dürfte, wo Patrick R. nur einen Monat später zu Besuch war. Denn als rund 2000 Neonazis am 20. April in Norditalien den 130. Geburtstag von Adolf Hitler feierten, war Patrick R. mittendrin. Nicht am Rande, sondern im Anhang von Steve Geburtig, der in Chemnitz als Geschäftsführer des international bedeutsamen Rechts-Rock-Labels „PC Records" fungiert. Das selbe Label, gegen dessen Geschäftsräu-

me antifaschistische Gruppen 2004 in Chemnitz demonstrierten, während Franke und Patrick R. sich dagegen in einem bedrohlichen Mob sammelten.

„Danke (...) an alle meine Freunde von nah und fern die diesen echt ‚geilen' Wahlkampf mit in irgendeiner Art unterstützt haben", kommentierte Franke am Tag der Kommunalwahl 2019 drei Bilder auf seinem Social-Media-Account. Eines der Bilder zeigte diese „Freunde", darunter auch Patrick R., wie er mit weiteren Neoanzis mit dem Konterfei Frankes posierte.

Lokalpolitik heißt Realpolitik

Was es heißt, Personen im Kreistag oder Stadtrat sitzen zu haben, die auf ein aktives Mitwirken in der Neonazi-Szene blicken können, dadurch teils internationale Kontakte in ein hochgefährliches Milieu besitzen und offenbar nicht vorhaben, die freundschaftlichen Beziehungen zu diesem zu kappen, wird man in den nächsten Monaten in Sachsen zu spüren bekommen. Dort, wo Personen wie Hoffmann, Schwarz und Franke in den kommunalen Ausschüssen etwa darüber mit entscheiden, welche Vereine staatliche Förderungen bewilligt bekommen.

„Ich setze mich ein (...) für eine sehr sehr gründliche Untersuchung, welche Vereine und Zentren mit städtischen Mitteln wie gefördert werden sollen. Schwarze Schafe aussondern", heißt es in Frankes Wahlversprechen vor der Kommunalwahl 2019. Mit „Schwarzen Schafen" dürfte er die wenigen alternativen, linken Anlaufpunkte in der Stadt meinen, wie etwa das AJZ Chemnitz. Schon im vergangenen Jahr hatte es bezüglich der Förderung des Zentrums Kontroversen gegeben, da dort der Antifa-Jugendkongress ausgetragen wurde. Die Diskussion um die städtische Finanzierung von „linken Extremismus" wurde noch von den Fraktionen der CDU und FDP vorangetrieben. Mit der AfD im Stadtrat könnte diese somit erneut entfacht werden. Eine Gefahr für das AJZ und dessen Verein, welcher in der Stadt seit Jahren einen nicht unerheblichen Teil der mobilen Jugendarbeit stemmt.

Andererseits versichert Franke - ehemaliges Mitglied des sächsischen Boxverbandes - dass sich die AfD für die Förderung von Vereinen wie den „Boxclub Chemnitz 94" einsetzen werde. Jener hatte im Spätsommer 2018 für Schlagzeilen gesorgt, als Mitglieder des Vereins an den rechten Aufmärschen von „PRO Chemnitz" nach dem Tod von Daniel H. teilgenommen hatten. Nach Bekanntwerden dessen fielen dem Verein wichtige Sponsoren weg.

Vor allem die „Abteilung Kickboxen" des Boxclubs ist seit Jahren dafür bekannt, Neonazis und rechten Hooligans Trainingsmöglichkeiten zu bieten. Wie etwa Martin Krause, Lokalmatador im Kickboxen und Angeklagter im aktuellen Prozess um den koordinierten Überfall auf den Leipziger Stadtteil Connewitz im Januar 2016. Auch Neonazis wie Fabian Nebe stellen scheinbar kein Problem im Boxclub dar. 2017 trat er als Kämpfer für die „AG Körper & Geist" der Neonazi-Partei „Der III. Weg" beim „Kampf der Nibelungen" in Kirchhundem an. Nur ein Jahr später vertrat er den „Boxclub Chemnitz 94" auf einer Kampfsport-Gala in Erfurt. Auf „Nachwuchsarbeit fokussiert" beschreibt die Lokalpresse die Arbeit des Boxclubs, an der auch ein kommunal finanzierter Trainer Teil hat.

Vor allem in Sachsen bedeutet die Förderung des Sports durch kommunale Mittel eine infrastrukturelle Unterstützung von Neonazis, die sich vielerorts in den lokalen Kampfsport-und Fußballvereinen etablieren konnten.

In Zwickau verabschiedete die AfD/ Freie Wähler-Fraktion im Februar 2019 einen Antrag, in dem es heißt, dass man dem FSV Zwickau 200.000 Euro zur Verfügung stellen solle, sowie mit zusätzlichen 200.000 Euro den sogenannten Breitensport fördern wolle. „Stimmenfang" könnte man meinen, doch Lokalpolitik ist vor allem oft Realpolitik. Eine Förderung könnte somit Fußballvereine treffen, in denen etwa Jörg Hanke, Aktivist der Neonazi-Partei „Der III. Weg", als Schiedsrichterassistent tätig ist. Damit werden Fähigkeiten gefördert, die Hanke z.B. bei einem Fußballturnier im Rahmen des „Tag der Gemeinschaft" der Partei 2018 in Zwickau-Neuplanitz einbringen konnte.

Städtische Mittel, die auch den „Pölbitzer Dartclub" erreichen könnten, in deren Lokal mehrmals rechte Liederabende stattfanden und dem auch Thorsten Graßlaub angehört. Seine Partei, die „Wählervereinigung Zukunft Zwickau" belegt derzeit einen Sitz im Kreistag.

Darüber hinaus gehört auch der Boxsport in Zwickau zum Breitensport. Neben dem rechts-offenen „Shuri Gym" ist vor allem der „KSSV Boxclub Zwickau" für Neonazis attraktiv. „Der KSSV Zwickau, der Vorstand und die Mitglieder bedanken sich bei der Stadt Zwickau", heißt es auf der Webseite des Boxclubs. Dort gibt nicht nur Marco Hampel - Betreiber des rechten Ladengeschäfts „Eastwear Department" - Trainings, dort war auch Steffen Reitberger bis 2018 als Trainer mit C-Lizenz im Boxsport gelistet. Reitberger nahm im Oktober 2018 als Kämpfer am „Kampf der Nibelungen" in Ostritz teil.

Wie unvermittelt Lokalpolitik und Neonazi-Aktivitäten harmonieren, konnte jüngst in Nordsachsen beobachtet werden. Dort trat im August die Bremer Rechts-Rock-Band „Kategorie C" im „Puls"-Club auf, während in der Spielpause niemand geringeres als Benjamin Brinsa ans Mikrofon trat. Der rechte Hooligan-und Kampfsportler wurde im Mai 2019 für das „Neue Forum für Wurzen" in den Stadtrat gewählt.

„Um Stimmen zu bekommen, sollte man erstmal konservativ deutsch denken und dies veräußern. Danach kann man etwas nationaler werden und nicht gleich mit der Tür ins Haus fallen", schrieb ein Kandidat der AfD zur Kommunalwahl 2019 in Chemnitz in den sozialen Netzwerken. „Nicht mit der Tür ins Haus fallen" zu wollen scheint in der Lokalpolitik in Sachsen wohl ein dehnbarer Begriff zu sein. •

BRAUNZONE

„Organische Christen“ Antisemiten mit Medienimperium

SAMIRA ALSHATER

Die „Organische Christus Generation“ ist eine Sekte aus der Schweiz. Der Dunstkreis ihres Gurus, Ivo Sasek, ist dank eines Medienimperiums, mit „Klagemauer-TV“ und der „Anti-Zensur-Koalition“ groß und reicht bis nach Deutschland und weit in den Kosmos von rechten Verschwörungstheoretiker*innen, Esoteriker*innen und Holocaustleugner*innen hinein.

Was wenn Adolf Hitler einer gewesen sei, der gleich nach Jesus Christus komme, fragt Ivo Sasek sein begeistertes Publikum, ohne die Antwort zu geben. „Was machst du dann? Wenn das einer ist, der von dem Rang eines Apostels ist?“ Im Privaten würde man so reden, in der Öffentlichkeit jedoch nicht, so Ivo Sasek, ein großgewachsener Mann mit blauen Augen. Er hält seine Rede 2014 vor zahlreichen Menschen. Alles Anhänger seiner Sekte mit Namen „Organische Christus Generation“ - kurz OCG. Dreh- und Angelpunkt dieser „Generation“ ist Ivo Sasek selbst.

Doch Sasek ist nicht nur Laienprediger, sondern der Kopf eines „alternativen“ Medienimperiums, in dem es stets darum geht, dass wir uns auf der Schwelle zum dritten Weltkrieg befänden. Nicht selten drehen sich seine TV-Shows und Artikel dabei auch um „Flüchtlinge als Kriegswaffe“, die „hohle Erde“, „Bevölkerungsaustausch“ oder „satanistische Mächte“ im Hintergrund, die die Strippen ziehen. Ivo Sasek bewegt mit seiner verschwörungsideologischen und antisemitischen Weltsicht viele Menschen. Sie teilen sein Weltbild, online, wie offline. Seine Anhänger*innen leben nicht nur in der Schweiz, sondern auch in Deutschland. Zu tausenden besuchen sie die als Shows inszenierten Konferenzen.

Ivo Sasek: Ein neofaschistisch, fundamentalistischer Führer?

Ende der 1990er-Jahre gründete der gelernte Automechaniker Sasek seine christlich fundamentalistische Gemeinschaft oder wie er es beschreibt, einen „Organismus“. Seither will Sasek den Willen Gottes verbreiten oder vielmehr seiner Anhängerschaft seinen Willen aufdrücken - mit radikalen Mitteln. Aussteiger*innen aus der Sekte sprechen von Bewusstseinsmanipulation und vom Brechen von Persönlichkeiten. Vorbild für alle Anhänger*innen ist die Familie Sasek, Ivo, seine Frau Anni und ihre elf Kinder, wobei zwei Söhne mittlerweile den Ausstieg geschafft haben. Ivo Sasek hat eine ganz klare Vorstellung wie die Gemeinschaft leben soll. Mitglieder sollen in einem Verband leben. Ihnen wird eingetrichtert, dass ein gutes erfülltes Leben nur in der abgeschotteten Gemeinschaft unter OCG-Anhänger*innen möglich sei.

Damit auch Kinder die völlige Unterwerfung unter Saseks antidemokratische Ideologie lernen, empfiehlt er körperliche Gewalt als angeblich notwendiges Erziehungsmittel. In seinem Erziehungsratgeber „Erziehe mit Vision!“ steht: Sind Kinder „widerspenstig und böse“, so „schone deine Rute nicht“. Eltern könnten keinen guten Willen der Kinder voraussetzen, sondern müssten deren Eigenwillen brechen. Saseks Einstellung zu Gewalt gegen Kinder führte 1995 zu einer Strafanzeige wegen angeblicher Kindesmisshandlung und zu seiner Verhaftung 2001. Zwar wurde Sasek von den Vorwürfen freigesprochen, dennoch berichten Aussteiger*innen von massiver Gewalt gegenüber Kindern, selbst gegenüber Säuglingen.

Medienimperium: Film-Produktionsfirma, Buchverlag und Spielfilme

Weil Saseks extreme Lehre unter Christ*innen nicht auf die erhoffte Zustimmung stieß, geriet er in Isolation, die er immer mehr als Verfolgung und Verschwörung gegen sich deutete. Seither nimmt die Verbreitung von Verschwörungstheorien einen maßgeblichen Raum bei Sasek ein. Dafür gründete er mehrere Medienformate. Mit der „Anti-Zensur-Koalition“ (AZK) kämpft er gegen die „totale Zensur“ und verbündet sich zur Verbreitung der angeblich unterdrückten Wahrheiten auf Kongressen mit Handysmog-Gegner*innen, Klimawandel-Leugner*innen, Impfgegner*innen, Esoteriker*innen, Holocaust-leugner*innen und Verschwörungstheoretiker*innen jeglicher Couleur. Die „Anti-Genozid-Bewegung“ (AGB) kämpfte gegen den angeblich bevorstehenden Genozid an allen Christ*innen. In der Zeitschrift „Stimme und Gegenstimme“ (S&G) wird beispielsweise die Sexualerziehung und die angebliche Umerziehungszwang zur Homosexualität angeprangert. Sasek spricht so nicht nur zu OCG-Anhänger*innen, er erreicht durch seine Zeitschriften, Kongresse, Videos und YouTube-Kanäle eine Vielzahl von unzufriedenen, ängstlichen, sich benachteiligt fühlenden Menschen. Wie er das alles finanziert ist unklar.

„Klagemauer-TV“ (kla.TV): An der Schwelle zum dritten Weltkrieg

Auf dem in der extrem rechten Sphäre beliebten YouTube-Kanal „Klagemauer-TV“ (kla.TV) ist der Bezug zu OCG nicht direkt offensichtlich. Aus einem Fernsehstudio werden Videos zur aktuellen Lage der Welt



Sreenshot YouTube Kla.tv

produziert, Nachrichten, die von den „Mainstreammedien" angeblich verschwiegen würden. Das Themenspektrum des über 88.000 Abonnent*innen großen Kanals ist breit: HIV/AIDS wird ebenso geleugnet wie der vom Menschen gemachte Klimawandel, zu Impfungen werden krude Ansichten verbreitet und der jüdische Milliardär George Soros manipuliere mit bösen Absichten angeblich die Weltpolitik in dem er Kriege auslöse. Und immer geht es um eine angebliche böse Elite, die einen Bürgerkrieg anstrebe, um die Menschheit zu dezimieren. Flüchtlingsbewegungen und „Völkervermischung" seien eine Form der Kriegsführung. Die bösen Mächte? Die USA, beziehungsweise die „Finanz-Elite", sprich: Die Rothschilds. Und schon sind wir beim antisemitischen Feindbild, den angeblich gierigen und bösen Juden und Jüdinnen. Als Beleg dafür zieht Sasek stets die sogenannten „Protokolle der Weisen von Zion" heran, die den Mythos der sogenannten „jüdischen Weltverschwörung" propagieren.

Holocaustleugnung auf der AZK-Bühne
Saseks „Anti Zensur Koalition" bietet Holocaustleugner*innen und Antisemit*innen eine Bühne. Auf der 8. AZK 2012 in der Stadthalle im schweizerischen Chur lud die notorische Holocaust-Leugnerin und ehemalige Lebensgefährtin des militanten Antisemiten Horst Mahler in ihrem Referat das Publikum ein, Nazis „kennen zu lernen", um sich ein eigenes Bild ihrer Ansichten zu machen. Der Holocaust könne nicht gerichtlich bewiesen werden, dazu fehlten die Leichen, die Spuren der Täter und die Waffen, sagte Stolz auf der Bühne. Eine nationalsozialistische Absicht, Juden zu töten, würde fehlen. Ivo dankte ihr am Ende der Rede und brachte mit tränenunterdrückter Stimme hervor, sie sei eine „Frau mit dem Mut eines Löwen". Die Holocaustleugnung führte sowohl zu einer Strafanzeige gegen Sylvia Stolz wie auch gegen Ivo Sasek wegen Verbreitung der Rede. Stolz wurde zu einer anderthalbjährigen Haftstrafe verurteilt. Sasek wurde freigesprochen.

Ist Ivo Sasek ein Bewunderer von Adolf Hitler?
Aber wie steht nun Ivo Sasek zur Shoa? 2014 sagte er auf einer seiner Show-Konferenzen vor tausenden Zuhörer*innen, dass „die Protokolle der Weisen von Zion" umgesetzt würden, um dann direkt Adolf Hitlers menschenverachtendes Manifest „Mein Kampf" zu erwähnen.

„Ich nehme ein Buch wie ‚die Protokolle der Weisen von Zion' und sage, jetzt möchte ich mal auf mein Herz horchen und lese es einfach durch. Und dann nehme ich 'Mein Kampf' und lese es einfach nur durch und schaue einfach was da drinnen passiert [zeigt auf seine Brust]."

Was bei ihm passiert ist, erfahren die Zuschauer*innen nicht. Sasek ist clever genug das nicht auszusprechen. Auf der AZK-Veranstaltung 2018 sprach er vor den rund 2.000 Gästen gemeinsam mit dem Verschwörungstheoretiker Gerhard Wisnewski über die „Vermischung von Völkern". Sasek glaubt offenbar, „dass da Mächte dahinterstehen die nicht von dieser Welt sind." Jüngst sprach Sasek auf großer Bühne davon, dass Jüd*innen „eine Synagoge Satans seien" und nannte sie eine „Satanssekte".

AZK und Kla.TV mit der AfD im Bundestag
Doch nicht nur während der Reden wird antisemitische und extrem rechte Propaganda verbreitet. 2018 lagen bei der AZK unter anderem auch Infomaterialien der extrem rechten „Gedächtnisstätte Guthmannshausen", von Reichsbürger*innen des „Freistaat Preußen" und von der rechten Organisation „Ein Prozent" aus. Die OCG verbindet religiösen Wahn mit extrem rechter Politik. Im Mai 2019 veranstaltete die „Alternative für Deutschland" (AfD) eine sogenannte „1. Konferenz der freien Medien" im Bundestag. Auch die AZK und kla.TV waren dort vertreten. Immerhin machte die rechte Partei so deutlich, dass sie keinerlei Berührungsängste zu Antisemit*innen und Verschwörungsideolog*innen hat. •

ANTIFA

„Kein Raum der AfD"

Eine antifaschistische Kampagne aus Berlin stellt sich vor

GASTBEITRAG VON „KEINRAUMDERAFD.BLOGSPORT.EU"

Die antifaschistische Kampagne „Kein Raum der AfD" gründete sich im Jahr 2017 in Berlin mit dem Ziel, der Infrastruktur der rechten Partei erhebliche Dämpfer zu verpassen. Bis heute konnte die Kampagne erreichen, dass rund 50 geplante Veranstaltungsorte die extrem rechten Gäste nach Interventionen vor die Tür setzten.

Auch vorher gab es zwar schon Aktionen gegen die AfD und deren Infrastruktur, neu war jedoch das konzentrierte Vorgehen als Kampagne mit unterschiedlichsten Unterstützer_innen. Den Kampagnenstart markierte eine Demonstration am 1. April 2017 im Berliner Stadtteil Weißensee. Diese richtete sich nicht nur gegen die von der AfD Berlin-Pankow genutzten Restaurants „Zum Nudelholz" und „Heinersdorfer Krug" sowie die Arztpraxis des Lichtenberger AfD-Vorsitzenden, sondern auch gegen den damaligen Thor-Steinar-Laden und die Kanzlei des neonazistischen Anwalts Wolfram Nahrath, der im NSU-Prozess den Angeklagten Ralf Wohlleben verteidigt hatte.

Seit Beginn der Kampagne ist das Ziel, den Rechten ihre Räume zu nehmen, geblieben. Hierbei geht es nicht allein um öffentliche Räume, sondern um alle Räumlichkeiten, die von der Partei für ihre politische Arbeit genutzt werden. Mit dieser Zielsetzung und der Anwendung verschiedenster Mittel aus der „antifaschistischen Trickkiste" konnten weitere positive Effekte beobachtet werden: Die Absage von Parteitagen und -treffen erschwert die politische Arbeit und bestehende Konflikte innerhalb der AfD werden dadurch verschärft. Auch die Einbindung von Sympathisant_innen und Neumitgliedern wird erschwert, wenn Kennenlerntreffen ausfallen oder Veranstaltungen von Antifaschist_innen und einem Polizeiaufgebot begleitet werden.

Die Kampagne folgt einer eingespielten Choreografie: Nach der Recherche von Treffen und Veranstaltungen erfolgt die direkte Ansprache der Betreiber_innen. Diese bekommen gegebenenfalls auch Unterstützung bei der Kündigung, andernfalls wird die Vermietung öffentlich gemacht. Neben Pressemitteilungen und der Verbreitung in sozialen Medien bedeutet dies auch immer die direkte Bekanntmachung in der Nachbarschaft und unter den Gästen. Wütender Protest vor dem Lokal ist oft die Folge, Polizeipräsenz und -gitter schrecken Kund_innen ab. Auch direkte Aktionen aus der Nachbarschaft können folgen und tragen zum letztendlichen Rausschmiss bei. Die Betreiber_innen sind meist froh, wenn sie wieder Ruhe haben.

Räume können nicht wegrennen

Den Wirt_innen wird so zunächst die Möglichkeit geboten, sich positionieren zu können. Wollen sie die Völkischen von der AfD - vielleicht auch nur aus finanziellen Interessen - weiterhin unterstützen, dafür aber das Risiko von Protest, Imageverlust und ausbleibender Kundschaft auf sich nehmen? Der Vorteil der Zielsetzung auf rechte Räumlichkeiten liegt auf der Hand: Räume sind statisch, gehören immer jemandem bzw. werden von jemandem vermietet oder verpachtet. Viele Gäste kommen aus der Nachbarschaft. Für die richtige Wahl der Mittel ist eine Einschätzung der Betreiber_innen nötig. Zumindest in Berlin vermieten zwar nur wenige Betreiber_innen aus Überzeugung an die Partei - öffentlicher Druck ist in diesen Fällen aber wirkungslos. Hier wirken nur ökonomische Verluste bis hin zum Entzug der Räumlichkeiten: Dem Ratskeller Charlottenburg wurde bspw. durch das Bezirksamt die Pacht gekündigt.

Viele Wirt_innen stimmen zwar nicht mit der Politik der AfD überein, es fehlt ihnen aber am nötigen Selbstbewusstsein für einen Rausschmiss. Die Lage ist jedoch simpel: Es gibt keinerlei gesetzliche Pflicht zur Bewirtung und auch vermeintliche Schadensersatzklagen hat es noch nie gegeben. Hier hilft gut zureden. Von Beratungsstellen gegen Rechts gibt es Handreichungen für Wirt_innen, die ursprünglich einmal gegen Neonazi-Parteien wie die NPD entwickelt worden sind. Viele Rausschmisse bestärken wiederum andere Wirt_innen, von sich aus Ansagen gegen die ungewollten Gäste zu machen. Mehrere Berliner Restaurants und Theater haben in den vergangenen zwei Jahren von sich aus ein „AfD-Hausverbot" erteilt - hier wäre jedoch bei dem nachfolgenden rechten Shitstorm mehr Unterstützung durch Antifaschist_innen notwendig gewesen. In einem WELT-Artikel beschwerte sich ein AfD-Funktionär darüber, vor Ort vom Personal erkannt und rausgeschmissen worden zu sein. Dies kann z.B. durch die Verteilung von Recherche-Flyern unterstützt

werden. Seitdem die AfD nach den Wahlen im September 2017 in den Bundestag und das Abgeordnetenhaus eingezogen ist und somit Gelder zum Unterhalten von sogenannten „Bürgerbüros" bekommt, lässt sich der Versuch beobachten, regelmäßig kleine Veranstaltungen in eigenen Räumlichkeiten durchzuführen. So z.B. im Bürgerbüro der AfD-Pankow in Berlin-Blankenburg, wo sich an einer Art rechter Stadtpolitik versucht wird: Nachbar_innen werden angesprochen und zu Veranstaltungen in das zentral gelegene Büro eingeladen. Öffentliche Feste und Veranstaltungen des Bezirks werden nach Kräften und Möglichkeiten unterstützt. Das politische Vorgehen ist hier schwieriger und es braucht dafür lokal zugeschnittene Strategien. Vermieter_innen ausfindig zu machen und sie zum Handeln zu bewegen, ist hierbei oft ein langwieriger Prozess.



Foto: Oskar Schwartz

Breiter Aktionsradius

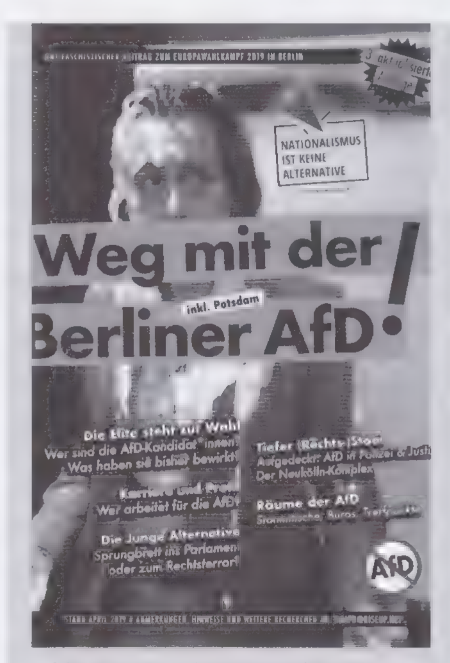
Da inzwischen kaum noch größere private Veranstaltungsräume für Landesparteitage zur Verfügung stehen, nutzt die AfD inzwischen auch Bezirksräume. Kurz vor Redaktionsschluss gelang hier ein besonderer Erfolg: Der Berliner Landesparteitag am 1. September 2019 musste ausfallen, weil das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg kurzfristig die Räume entzog. Eine Pressemitteilung reichte aus, den Rest übernahmen Journalist_innen, Bezirksverwaltung und das Verwaltungsgericht. In den meisten Berliner Bezirken gibt es eine Regelung, die eine Nutzung von Bezirksräumen nur Bezirksverbänden der Parteien erlaubt. Zumindest Landesparteitage werden damit erschwert.

Politisch wichtige Interventionsziele sind für uns die Scharnier- und Netzwerkveranstaltungen der (extremen) Rechten. So wurde von „Kein Raum der AfD" eine private Veranstaltung der „Desiderius-Erasmus-Stiftung" (DES) im Nobelrestaurant „Habel am Reichstag" im Juni diesen Jahres öffentlich gemacht, zu der die Stiftung Hans-Georg Maaßen eingeladen hatte. Durch die Veröffentlichung wurde Maaßen verschreckt und sagte ab, DES-Chefin Erika Steinbach gab frustrierte Fernseh-Interviews.

Unser Motto „Kein Raum der AfD" umfasst jedoch nicht nur Räumlichkeiten, Infrastruktur und Dienstleister_innen – wenn die Partei auf Straßenfesten mit Informationsständen öffentlich in Erscheinung tritt, so wird auch dort Gegenprotest mit Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Initiativen organsiert. Eine gelungene Aktion fand am 26. Januar 2019 beim bezirklichen Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus in Berlin-Marzahn statt. Wie schon in den Jahren zuvor waren auch lokale Funktionäre und Mitglieder der AfD eingeladen. In Kooperation mit der VVN/BdA wurde ein spontaner Gegenprotest organisiert, der sie am Betreten des Ortes und Ablegen eines Kranzes hinderte. In der Lokalpolitik war damit eine politische Debatte über die Teilnahme der AfD an NS- und Holocaustgedenken erzwungen.

Das „Mimimi" ist Erfolg und Ziel zugleich

Insgesamt setzt die Kampagne der Berliner AfD merklich zu, was sich durch die zahlreichen Beschwerden ihrer Funktionär_innen belegen lässt. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit wird in Presseorganen moniert, dass es für die Partei praktisch kaum noch möglich sei, unter ihrem eigenen Namen Räumlichkeiten anzumieten und sich in Ruhe zu versammeln. Das Vorgehen gegen die politische Raumnahme durch die AfD unterliegt jedoch den lokalen Bedingungen und Akteur_innen. In einer Großstadt wie Berlin mit ihren politischen Mehrheiten hat die Kampagne ein relativ leichtes Spiel. Aber auch in Kleinstädten und Dörfern trifft eine kritische Öffentlichkeit die Wirt_innen und Dienstleisterfirmen unter Umständen, können Rausschmisse provoziert und Infrastruktur genommen werden. Das Motto „Kein Raum der AfD" wirbt für ein niedrigschwelliges, systematisches sowie wiederholbares Vorgehen. Der Kampagnenname steht zur freien Verfügung – ein Austausch über lokale Erfolge und Fehlschläge würde uns freuen. •



Auf dem Höhepunkt des Wahlkampfs zum Europaparlament Ende Mai 2019 wurde eine Neuauflage der Recherche-Broschüre zur Berliner AfD veröffentlicht. Auf 24 Seiten wurden diesmal nicht nur die Berliner AfD und ihre Funktionär_innen auf Landes- und Bezirksebene vorgestellt, sondern auch Einblick in die Dienstleistungsstruktur rund um die AfD gewährt. Schlaglichter fallen außerdem auf die parlamentarischen Mitarbeiter_innen auf Landes- und Bundesebene sowie auf AfD-Mitglieder in Sicherheitsbehörden. Mittig findet sich eine Karte der aktuell von der AfD genutzten Räume.

RASSISMUS

Die Totgeschwiegenen Libyens

Menschenhandel, Erpressung, Folter mit EU-Unterstützung

In Sabratha herrscht Ahmad al-Dabbashi, auch „der Onkel“ (Amu) genannt mit seiner „Amu Brigade“. Dabbashi kontrolliert den Hafen, die Ölraffinerie sowie mehrere „offizielle“ Internierungslager in der Region. In Zawiya, einige Kilometer östlich gelegen, herrscht Mohammed Kachlaf mit seiner „al Nasr Brigade“. Auch er kontrolliert den Hafen, „beschützt“ die örtliche Raffinerie und führt mehrere „Auffanglager“, darunter das offiziell der Abteilung zur Bekämpfung illegaler Migration (DCIM – Department for Combating Illegal Migration) unterstellte Nasr-Lager.

Beide Männer vereint darüber hinaus, dass sie millionenschwere Schmuggleroperationen durchführen und wegen Verbrechen gegen die Menschheit sowie Menschenhandels von den „United Nations“ (UN) sanktioniert wurden. Auch Abd al Rahman al-Milad, genannt „al-Bija“, Kommandant der lokalen „Küstenwache von Zawija“, wurde sanktioniert. Al-Milads Truppe wird vorgeworfen, Schiffe mit Waffengewalt versenkt zu haben und die von ihm „Geretteten“ in das Nasr-Lager seines Unterstützers Kachlaf zu verbringen, von wo aus sie oft zurück an Menschenschmuggler verkauft werden.

Bereits 2017 berichteten Diplomaten des Auswärtigen Amtes in einem „Drahtbericht“ von „KZ-ähnlichen Verhältnisse[n]“ in den sogenannten „Privatgefängnissen“ libyscher Schmuggler.[1] Die Hölle der Lager wird deutlich, wenn man die vielen Foltervideos und -fotos sieht, die Menschenschmuggler von Geiseln machen, um von deren Angehörigen hohe Lösegelder zu erpressen. Viele Geflüchtete versuchen über soziale Medien Unterstützung für die Lösegelder zu bekommen – wer nicht zahlen kann, wird umgebracht.

Doch auch in den „offiziellen“ Lagern sieht es nicht viel besser aus: Schläge, Folter, Vergewaltigungen, der Verkauf von Geflüchteten zurück an die Schmuggler. Das alles ist Alltag in den völlig überfüllten Lagern des DCIM, ebenso wie unhaltbare hygienische Zustände und medizinische Versorgung. Immer wieder bricht Tuberkulose aus, Menschen sterben an Blinddarmdurchbrüchen, Mangelernährung, Folter.

Weder die UN-Sanktionen noch ein erschreckendes Video der Sea Watch 3 vom November 2017[2], auf dem der Geist der sogenannten „Küstenwache von Zawiya“ deutlich wird (mindestens fünf Menschen ertrinken, während die „Libyan Coast Guards“ (LCG) die Crew der Sea Watch 3 bedroht und an der Rettung Ertrinkender behindert), scheinen die EU davor abzuschrecken, geächtete Menschenschmuggler und -schänder weiter mit Millionen Euro, Training und Ausrüstung zu versorgen.

Solange nur der Strom Geflüchteter endlich zu einem Rinnsal wird.

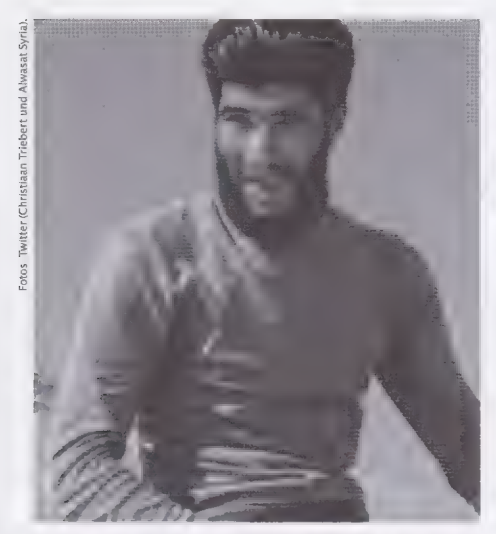
Der Wandel von einer europäischen Rettungsmission zu einer libyschen Rettungsmission hat einen einfachen Grund: Ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte stellte bereits 2012 klar, dass von europäischen Schiffen Gerettete in einen sicheren Hafen verbracht werden müssen. Da Libyen offensichtlich kein sicheres Land ist, müssen Gerettete in den nächsten europäischen Hafen gebracht werden. Dieses Urteil gilt allerdings nicht für die LCG, welche Überlebende in Lager nach Libyen zurückbringt.

Da verwundert es nicht, dass die EU nicht nur die LCG unterstützt, sondern Italien angeblich auch Dabbashi direkt 5 Millionen Euro angeboten hat, sollte er mindestens einen Monat lang das Ablegen von Booten aus seinem Gebiet verhindern[3]. Diese Deals, oft durch Geheimdienste realisiert und nicht belegbar, zeigen das Hauptziel der EU: Die Ankunft von Geflüchteten um jeden Preis verhindern.

Zwischen 2013 und 2014 rettete allein Italien im Zuge der Operation „Mare Nostrum“ der Europäischen Union über 100.000 Geflüchtete aus dem Mittelmeer. Trotz (oder wegen) dieses Erfolges wurde „Mare Nostrum“ Ende 2014 durch die wesentlich schwächer finanzierte Operation „Triton“ ersetzt, welche hauptsächlich die Küstengewässer der EU überwachte und nicht mehr bis in libysche Gewässer vordrang. Als Mitte 2015 vor Libyens Küste binnen weniger Tage tausende Menschen ertranken, wurde die EU-Marinemission „Sophia“ ins Leben gerufen, um weiter Schmuggler zu bekämpfen und endlich wieder Schiffbrüchige zu retten. Seit Beginn der Mission wurden mehr als 45.000 Menschen vor dem Ertrinken gerettet. Dennoch starben im Zeitraum 2015–2018 laut dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) etwas mehr als 14.000 Menschen auf der Mittelmeerroute, womit sie bis heute die tödlichste Fluchtroute weltweit ist.

Im März 2019 verhinderten die extrem rechten Regierungen Italiens, Polens und Ungarns eine europäische Einigung bezüglich der Einsatzregeln der Mission „Sophia“ sowie des Umverteilungsschlüssels für Geflüchtete in der EU. Als Konsequenz

Fotos: Twitter (Christiaan Triebert und Alwasat Syria).





Oben: Abd al Rahman al-Milad von der libyschen Küstenwache ist von der UN sanktioniert worden. Ihm wird vorgeworfen, Flüchtlingsboote mit Waffengewalt zu versenken und die von ihm „Geretteten" an Menschenschmuggler zu verkaufen.

Unten: Ahmad al-Dabbashi von der „Amu Brigade" ist wegen Verbrechen gegen die Menschheit und Menschenhandels von der UN sanktioniert worden. Er kontrolliert sogenannte „offizielle" Internierungslager für Geflüchtete.

wurden die zwei letzten verbliebenen Schiffe abgezogen, die Mission „Sophia" besteht nun nur noch aus sieben Aufklärungsflugzeugen und einem Trainingsprogramm für die sogenannten „libyschen Küstenwachen" der „Libyan Coast Guards" (LCG).

An diese beiden „Küstenwachen", eine formell dem Innen-, die andere dem Verteidigungsministerium unterstellt, wurde spätestens seit Februar 2017 die Seenotrettung outgesourct, als Italien und die von der UN anerkannte libysche Übergangsregierung (Government of National Accord, GNA) eine Absichtserklärung unterzeichneten um „illegale Immigration" und Menschenhandel zu bekämpfen. „Improved Migration Management" wird das im EU-Sprech genannt. Über den „Trust Fund for Africa" hat die EU seit 2014 mehr als 300 Millionen Euro bereitgestellt, um die Flucht von Libyen übers Mittelmeer zu verhindern. Davon erhielt die LCG über 90 Millionen Euro.[4]

Obwohl die LCG formell der GNA unterstellt ist, zeigt sich besonders am Beispiel der anfangs beschriebenen Städte Sabratha und Zawiya im Nordwesten Libyens, nur wenige 100 Kilometer von Lampedusa entfernt, das Problem des ins Bürgerkriegsland Libyen outgesourcten Grenzschutzes: „Warlords".

Genau die Schmuggler, welchen das „Geschäftsmodell" zerstört werden sollte[5], werden nun von der EU zu Partnern stilisiert. Marktführende Menschenhändler werden im Rahmen der gegen Menschenschmuggel kämpfenden Mission „Sophia" ausgebildet, ausgerüstet und bezahlt. Legitimiert wird diese absurde Praxis mit der stetigen Abnahme der Ankünfte von Geflüchteten übers Mittelmeer. Das Mantra der EU: Seht auf die Zahlen. Das System funktioniert. Die LCG sind verlässliche Partner.

Zwar sank die Gesamtzahl der im Mittelmeer Ertrunkenen absolut, doch die sogenannte „Todesrate" steigt jährlich an, von 1 Toten pro 269 Ankünften 2015 auf 1 Toten pro 51 Ankünfte 2018. Dieser Anstieg der „Todesrate" folgt der Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung, der systematischen Abschaffung EU geführter Seenotrettung und des Aufbaus einer korrupten und mordenden „libyschen Küstenwache".

Der Kreislauf des Todes wird dadurch nur schlecht verschleiert. Bislang gibt es keine Statistiken darüber, wie viele Menschen in libyschen Lagern gestorben sind, wie viele Menschen gefoltert und missbraucht wurden. Christoph Hey von Ärzte ohne Grenzen nennt es eine „beliebige Internierung"[6] – weder gibt es eine Rechtsgrundlage, noch einen einheitlichen institutionalisierten Prozess für die Internierung vieler tausender Geflüchteter. Und somit auch niemanden, der das System Libyen hinreichend kontrollieren könnte.

Anstatt endlich die LCG als das zu bezeichnen, was sie ist – eine brutale Bande Menschenhändler – werden lediglich einzelne Lager in Libyen geschlossen und einige Internierte „freiwillig" nach Nigeria oder Ruanda „umgesiedelt". Das System des Abfangens tausender Geflüchteter in Libyen, weit weg vom europäischen Festland, erscheint wie der wahr gewordene Traum aller extrem rechten Innenminister Europas; die Folterlager erscheinen wie reale Albtraum-Ankerzentren. „Die Migrationskrise wird in Afrika bewältigt" sagte Thomas de Maizière 2017. Und das wird sie um jeden Preis. •

1 www.welt.de/politik/deutschland/article161611324/Auswaertiges-Amt-kritisiert-KZ-aehnliche-Verhaeltnisse.html 2 Sea Watch e.V.: „EXKLUSIVE: Full incident of 06 November 2017 with the Libyan Coast Guard", https://www.youtube.com/watch?v=_phl-f_yFXQ&feature=youtu.be 3 www.faz.net/aktuell/politik/ausland/fluechtlinge-immer-weniger-kommen-ueber-das-mittelmeer-15180547.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2 4 https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/sites/near/files/eutf-noa-libya.pdf
5 Thomas de Maizière: „Die Migrationskrise wird in Afrika bewaltigt", Welt, https://www.welt.de/debatte/kommentare/article166543631/Die-Migrationskrise-wird-in-Afrika-bewaeltigt.html 6 www.deutschlandfunk.de/internierungslager-in-libyen-die-lage-fuer-die-fluechtlinge.694.de.html?dram:article_id=458881

GESCHICHTE

Deutsche Besserwisser oder antifaschistische Internationale?

TOVE KAMPS UND RALF PETERSON,
AKTIV IN DER ANTIFA-AG DER IL BERLIN

Gedenkpolitik hat in weiten Teilen der radikalen Linken nicht gerade Konjunktur. Eigentlich wird nur, wenn wieder einer von der AfD mit kalkulierter Provokation von „Vogelschiss" oder „Schande" redet, reflexartig die Bedeutung einer kritischen Erinnerung an die deutschen Verbrechen des 20. Jahrhunderts betont. Wie diese Erinnerung aktiv aufrecht erhalten, gelebt und weiter erkämpft werden kann, findet die radikale Linke im Allgemeinen weniger interessant. Damit geben wir vieles aus der Hand, was die Generationen vor uns, vor allem die Überlebenden der KZs, erkämpft haben. Wir unterschreiben auch eine Version der deutschen Erinnerungspolitik, in der primär der Staat bestimmt, an welchen Stellen Täter und Opfer benannt und erinnert werden sollen. Und wir machen es uns in einem Antifaschismus bequem, in dem schwierige Fragen nicht diskutiert werden – etwa diejenige, wie Gedenkpolitik international funktionieren kann.

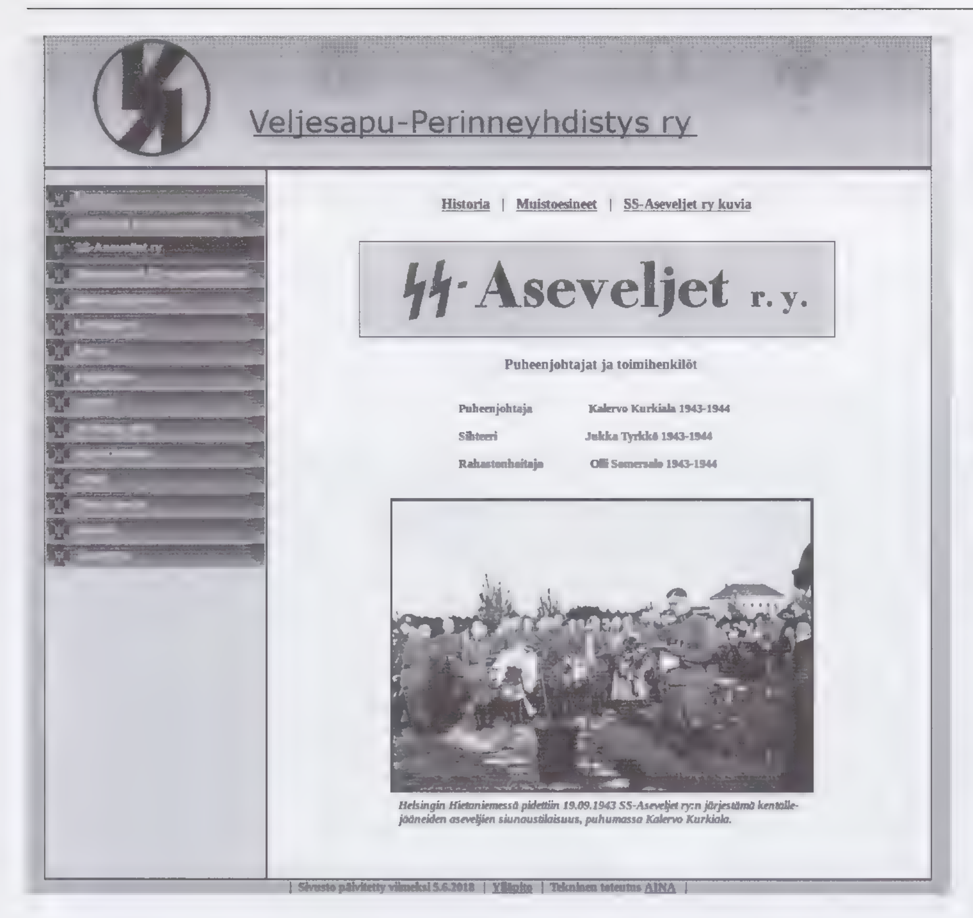
Der Boykott einer Kneipe in Berlin

So kam es, dass eine der wenigen wirklich erfolgreichen und pro-aktiven Auseinandersetzungen um eine gedenkpolitische Frage der letzten Jahre nahezu unbemerkt vonstatten ging: der Boykott gegen eine Kneipe, deren Betreiber auch Vorsitzender eines SS-Traditionsvereins war. Die Geschichte war zuerst in der taz Berlin veröffentlicht worden, die das Thema auch weiter verfolgte. Nach einigen Artikeln in linksliberalen Blättern, zumeist im Berliner Lokalteil, kehrte aber schnell wieder Ruhe ein und lediglich die konservative FAZ nahm das Thema auf und polemisierte gegen den Boykott. Ansonsten blieb die Auseinandersetzung lokal begrenzt – in Deutschland jedenfalls. Außerhalb von Berlin bekamen viele, vor allem auch linke Gruppen, von der Geschichte nichts mit, und noch kürzlich lehnte eine bekannte linke, sich als internationalistisch verstehende Zeitung einen Artikel dazu als „von rein lokalem Interesse" ab. Damit fehlten andere linke Stimmen als die des „Berliner Bündnis gegen Rechts", ebenso wie eine Einordnung des Falles in die Kämpfe anderer gedenkpolitischer Initiativen.

Im Ausland sah das ganz anders aus: Wochenlang diskutierten vor allem finnische, aber auch schwedische und russische Medien die Frage, ob ein lokales „Bündnis gegen Rechts" die Existenzgrundlage eines Bierbrauers aus Helsinki zerstören dürfe, indem es zum Boykott seiner Berliner Niederlassung aufruft. Besagter Brauer, Pekka Kääriäinen, war seit mehr als zehn Jahren Vorsitzender des Vereins „Veljesapu – Perrineyhdistys" – „Brüderhilfe – Traditionsvereinigung", ein Traditionsverein der finnischen Waffen-SS-Freiwilligen. Aus deutscher Sicht ein klarer Fall. „Kein Bier von, für und mit Nazi-Fans" stand auf den Flyern, die im Viertel und vor der Kneipe verteilt wurden. Kurz danach wurde das Bündnis von Presseanfragen überrannt – vor allem in Finnland war das Interesse groß, was in Berlin erstmal so niemand hatte kommen sehen. Die folgende Auseinandersetzung war von bilateralen Missverständnissen und unterschiedlichen Zugängen zum Thema, auch unterschiedlichen Traditionen antifaschistischen Engagements geprägt, aus denen viel über den sehr deutschen Fokus der deutschen Linken zu lernen ist.

Die finnischen SS-Freiwilligen in der Division Wiking und ihre Verbrechen im 2. Weltkrieg

Vom finnischen Nationalarchiv war kurz vor dem Outing des Bierbrauers ein Report veröffentlicht worden, in dem die Beteiligung der Freiwilligen an den Verbrechen der Waffen-SS-Division Wiking und anderer Verbände, ihre Marschroute durch Osteuropa und ihre Mitverantwortung oder konkrete Taten der Erschießung von Zivilisten, Vorbereitung der Deportation der jüdischen Bevölkerung, massenweisen Hinrichtungen erstmals öffentlich benannt wurden.[1] Sehr vorsichtig wurde auch die Möglichkeit einer antisemitischen Einstellung der Soldaten diskutiert. Dieser und andere Aspekte werden derzeit in Folge-



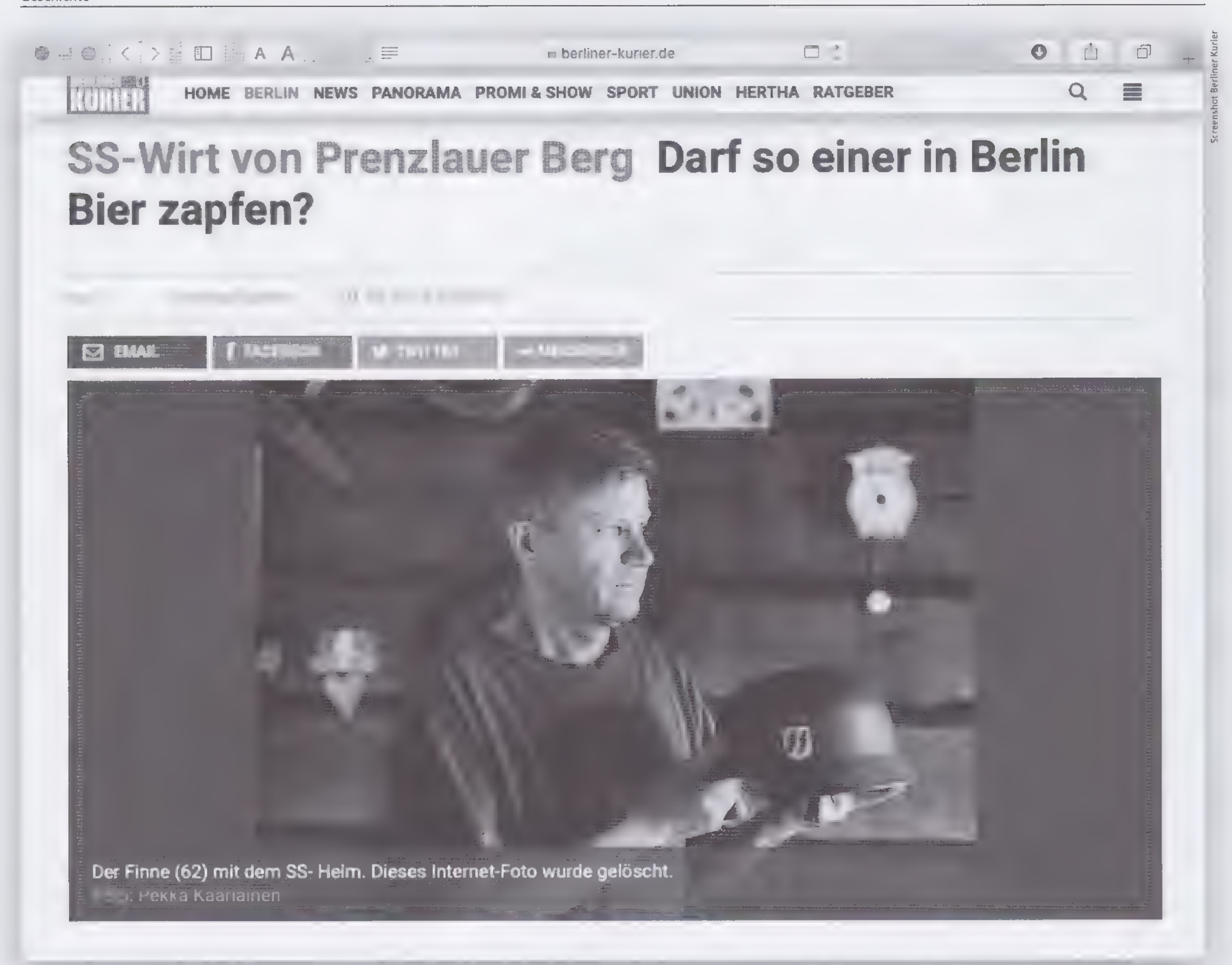
Screenshot der früheren Homepage von „Veljesapu" – „Brüderhilfe", einem Traditionsverein finnischer Waffen-SS-Freiwilliger

studien vom Nationalarchiv aus weiterverfolgt. Der Report war vom „Simon-Wiesenthal-Zentrum" angefragt worden.

Was aus deutscher Sicht wenig überraschend erscheint, stellte in Finnland einen Skandal sondergleichen dar. Finnland wurde nach dem Molotov-Ribbentrop-Pakt 1939 von der Sowjetunion überfallen und wehrte sich erfolgreich. Dies wird als „Winterkrieg" bezeichnet, im Gegensatz zu der folgenden militärischen Koalition mit dem nationalsozialistischen Deutschland, die „Fortsetzungskrieg" heißt und damit als eine Fortsetzung der Verteidigung gegen den Überfall durch die UdSSR dargestellt wird. Die mangelnde Unterstützung durch die skandinavischen Länder und die lange entwickelten militärischen, kulturellen und politischen Kontakte zum Deutschen Reich erklären teilweise die Parteinahme für das nationalsozialistische Deutschland. Kurz vor Ende des Krieges beendete der finnische Staat diese Koalition und vertrieb die verbliebenen deutschen Truppen. In diesem letzten, „Lapplandkrieg" genannten Abschnitt der finnischen Geschichte im 2. Weltkrieg betrieben die Deutschen eine brutale Politik der verbrannten Erde und zerstörten die Lebensgrundlage weiter Teile der nordfinnischen Bevölkerung, sehr viele davon indigene Sámi.

Das Verhältnis zur Sowjetunion blieb auch nach 1945 prekär und große Teile der finnischen Öffentlichkeit einigten sich auf eine Sichtweise, die die Rolle des Landes im 2. Weltkrieg eher verharmloste. Als kleines Land, erst nach dem 1. Weltkrieg und einem blutigen Bürgerkrieg unabhängig geworden und zwischen den Großmächten eingeklemmt, pflegte man ein Selbstbild als einerseits wehrhaft, andererseits nahezu hilflos. Dazu gehörte auch ein Narrativ über die SS-Freiwilligen, das dem über die „saubere Wehrmacht" in Deutschland entsprach: Die Soldaten seien aus unpolitischem Patriotismus der SS beigetreten, um ihr eigenes Land zu verteidigen, sie hätten von den Kriegsverbrechen und vom Holocaust entweder nichts mitbekommen oder seien davon abgestoßen gewesen, und überhaupt habe es in Finnland gar keinen Antisemitismus gegeben, da Juden ins Heer integriert waren und somit als vollwertige Gesellschaftsmitglieder anerkannt. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion erlebte dieses Narrativ, ähnlich wie in den baltischen Ländern, eine Renaissance, und die Rolle der finnischen Soldaten inner- und außerhalb der Landesgrenzen für die Verteidigung gegen die russische Aggression wurde lauter gefeiert, als das zuvor möglich erschien. Dass Russland in Finnland und auch in anderen Ländern des Ostseeraums aktuell wieder als eine andauernde militärische Bedrohung angesehen wird, gehört mit zur Erklärung, warum die kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit so lange auf sich hat warten lassen.

In diesem gesellschaftlichen Umfeld kam der Report des Nationalarchivs wie ein Schock, dessen Wellen noch immer das Land durchschütteln – obgleich darin einige Aspekte nur sehr vorsichtig benannt werden, etwa die individuelle Schuld einzelner Freiwilliger oder deren politische Einstellung – tatsächlich sahen sich nur sehr wenige als überzeugte Nationalsozialisten, die meisten gaben eine Zugehörigkeit zur konservativen Partei an. Forscher*innen, die seit Jahren eine kritische Aufarbeitung der Verantwortung Finnlands und finnischer Soldaten fordern, kritisierten den Report entsprechend als unvollständig und zu vorsichtig in seinen Schlussfolgerungen – einiges dieser Kritik wird nun in einem Folgeprojekt am Nationalarchiv aufgenommen. Politiker und Militärrepräsentanten wiederum behaupteten, eine individuelle Schuld könne niemandem nachgewiesen werden und somit beweise der Report das bestehende Bild der SS-Freiwilligen als ahnungslose bystander. Dieser Fokus auf individueller Schuld, im Gegensatz zu Verantwortungsübernahme der Verbrechen der gesamten Division, hat ein Vorbild und eine Parallele in der deutschen juristischen Aufarbeitung von NS-Verbrechen – oder eher deren Ausbleiben, denn bei vielen der Täter*innen war eben diese individuelle Schuld nicht nachzuweisen. Bis heute ist nur ein winziger Bruchteil etwa der SS-Angehörigen überhaupt vor Gericht gestellt, geschweige denn verurteilt worden.



Screenshot Berliner Kurier

Der Boykott: Skandal in Finnland, ignoriert in Deutschland

Vor diesem Hintergrund wurde die Aktion des BBgR gegen den Bierbrauer und SS-Traditionspfleger sehr schnell sehr explosiv – vor allem, da die Intervention als unzulässiger Eingriff in finnische Verhältnisse gesehen wurde. Wussten die Deutschen denn nicht, dass Finnland ein Opfer war im Krieg? Wollten ausgerechnet diejenigen, die ganz Europa das alles eingebrockt hatten, jetzt ankommen und Finnland etwas über Kollaboration und Mitschuld erzählen? Und überhaupt – wie kommen die deutschen Aktivist*innen darauf, dass der Sohn eines SS-Freiwilligen ein Unterstützer von Nazis sein könnte?

Auf lokaler Ebene fiel die Argumentation nicht schwer. Pekka Kääriäinen war nicht nur Vorsitzender eines SS-Traditionsvereins, der zwar weniger als ähnliche Clubs in Deutschland und Österreich als Kristallisationspunkt revisionistischer Politik und Ausbildung von Neonazi-Nachwuchs fungiert, aber an internationalen Treffen etwa auf dem Ulrichsberg teilnahm. Diese Treffen im österreichischen Kärnten dienen seit 1958 für internationale Veteranenverbände als Ort, an dem die eigenen Verbrechen im 2. Weltkrieg als heldenhaft gefeiert und damit auch kommende Generationen in diese Art der NS-Verherrlichung eingebunden werden. Es scheint sehr unwahrscheinlich, dass die finnischen Teilnehmer nichts vom eindeutig politischen Charakter dieser und anderer Veteranentreffen mitbekommen haben sollen – wenn auch die Veteranenarbeit in Finnland selbst deutlich weniger politisch war. Veljesapu und auch Kääriäinen persönlich trugen zudem offen und unkritisch Symbole, Waffen, Uniformen und Insignien der Waffen-SS auf Internetseiten, in Interviews und überall zur Schau – in Finnland natürlich nicht kriminalisiert, aus deutscher Sicht aber eindeutig Verharmlosung und Verherrlichung von NS-Verbrechen. Insofern war Käriäänen zwar nicht selbst für die Taten der SS-Freiwilligen verantwortlich, und ausgerechnet sein Vater, der 17jährig in die Organisation eingetreten war, hatte in seinen Tagebüchern Abscheu über die Verbrechen geäußert, aber die „Veljesapu" an sich pflegte eindeutig ein unkritisches Verhältnis zur NS-Vergangenheit.

Schwieriger war die Frage, inwieweit Aktivist*innen aus Berlin auf die Debatte in Finnland einwirken sollten und wollten – deutsche Gutmenschen, die die Rolle als

„Weltmeister der Erinnerungspolitik" willig angenommen haben und jetzt ein kleines Land im Norden damit beglücken wollen? Dies war der Vorwurf, der sowohl aus deutschen Medien, aus dem Prenzlauer Berg und aus Finnland kam. Und der auch immer wieder Aktivist*innen des VVN-BdA trifft. Wenn sich diese gegen Aufmärsche baltischer oder bulgarischer SS-Veteranen wenden, reagieren die dortige Öffentlichkeit und die Medien mit Unverständnis und betrachten dies als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten. Als sich 2016 in Riga eine Delegation des VVN – BdA an den Protesten gegen den sogenannten „Ehrenmarsch" von SS-Veteranen beteiligen wollte, reagierte die lettische Regierung prompt: Die Delegation wurde des Landes verwiesen und über die Grenze abgeschoben.

Ein großer Teil des internationalen Unverständnisses beruhte auf der Tatsache, dass es in Nordeuropa keine Tradition von lokalem geschichtspolitischem Aktivismus gibt, der mit dem in Deutschland oder auch Italien vergleichbar wäre – dass sich Aktivist*innen das Recht herausnehmen, ohne institutionelle Unterstützung Forderungen aufzustellen, die auf ihrer Interpretation der Geschichte beruhen.

Um eine lange Geschichte abzukürzen – der Boykottaufruf war außerordentlich erfolgreich. Zuerst entfernte Veljesapu alle SS-Runen und andere NS-Symbole von seiner Webseite. Dann trat Kääriäinen als Vorsitzender zurück. Dann gab er auch noch die Geschäftsführung der Berliner Kneipe auf. Zuletzt, im September 2019, machte die Kneipe in Berlin ganz zu. Im Resultat also genau das, was gefordert wurde: kein Bier von Nazi-Fans. Dennoch bleibt ein Nachgeschmack.

Kääriäinen entfernt, Debatte beendet?

Dass es weder in Finnland noch im Prenzlauer Berg unumstritten ist, antifaschistische Politik anhand einer konkreten Person konsequent einzufordern, zeigte sich bei einer Diskussionsveranstaltung im Kiez. Dort war es schwierig, alle Anwesenden davon zu überzeugen, dass es nicht primär darum ging, Kääriäinen die Existenzgrundlage zu entziehen, und dass auch keine moralische Beurteilung seiner Person geplant war. Dennoch fiel es offensichtlich vielen schwer einzusehen, dass jemand, der persönlich und bewusst jahrelang als Vorsitzender eines Vereins fungiert, der revisionistisch und apologetisch mit NS-Tätern umgeht, der zudem selbst mit SS-Devotionalien posiert und der bewusst kritische Forschung zum Thema diffamiert und dabei auch zu persönlichen Angriffen neigt – dass so jemand nicht in seinem Herzen ein Nazi, Antisemit oder was auch immer sein muss, um konsequentes antifaschistisches Handeln zu provozieren. Dabei spielte auch eine Rolle, dass einige der Anwesenden vorher mit Kääriäinen persönlich gesprochen hatten und dieser sich sehr erfolgreich als ein naiver, nichts Böses im Sinne habender Geschäftsmann präsentierte, der einfach die deutschen Empfindlichkeiten mit dem NS unterschätzt hatte – in finnischen Medien dagegen gab er sich deutlich kämpferischer.

Der Holocaust und der 2. Weltkrieg waren deutsche Erfindungen. Dennoch wissen wir mittlerweile um das Ausmaß der Kollaboration mit den Deutschen, der Sympathien für den Nationalsozialismus und den verbreiteten Antisemitismus in nahezu allen europäischen Ländern. Anhand des finnischen SS-Traditionsvereins und seines Vorsitzenden hätte viel deutlicher werden müssen, dass es nicht um ihn als Person und schon gar nicht um ihn als Finnen ging, sondern um einen internationalen Aspekt von NS-Verherrlichung. Der Konflikt verlief damit nicht zwischen Deutschen und Finnen, sondern zwischen denjenigen, die in der Erinnerung an den 2. Weltkrieg nicht die Sicht der Täter und deren Apologie annehmen wollen, und denjenigen, denen eine „saubere" Sicht auf die eigene Familie, die eigenen Vorfahren und das eigene Land wichtiger sind als eine konsequente Aufarbeitung von Schuld und Kollaboration. Dass in diesem andauernden Konflikt „Deutschland" bei weitem nicht als homogenes Kollektiv funktioniert, zeigen die vielen gedenkpolitischen Forderungen und Auseinandersetzungen, die kein so vergleichsweise einfaches Ziel hatten und die nicht erfolgreich waren. Deutschland zahlt noch immer Renten an Waffen-SS-Freiwillige im Ausland, viele Opfer und Opfergruppen sind noch nicht oder nur sehr unzureichend entschädigt worden, unzählige Täter*innen wurden nie strafrechtlich verfolgt. In Berlin und anderswo wäre es wichtig gewesen, anstelle von nationalen Kollektiven und deutsch-finnischen Konflikten ausgehend von einer antifaschistischen Internationale zu argumentieren – dafür hätte es aber aus beiden Ländern mehr Interesse und Unterstützung für die Position der Berliner Aktivist*innen gebraucht. Während in Finnland die Intervention an sich als skandalös oder immerhin merkwürdig empfunden wurde, weil es dort keine solche Tradition von intervenierendem Aktivismus gibt, wurde in Deutschland das Ganze als eine rein Berliner Lokalangelegenheit abgetan. Vielleicht spielte auch doch eine gewisse Arroganz eine Rolle – irgendwie sind wir ja vielleicht doch weiter und besser in Sachen Erinnerungspolitik als Leute in einem Land, in dem es ein Skandal ist zu behaupten, dass SS-Angehörige vielleicht Kriegsverbrechen begangen habe?

Damit wurde verhindert, die eigentlich wichtigen Fragen breiter zu diskutieren – und auch deutlich zu machen, dass konsequenter Antifaschismus in gedenkpolitischen Fragen eng mit den aktuellen Kämpfen gegen die AfD und andere revisionistische Kräfte zusammenhängt. Eine Zusammenarbeit von Antifaschist*innen in Europa auch auf gedenkpolitischer Ebene scheint dringend angeraten. Vor einiger Zeit hat sich in Berlin eine Gruppe der italienischen Partisanenorganisation ANPI gegründet, die sich sowohl an den aktuellen antifaschistischen Aktivitäten beteiligt, als auch gemeinsam mit anderen Gruppen gedenkpolitische Veranstaltungen durchführt. Die Auseinandersetzung um ein antifaschistisches Geschichtsbild muss immer wieder aktiv geführt werden, in Berlin, in Deutschland und anderswo. •

1 Lars Westerlund: The Finnish SS-Volunteers and Atrocities against Jews, Civilians and Prisoners of War in Ukraine and the Caucasus Region 1941-1943. Helsinki: Kansallisarkisto, 2019. Online unter: https://www.arkisto.fi/uploads/Julkaisut/sarjajulkaisut/SS-VOLUNTEERS_verkkoon.pdf

GESCHICHTE

Am 12. August 1979 kamen in Merseburg die beiden kubanischen Vertragsarbeiter Delfin Guerra und Raúl Garcia Paret zu Tode. Die Initiative 12. August fordert sowohl Aufklärung und Strafverfolgung wegen Mordes, als auch ein öffentliches Gedenken und die Entschädigung der Familien.

„Wir waren es einfach leid, ständig vor den Deutschen wegrennen zu müssen"

GASTBEITRAG DER „INITIATIVE 12. AUGUST"

Wer in Merseburgs Innenstadt mit Passant*innen über den Tod der beiden kubanischen Vertragsarbeiter ins Gespräch kommt, erntet schnell erzürnte Reaktionen. In den harmloseren wird beteuert, dass es schließlich die Kubaner waren, die angefangen hätten und es einzig um Frauen und nicht um Rassismus ging. Andere Reaktionen enden in Beleidigungen und der Aufforderung, den Mund zu halten über Dinge, die man nicht selbst miterlebt habe. Tatsächlich sind verlässliche Quellen rar, anhand derer sich das Tatgeschehen am 12. August 1979 nachvollziehen lässt. Doch Leute, die etwas zu dem Fall sagen können und auch Augenzeug*innen findet man erstaunlich schnell. In den Kommentarspalten von Zeitungsartikeln und Facebookgruppen gibt es einige Aussagen wie die von Michael K.: „Die sahen dann etwas zerbeult aus. Wir haben unser Revier verteidigt und geschützt. ...nicht mehr und nicht weniger." oder von Lutz W.: „[...] das es Tote gab war sofort klar aber die Strömung war zu stark um sie noch an der abgesuchten stelle zu finden" (sic!).

Um so mehr verwundert es, dass bis heute niemand für dieses Verbrechen auf der Anklagebank sitzen muss. Auch nicht, nachdem die Morde und eine mögliche Vertuschung durch die DDR-Behörden 2016 durch eine MDR-Reportage[1] öffentlich bekannt wurden. Daraufhin prüfte die Staatsanwaltschaft (StA) Halle erneute Ermittlungen und kam zu dem Schluss, dass es „ausweislich der umfangreichen polizeilichen Ermittlungen (zur Zeit der DDR, Anm. d. Verf.) keinerlei Anhaltspunkte für ein Tötungsdelikt der [...] kubanischen Bürger gab oder gibt." Das blinde Vertrauen, das die StA Halle – die bereits in anderen Fällen rechte Gewalt verharmloste[2] – den damaligen Ermittlungsbehörden gewährt, ist absurd. Schließlich lässt sich der politische Charakter der Ermittlungsführung, laut dem Historiker Harry Waibel, aus einem Schreiben des Ministeriums für Staatssicherheit belegen: „[...] unter Berücksichtigung der brüderlichen Beziehungen zwischen der DDR und der Sozialistischen Republik Kuba [wurde] entschieden, [...] das Ermittlungsverfahren gegen UNBEKANNT einzustellen".[3]

Was ist am 12. August 1979 in Merseburg geschehen?

Die einzigen öffentlichen Quellen zu dem Mordfall sind die Recherchen von Harry Waibel, die ausschließlich auf der Sichtung von DDR-Akten beruhen, und mehrere MDR-Reportagen[4]. Darin beschreibt Marcelo Figueroa, ein ehemaliger kubanischer Vertragsarbeiter: „In diesen Tagen fühlten sich die Kubaner sehr angefeindet. Es gab viele Auseinandersetzungen und Beleidigungen." Als am 11. August eine Gruppe Deutscher nach gewalttätigen Auseinandersetzungen in die Innenstadt Merseburgs zog und mehrere Kubaner grundlos niederschlug, beschlossen einige kubanische Vertragsarbeiter, sich am Folgetag zur Wehr zu setzen. Figueroa beschreibt es so: „Es war eigentlich kein Racheakt. So haben wir es empfunden. Wir waren es einfach leid, ständig vor den Deutschen wegrennen zu müssen und uns andauernd deren Beleidigungen anhören zu müssen." Am 12. August randalierten mehrere Kubaner in der Gaststätte „Saaletal" und griffen die vermeintlichen Täter vom Vortag an. Besucher*innen der Gaststätte prügelten die Angreifer daraufhin gewaltsam bis zur Saaletalbrücke. Dort wurde den Verfolgten der Weg abgeschnitten, woraufhin einige von ihnen ins Wasser flüchteten. Augenzeugen berichten auch, dass mindestens ein Kubaner von der Brücke geworfen wurde. In Panik flüchtend, wurden die Personen im Wasser mit Glasflaschen und Steinen beworfen und rassistisch beleidigt.

Das rassistische Motiv räumt die StA anhand der Aussage des Beteiligten Hans B. selbst ein: „Schweine, Euch schwarze Hunde müsste man erschlagen." Im Interview mit dem MDR lobte B. auch den „Zu-



Foto: Christoph Hedtke



Foto: Initiative 12. August

sammenhalt: die Masse gegen die Angreifer. Das habe ich so überhaupt noch nicht erlebt." Eine andere Zeugin gab zu, einen Kubaner mit einer Glasflasche am Kopf getroffen zu haben, sodass dieser „zeitweilig unter Wasser" geriet.[5] Die rassistische Motivation der Täter*innen, das Auftreten als deutscher Mob, der Mord selbst, zumindest aber der Versuch und die Anstiftung zum Mord sind also in den Akten der StA belegt und müssten auch heute noch geahndet werden. Folgerichtig verweigert ein weiterer Zeuge dem MDR vor laufender Kamera nähere Details zu seiner eigenen Beteiligung mit der Begründung: „Ich hab Ihnen doch […] gesagt: ‚Mord verjährt nicht.'" Entgegen der Einschätzung der StA Halle, ein Tötungsdelikt auf Grundlage der Obduktionsergebnisse ausschließen zu können, bekräftigte die damalige Gerichtsmedizinerin 2019 in der ARD[6] erneut ihren damaligen Befund: Bei einer Leiche konnte die Todesursache nicht festgestellt werden, da die Fäulnisprozesse, nach vier Tagen in der Saale liegend, bereits zu fortgeschritten waren. Bei der anderen Leiche ist ein Tod durch Ertrinken wahrscheinlich. Die StA lässt hier aus „kein Befund" direkt „keine Tat" werden.

Sagen, was war!

Wir als „Initiative 12. August" gründeten uns Anfang 2019 durch die Vernetzung von Einzelpersonen aus dem „Tribunal – NSU-Komplex auflösen" mit lokalen Bündnissen und Gruppen in Merseburg. Schnell wurde uns klar, dass nicht weiter über diesen Fall geschwiegen werden darf. In einem offenen Brief an den Oberbürgermeister Merseburgs, der von ca. 300 Einzelpersonen und Institutionen aus dem ganzen Bundesgebiet unterschrieben wurde, forderten wir ihn auf, mit uns in den Dialog über die Gestaltung eines Gedenkortes zu treten. Doch stattdessen diskreditierte der OB unsere Initiative[7], unterstellte uns „Spekulationen" und sendete uns kurz vor der Gedenkveranstaltung eine Absage. Während unseres Gedenkens mit rund 200 Teilnehmer*innen errichteten wir einen symbolischen Gedenkort am ehemaligen Tatort und gedachten der beiden Ermordeten. Auf einer vorhergehenden Demonstration durch die Innenstadt Merseburgs thematisierten Paulino Miguel (ehem. mosambikanischer Vertragsarbeiter), das UnSichtbar – Netzwerk für Women* of Colour Magdeburg und Betroffene des Duldungssystems aus Merseburg das Fortbestehen des gesellschaftlichen und institutionellen Rassismus' von der DDR bis heute.

In diesem und im nächsten Jahr wird das ganze Land überzogen mit Gedenken an die sog. „friedliche Revolution" und mit deutsch-deutschem Wiedervereinigungsschlager. Wir möchten mit unseren Veranstaltungen die Erzählungen über die DDR und die Wendezeit um die Perspektive von Vertragsarbeiter*innen und Rassismusbetroffenen erweitern und etablierte Narrative in Frage stellen. Auch wenn qua staatlicher Verordnung Rassismus in der DDR nicht existieren durfte, waren sowohl rassistische Übergriffe als auch strukturelle Diskriminierung an der Tagesordnung. Das System der Vertragsarbeit beruhte auf zutiefst rassistischen Ausbeutungsmechanismen. Es muss als Teil des DDR-Unrechts anerkannt und aufgearbeitet werden. Ausstehende Lohn- und Rentenzahlungen dürfen nicht länger verweigert werden. Rassistisch motivierte Gewalt gegen Menschen begann nicht erst in den 1990er Jahren, sondern lange davor, sowohl in Westdeutschland als auch in der DDR. Deshalb fordern wir öffentliche Erinnerungsorte und ein Gedenken an Delfin Guerra, Raúl Garcia Paret, Carlos Conceição und Manuel Diogo[8] sowie die Aufklärung aller rassistischen Morde in der DDR, die bisher allein im Gedächtnis ehemaliger Vertragsarbeiter*innen fortbestehen. Denn bei Gedenken, so formulierte es kürzlich die Kulturwissenschaftlerin Peggy Piesche, gehe es ja gerade „darum, dass sich die kollektive Mentalität noch einmal neu sortiert, ausrichtet, dass Orientierungen und Werte gegebenenfalls neu verhandelt werden."[9] •

1 MDR Exakt – Die Story: „Vertuscht und verdrängt – Warum starben Vertragsarbeiter in der DDR?" (Christian Bergmann und Tom Fugmann, 17.08.2016) 2 www.antifainfoblatt.de/artikel/die-%E2%80%9Earyans%E2%80%9C-halle-saale-vor-gericht & https://antifainfoblatt.de/artikel/oury-jalloh-oder-die-unendliche-geschichte-eines-justizskandals 3 Harry Waibel, Die braune Saat, S. 293 4 S. Fußnote 1; MDR Exakt – Die Story: „Schuld ohne Sühne – Warum rassistische Täter in der DDR davon kamen" (Christian Bergmann und Tom Fugmann, 15.11.2016); MDR: „Schatten auf der Völkerfreundschaft – Rassistische Verbrechen in der DDR" (Christian Bergmann und Tom Fugmann, 16.01.2017) 5 Harry Waibel, Die Braune Saat, S. 293 6 www.daserste.de/information/politik-weltgeschehen/fakt/videosextern/rassismus-in-der-ddr-nicht-aufgearbeitet-100.html 7 www.mz-web.de/merseburg/streit-ums-gedenken-an-kubaner-initiative-fordert-gedenkstaette-auf-der-neumarktbruecke-32685152 8 Die Mordfälle an den beiden mosambikanischen Vertragsarbeitern Carlos Conceicao und Manuel Diogo werden auch in den o.g. MDR-Reportagen beleuchtet. 9 https://taz.de/Peggy-Piesche-ueber-den-CSD/!5608995/

GESELLSCHAFT

Für eine antifaschistische Klimagerechtigkeit

Angriff und Vereinnahmung – Klimawandelleugnung und Heimatschutz

GASTBEITRAG VON
ILANA KRAUSE UND FLORIAN TELLER

Auf den ersten Blick scheinen die antifaschistische und die Klimagerechtigkeitsbewegung wenig gemein zu haben. Der „cultural gap" zwischen einer international vernetzten Klimabewegung, die sich mit einem abstrakten, wenngleich drängenden Problem auseinandersetzt und oft lokal agierenden Antifa-Gruppen, die den politischen Gegner konkret vor Augen haben, scheint groß.

Beide Entwicklungen, der Kampf um Klimagerechtigkeit als auch das Zurückdrängen nationalistischer und neofaschistischer Bestrebungen sind zwei zentrale Fragen des 21. Jahrhunderts. Doch wo könnten Verbindungen zwischen den beiden Bewegungen liegen? Auch wenn beide Strömungen die Notwendigkeit von Kooperationen mit anderen, beispielsweise antirassistischen und queerfeministischen Initiativen befürworten, scheint die Zusammenarbeit dieser beiden wenig vorstellbar. Und vor allem: Wo liegt die inhaltliche Verbindung von Klima und Antifa?

Die Klimabewegung erntet mittlerweile die Früchte ihres langjährigen Engagements. Große Teile der Bevölkerung und selbst bürgerliche Medien sympathisieren mit der Bewegung und halten ihr Anliegen für notwendig. Auseinandersetzungen führen die Aktivist*innen vor allem mit den Kohlekonzernen oder rückwärtsgewandten (Landes)politiker*innen. Das Hauptbetätigungsfeld für Antifaschist*innen, die (extreme) Rechte, stand bis jetzt kaum im Fokus. Diese begegnet dem Thema Klimagerechtigkeit auf zwei Arten:

Zum einen versuchen extreme Rechte, das Thema Umweltschutz zu vereinnahmen. Das Neonazimagazin „Umwelt und Aktiv" publiziert regelmäßig zu umweltpolitischen Themen aus einem völkischen Blickwinkel. Dem gab immerhin schon die Ökofeministin Vandana Shiva[1] ein Interview[2] in Unkenntnis des politischen Hintergrunds. Ein weiteres Paradebeispiel ist die Solidaritätserklärung der neonazistisches Kleinstpartei „Der III. Weg" mit Aktivist*innen des Hambacher Waldes.[3]

Die Verbindung von ökologischen Themen mit anti-aufklärerischen Ideen und der Übertragung von Darwins Evolutionslehre auf bevölkerungspolitische Phänomene hat in Deutschland seit Ende des 19. Jahrhunderts Tradition. Sozialdarwinismus und die nationalsozialistische „Blut und Boden"-Ideologie vereinen sich heutzutage mit einem romantisierenden Naturverständnis unter dem Slogan „Umweltschutz ist Heimatschutz" der völkischen Rechten. Akteur*innen aus völkischen Siedlungen versuchen gezielt, lokale Initiativen gegen Atomenergie und Gentechnik oder solidarische Landwirtschaftsnetzwerke zu unterwandern.[4]

In der AfD hingegen vermengen sich am auffälligsten rechtes Gedankengut mit der Vorstellung, es gäbe keinen menschengemachten Klimawandel.[5] Gemäß ihrer neoliberalen Ausrichtung positioniert sich die AfD gegen sogenannte „planwirtschaftliche Eingriffe" und gegen „jegliche Subventionen" im Energiebereich.

Zu betonen ist jedoch, dass die Expertise der AfD in Umwelt- oder Klimafragen sehr dünn ist. Ihr aktuelles Umweltprogramm, die „Dresdner Erklärung", bildet da keine Ausnahme. Es ignoriert den komplexen Zusammenhang von Treibhausgasemissionen, Erderwärmung und Auswirkungen des Klimawandels. Somit steckt hinter der Klimawandelleugnung weder eine fachliche Expertise noch eine stringente Argumentation, sondern vielmehr die Ablehnung der Werte, für die sich die Klimagerechtigkeitsbewegung einsetzt. Nicht nur das Thema Kohle, sondern auch und vor allem, dass sich die Bewegung unter anderem für offene Grenzen oder die sexuelle Selbstbestimmung einsetzt, macht sie für die AfD zu einem roten Tuch.

Gemein ist der (extremen) Rechten, dass sie die sozial-ökologische Frage rassistisch auflädt. So wird beispielsweise jedem Volk (alternativ jeder Kultur) ein bestimmter Raum zugeordnet. Die Ressourcen im begrenzten Raum der heimischen Kultur (oder des deutschen Volks) werden als bedroht angesehen durch Migration oder Überbevölkerung im globalen Süden. Globale Macht- und Wirtschaftsverhältnisse werden rassistisch und völkisch umgedeutet. Die Rechte propagiert ebenso den unbegrenzten Zugriff auf Ressourcen in anderen Ländern und ein Fortschreiben



Foto: DIE LINKE, flickr.com

der Externalisierungsgesellschaft,[6] der Globale Norden lebt auf Kosten anderer, als scheinbare Lösung für die sozial-ökonomische Krise im Globalen Norden und Deutschland.

Was kommt?

Die Stimmenzuwächse der AfD in drei ostdeutschen Landtagen sind ein Ergebnis der allgemeinen autoritären Zuspitzung. Rassistische, antisemitische und völkische Erklärungen für globale und gesellschaftliche Machtverhältnisse und die ökologische Krise sind auf dem Vormarsch. Engagement gegen eine Partei der Klimawandelleugner*innen und die Aufladung der sozial-ökologischen Frage durch rassistische Erklärungsmuster ist auch von der Klimagerechtigkeitsbewegung gefragt. Antifaschist*innen haben die AfD schon lange auf dem Schirm. Vor allem die Zukunft von Industrie und Arbeitsplätzen im mitteldeutschen und Lausitzer Braunkohlerevier spielte vor den Landtagswahlen eine Rolle. Die Landesregierungen, die Braunkohlekonzerne und ihre Lobbyverbände haben ein gewaltiges Interesse daran, die Interessen der Klimagerechtigkeitsbewegung und die Interessen der Menschen in den Kohlerevieren gegeneinander auszuspielen. Doch auch viele Menschen in Bergbauregionen wollen Klimaschutz. Sie haben bloß berechtigte Sorge um ihren Lebensunterhalt. Die Aufgabe besteht also darin, diesen Konflikt von und nach links zu verschieben, um deutlich zu machen, worum es eigentlich geht: Den Versuch des fossilen Kapitals, die Kämpfe der ihren sozialen Abstieg fürchtenden Beschäftigten zur Durchsetzung seiner Interessen zu instrumentalisieren.

Rechte Akteur*innen versuchen in diesem Konflikt, rassistische und/oder verschwörungstheoretische Akzente zu setzen und ihr menschenverachtendes Weltbild als legitim erscheinen zu lassen. Eine Zusammenarbeit zwischen Antifaschist*innen und Klimagerechtigkeitsaktivist*innen bleibt notwendig. Die Klimagerechtigkeitsbewegung fordert schon lange einen „system change – not climate change" und sieht das kapitalistische Wirtschaftssystem als Ursache für den Klimawandel. Auch für die antifaschistische Bewegung gilt der Satz von Max Horkheimer, dass wer von Kapitalismus nicht reden will, auch vom Faschismus schweigen sollte. In den Krisen des Kapitalismus erstarken rechte Bewegungen und Ideologien, die den Kapitalismus mit autoritären, ja despotischen Mitteln aufrechterhalten wollen. Wie eine antikapitalistische Perspektive beide Bewegungen zusammenführen kann, sollte diskutiert werden.

Wie bei jeder Zusammenarbeit wird es knirschen und knacken. Aber ein thematisch erweitertes Klimacamp oder eine Antifa-Konferenz mit Klimathema wäre schon einmal ein Anfang. Angesichts der anhaltenden Zustände und aktuellen Entwicklungen ist die Gefahr des Klimawandels und neofaschistischer und rassistischer Akteure ein dringendes Betätigungsfeld für die radikale Linke des 21. Jahrhunderts. •

1 Vandana Shiva wiederum steht bei der Linken in der Kritik für ihr biologistisches Konzept der „Öko-Apartheid." 2 www.umweltundaktiv.de/umweltschutz/im-gespraech-mit-vandana-shiva 3 www.nf-farn.de/hambacher-wald-querfrontangebote-rechts 4 www.nf-farn.de/system/files/documents/handreichung1_farn_fuer_web.pdf 5 Klimawandelleugner lassen sich auch in anderen Kontexten finden, z,B. bei den Industrielobbyisten Dirk Maxeiner und Michael Miersch oder bei EIKE („Europäische Institut für Klima und Energie"). Auch in verschwörungstheoretischen Kreisen tummeln sich viele Klimaskeptiker und das Internetportal PI-News kombiniert in Artikeln Rassismus mit Klimawandelleugnung)
6 www.postwachstum.de/die-externalisierungsgesellschaft-und-ihr-preis-20161209

REPRESSION

Wie frei wollen wir leben?

Staatliche Repression gegen linke kulturelle Freiräume

ERSTVERÖFFENTLICHT VON MIKAEL IN DEN FAHRT BEI METRONAUT[1]
AKTUALISIERT UND REDIGIERT VOM AIB

An den Beispielen der Musikfestivals „Fusion" und „Resist to Exist" lässt sich aufzeigen, wie staatliche Institutionen in Zeiten des Rechtsrucks und gesellschaftlichen Rollbacks versuchen, immer stärker gegen linke kulturelle Freiräume vorzugehen.

Fusion- die politische Dimension des Konflikts

Einen Monat vor dem seit 1997 jährlich in Lärz, Mecklenburg-Vorpommern stattfindenden Fusion-Festival, wurden die Pläne des zuständigen Neubrandenburger Polizeipräsidenten öffentlich, das Festival einem absurden Eskalationsszenario zu unterziehen. Neben überzogenen Sicherheitsforderungen wurde ein Einsatzkonzept mit 1.000 Beamt_innen, Wasserwerfern, Räumpanzern und Spezialkräften vorbereitet. 100 Polizeibeamt_innen pro Schicht sollten fest auf dem Festivalgelände stationiert und das Gelände mit uniformierten und zivilen Beamt_innen anlasslos bestreift werden. Sogar Unterstützung der Bundeswehr war angefordert worden. Darüber hinaus wurde von Zeit Online[2] aufgedeckt, dass das Polizeipräsidium Neubrandenburg eine Bachelorarbeit über das Fusion-Festival bei der Polizeihochschule Güstrow angeregt hatte, und in diesem Zusammenhang das Sicherheitskonzept des Festivals samt personenbezogenen Daten wie Namen und Telefonnummern von Mitarbeiter_innen des Festivals ungeschwärzt an Ulf-Theodor Claassen, ehemaliger Vizevorsitzender der AfD Mecklenburg-Schwerin und rechtskräftig verurteilter rechter Gewalttäter, weitergeleitet hatte. Claassen ist Dozent an der FH Güstrow und Betreuer der Bachelor-Arbeit, in der die Polizeiwache auf dem Fusion-Gelände und die anlasslose Bestreifung gefordert und begründet wurden. Diesen Plänen widersetzten sich die Veranstalter_innen des Fusion-Festivals und gingen erstmals in der über 20-jährigen Festivalgeschichte mit der Forderung an die mediale Öffentlichkeit, die überzogenen Kontroll- und Überwachungsforderungen der Polizei zurückzunehmen und Grund- und Freiheitsrechte zu verteidigen - und gewannen. Wären die Pläne der Mecklenburgischen Behörden aufgegangen, hätte es das Ende der Fusion bedeutet. Und das Ende eines weiteren Freiraums.

Zwei Ebenen des Konfliktes

Der Konflikt um das Fusion-Festival hat politisch zwei Ebenen. Erstens geht es um die Verteidigung von Grund- und Freiheitsrechten, um die Freiheit der Kunst und die Selbstgestaltungsfreiheit kultureller Ereignisse. Um den Erhalt von gesellschaftlichen Freiräumen. Es geht also um nicht weniger als die Frage: Wie frei wollen wir leben? Die zweite Ebene, deutlich weniger diskutiert, aber ebenso wichtig, ist der politische Angriff auf ein großes heterogenes, linksalternatives, hedonistisches Netzwerk. Beide Ebenen können unter dem Vorzeichen des derzeitigen gesellschaftlichen Rechtsrucks gesehen werden.

Das Ende von Freiräumen

Wir erleben mit den neuen Polizeigesetzen und dem Trend zum Ausbau von Sicherheitsbehörden und deren Befugnissen immer mehr den Zugriff eines Apparates, der keine Orte mehr toleriert, in denen er nicht sichtbar Präsenz und unmittelbar Kontrolle ausüben kann. Die Fusion ist ein Ort, an dem es Sicherheit gibt - ohne die permanente Kontrolle und Überwachung des Staates. Die Polizei hat bislang nur Zugang zum Gelände bei konkreten Anlässen der Strafverfolgung oder zur Abwehr konkreter Gefahren. So wie das in einer freiheitlichen Demokratie selbstverständlich sein sollte, aber leider nicht mehr ist. Deswegen ist das Fusion-Festival aus Perspektive von Grund- und Freiheitsrechten beispielhaft - und Sicherheitsbehörden offenbar ein Dorn im Auge. Es zeigt lebenswerte Alternativen zur Normalität des immer weiter um sich greifenden Überwachungsstaates auf und erinnert gleichzeitig an jene Zeiten, wo der staatliche Zugriff nicht so allgegenwärtig war wie heute. Der neue Sicherheitsstaat will aber überall eingreifen, durchgreifen, zugreifen. Er will Macht demonstrieren. Abstrakte Gefahren sollen ausreichen, damit die Polizei anlasslos und ohne Verdacht gegen Menschen eingesetzt werden kann. Diese Dauerpräsenz von Polizei engt die Möglichkeiten zur freien Entfaltung der Menschen ein. Menschen verhalten sich anders in der Gegenwart der Polizei, ganz unbenommen davon, ob sie sich rechtstreu verhalten oder nicht. Die Polizei schafft eine



Foto: Klop Pe @flickr.com Fusion 2019 (CC BY NC 2.0)

andere Ebene des Umgangs, sie passt nicht in Freiräume. Die Polizei ist nicht frei, zwanglos und unbeschwert. Sie ist die Polizei. Mit Uniform, Waffe, Helm. Die Polizei erzeugt immer einen Konformitätsdruck. Oder wie das der Polizeipräsident von Neubrandenburg sagt: Polizei hemmt. Man kann die Polizei generell gut und wichtig finden – und trotzdem dieses beklemmende Gefühl in ihrer Anwesenheit haben: unter Kontrolle zu sein, überwacht zu sein, nicht mehr so frei.

Angriff auf linksalternatives Netzwerk

Der zweite Punkt ist der politische Angriff auf eine seit Jahren etablierte, aber fluide Struktur. Das Festival wird von einem großen linksalternativen, freiheitlichen, hedonistischen und antifaschistischen Netzwerk getragen. Etwa 200 Gruppen aus ganz Deutschland und Europa sind daran beteiligt. Es ist ein mächtiges, weltoffenes Netzwerk, das nicht nur Kunst, Musik und Theater macht, sondern gegen Nazis auf die Straße geht, Seenotrettung und Geflüchtete unterstützt, alternative Lebensformen propagiert, den Kapitalismus kritisiert, Häuser und Wagenplätze besetzt, Kommunikationsguerilla und Aktionskunst praktiziert, Druck für Gleichberechtigung aufbaut, in Mietenkämpfen aktiv ist und viele andere progressive Politikfelder bedient. Im Kern fordert dieses hedonistisch geprägte Netzwerk eine andere Welt, das schöne Leben für alle und den Ausbau von Grund- und Freiheitsrechten. Der Angriff auf die Fusion ist also nicht nur ein Angriff auf den Freiraum Fusion und damit auf die Grund- und Freiheitsrechte, sondern er ist auch der Versuch, dieses politische Netzwerk zu schwächen. Findet die Fusion nicht mehr statt, fehlt dem Netzwerk ein wichtiger jährlicher Kulminations- und Bezugspunkt, der dem Zusammenhalt, dem Austausch, der Vernetzung und nicht zuletzt auch gemeinsamer Ausschweifung dient.

Resist to Exist

Das seit 2003 jährlich stattfindende selbstorgansierte Punkrock-Festival Resist to Exist scheiterte in diesem Jahr in Brandenburg an bürokratischen Hürden. Die von den Behörden verlangte Baugenehmigung für die Umnutzung des Ackers, auf dem Zäune und Zelte aufgebaut werden sollten, konnten vom ehrenamtlichen Verein nicht getragen werden. Der Verein klagte dagegen, da seiner Ansicht nach keine Nutzungsänderung des Geländes vorliege. Das Verwaltungsgericht Potsdam erklärte die Verbotsverfügung für gültig, ein Eilantrag beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg scheiterte. Das Festival musste kurzerhand nach Berlin umziehen. Die AfD hatte bereits im vergangenen Jahr eine sog. „Kleine Anfrage" gestellt, um das Festival zu diskreditieren. Erfolglos, denn es gab weder eine staatliche Unterstützung für das Festival, noch registrierte politische Straftaten. Selbst das Kremmener Stadtparlament hatte sich für das Festival ausgesprochen. Der CDU rechtsaußen Bürgermeister wurde bei seinem ablehnenden Kurs von der NPD unterstützt. Der erzwungene Rückzug ist als klarer Erfolg für AfD und NPD zu werten.

Es geht um mehr

Eine freie Gesellschaft braucht Orte, wo Menschen friedlich und frei, unkontrolliert und zwanglos, unbeobachtet und uneingeschränkt das tun und lassen können, was sie wollen, solange ihr Tun die Rechte und Freiheiten anderer nicht tangiert. Wer diese Freiräume einschränkt, der stellt die Freiheit als Ganzes in Frage und hantiert an den Grundfesten der offenen Gesellschaft und der Demokratie. Genau das geschieht aber mit den letzten verbliebenen linken selbstorgansierten Festivals, die noch nicht in das enge, autoritäre, spaßfreie Korsett des allgegenwärtigen Sicherheitsstaates gepresst wurden. Die Verteidigung dieser Freiräume ist deshalb ein wichtiges politisches Signal, um die Fortschreibung dieser Politik und deren Ausdehnung auf andere, viel kleinere Freiräume zu stoppen. •

1 www.metronaut.de/2019/05/die-politische-dimension-des-konflikts-um-das-fusion-festival/
2 www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2019-05/fusion-festival-polizeieinsatz-sicherheitskonzept-interne-dokumente/komplettansicht

REPRESSION

Die Polizei macht über Online-Plattformen Stimmung in eigener Sache, auch mit falschen Informationen. Juristisch dagegen vorzugehen ist nicht einfach.

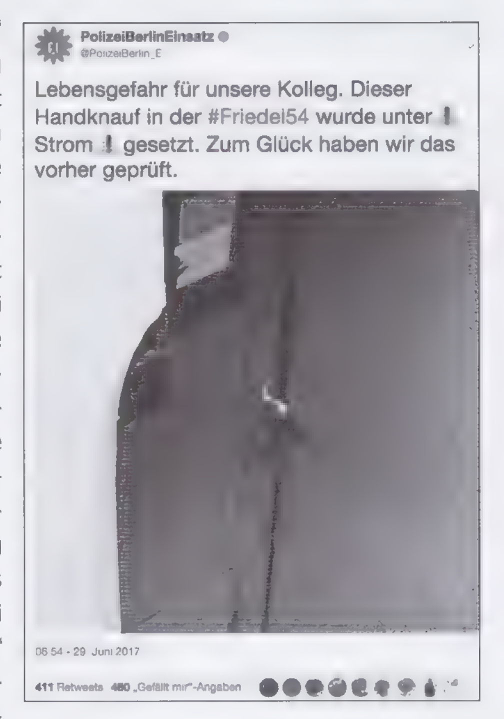
@polizeiberlin – Instrument zur politischen Einflussnahme

RALF HUTTER

Wie sehr die Polizei, deren Handlungen bis dahin kaum öffentlich dokumentiert wurden, von den „neuen" Medien herausgefordert wird, zeigte sich im Jahr 2015 in Spanien. Dort wurde im Zuge eines Gesetzes – das vor allem das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit einschränkte – auch verboten, Bilder von Polizeikräften ohne deren Einverständnis ins Internet zu stellen. Erstes Opfer der neuen Regelung wurde jemand, der ein Foto von einem Polizeiauto veröffentlichte, das auf einem Behindertenparkplatz abgestellt war. Obwohl auf dem Foto niemand im Auto zu sehen war, setzte es eine Strafe von 800 Euro. Auch deutsche Polizeibehörden sind in Online-Netzwerken aktiv und arbeiten gezielt an ihrer Außendarstellung. Die Medienwissenschaftlerin Christine Horz von der Uni Bochum erklärte dazu im Deutschlandfunk: „Die Polizei versucht ja immer stärker, im Rahmen der Nutzung von sogenannten Sozialen Medien den öffentlichen Diskurs mitzubestimmen. Man hat das gesehen bei den Ereignissen am Hambacher Forst, oder auch bei „Ende Gelände". Hier ist die Polizei sozusagen als zweiter Agendasetter (...) in Erscheinung getreten. (...) Hier sieht man ganz deutlich, wie diese Möglichkeiten der sogenannten Sozialen Medien dazu führen, dass bestimmte Institutionen nun quasi in den journalistischen Bereich reindrängen."[1]

Ein transdisziplinäres Team aus zwei Dutzend Forschenden um das Berliner „Institut für Protest- und Bewegungsforschung" veröffentlichte 2018 eine Studie zur Ergründung der „Dynamiken der Gewalt" im Umfeld des G20-Gipfels in Hamburg und wertete dabei auch die Twitter-Arbeit der Polizei aus. Schon im sogenannten Rahmenbefehl für die Protest-Tage hatte die Polizei demnach die Devise ausgegeben, über Online-Plattformen „Bürgernähe zu erzeugen". Der Bericht hält fest: „Mit der Nutzung von Twitter bringt die Polizei ihre Perspektive in Echtzeit in die Debatte über das sich entwickelnde Protestgeschehen ein. Sie vollzieht damit eine problematische Gratwanderung, sobald sie aktiv in die politische Deutung der Ereignisse eingreift, in denen sie zudem Konfliktbeteiligte ist." Nach der Auswertung von 700.000 Twitter-Meldungen hält das Forschungsteam fest, dass die Polizei Hamburg dort eine „zentrale Stellung" hatte und „besonders in Phasen der Gewalteskalation zum wichtigsten Bezugspunkt für große Medienakteur*innen" geworden sei.[2]

Die Berliner Polizei hat für ihre Einsätze ein eigenes Twitter-Profil „PolizeiBerlin_E". Damit kann sie Informationen aus erster Hand bieten und dabei ein bestimmtes Bild von sich vermitteln. Damit schoss sie sich am 29. Juni 2017 ein historisches Eigentor. An diesem Tag wurde im Berliner Stadtteil Neukölln das selbstverwaltete Soziale Zentrum „Friedel 54" von 770 Polizeibeamt_innen zu Gunsten einer luxemburgischen Briefkastenfirma geräumt, die das Haus zuvor gekauft hatte. Dagegen protestierten rund 150 Menschen mit einer Sitzblockade vor dem Haus und im Innen-



hof. Weitere hunderte solidarische Menschen standen an den Polizeiabsperrungen. Das zu räumende Ladenlokal war unter anderem mit einer Betonwand verbarrikadiert. Das öffentliche Interesse war groß, was während der Räumung auch im Internet seinen Ausdruck fand. In diese Diskussion wollte die Polizei intervenieren, um so vor allem der Darstellung der überzogenen und unnötigen Polizeigewalt entgegenzuwirken. In einem Tweet behauptete sie, ein Türknauf sei „unter Strom gesetzt" worden, so dass „Lebensgefahr" für die Beamt_innen bestanden habe. Obwohl vor Ort und online sofort Zweifel an dieser Meldung aufkamen und die Polizei nichts



Illustration: Stella (CC-BY-NC-SA 4.0)

belegte, übernahmen viele Medien die Nachricht, der Protest habe zu einem lebensgefährlichen Anschlagsversuch auf die Polizei geführt. Die Hintergründe der polizeilichen Fehlinformation, die durch die parlamentarische Aufarbeitung ans Licht gekommen sind, sind skandalös: Schon 70 Minuten nach der Veröffentlichung der Meldung wusste die Polizei, dass an keiner Tür des Hauses Strom anlag, gab aber diese Information nicht weiter. Erst nach über 24 Stunden nahm sie die Behauptung zurück. Im März diesen Jahres reichten zwei Mitglieder des Vereins, der die Ladenräume gemietet hatte, Klage beim Verwaltungsgericht gegen den Polizei-Tweet ein, um neben der Löschung dessen Rechtswidrigkeit gerichtlich feststellen zu lassen. Sie sehen einen Eingriff in das allgemeine Persönlichkeitsrecht sowie in die Versammlungsfreiheit und Meinungsfreiheit, denn der Tweet habe Leute davon abgeschreckt, sich an dem Protest während und nach der Räumung zu beteiligen. Die Klageschrift führt aus, die Polizei habe auf illegitime Weise in die öffentliche Meinungsbildung eingegriffen und damit ihre „beamtenrechtliche Grundpflicht", das Neutralitäts- und Sachlichkeitsgebot einzuhalten, verletzt. Die Berliner Polizei darf Ereignisse nicht kommentieren. Das hat der Berliner Senat schon 2015 im Landesparlament bekanntgegeben. Dennoch heißt es in einer Antwort der „Senatsverwaltung für Inneres" auf eine parlamentarische Anfrage, die Polizei habe „zu jedem Zeitpunkt faktenbasiert auf Grundlage des aktuellen Sachstandes" getwittert. Die Anwältin Anna Gilsbach, die die Klage der Friedel54 führt, sagt, solche Klagen seien sehr selten, da sich solche Falschbehauptungen normalerweise nicht gegen konkrete Personen richteten. Rechtsprechung zur polizeilichen Nutzung von Twitter gebe es deshalb kaum.

Einfacher ist es, wenn es um Fotos geht. So twitterte die Polizei Frankfurt 2015 Fotos von den Protesten gegen die Eröffnung der Europäischen Zentralbank, auf denen Gesichter erkennbar waren. „Das würden wir so nicht mehr machen", sagte 2017 ein Sprecher dem ARD-Fernsehmagazin Kontraste. Es ist nämlich verboten. Das Oberverwaltungsgericht Münster bestätigte im September diesen Jahres eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen aus dem Jahr 2018 und stellt fest, dass das Veröffentlichen von Fotos einer politischen Versammlung auf Twitter durch die Polizei unrechtmäßig ist, da einzelne Menschen erkannt werden könnten und die Gefahr bestehe, dass sich solche Aufnahmen einschüchternd oder abschreckend auf das Verhalten der Teilnehmer einer Versammlung auswirken können. Das Verwaltungsgericht Köln hatte vorher in einem solchen Fall ebenso entschieden.

Die erwähnten Proteste waren für die Frankfurter Polizei ansonsten ein Online-Erfolg, sagte damals ein verantwortlicher Polizist der Wochenzeitung „Zeit" und fügte hinzu: „Bei Blockupy 2013 wurde nur über uns geredet. Nun konnten wir nicht nur mitlesen, sondern auch unsere Meinung und unser Handeln transparent machen." Damals schon bezeichnete der Rechtswissenschaftler Felix Hanschmann (Universität Frankfurt) die Polizei-Tweets nicht nur dann als rechtswidrig, wenn es sich um Falschmeldungen handelt, sondern auch, wenn Menschen durch das Veröffentlichen von Schreckensszenarien abgeschreckt werden, sich an einer Demonstration zu beteiligen. „Die Zeit" hielt zum Stil der Tweets der Polizei Frankfurt fest: „Die Ansprache: jung und direkt. Als Demonstranten Mülleimer anzündeten, lautete die Ansage über Twitter: 'Lasst das!'". Der Kontakt zur Ordnungsmacht ist durch die neuen Online-Kommunikationsmittel weniger formell. Bei der Friedel54-Räumung war die Ansprache bizarr. Dort wurden die üblichen Aufforderungen an die Sitzblockade nicht anonym aus einem Auto heraus ausgesprochen, sondern von einem Beamten, der breitbeinig, mit schnurlosem Mikrofon mehrere Meter vor den Polizeiautos stand – in seinen Durchsagen duzte er die Anwesenden mehrfach.

Netzpolitik.org berichtete im November 2017 darüber, wie die Berliner Polizei gegen einen Minderjährigen vorging, der von zu Hause aus einen Polizeihubschrauber mit einem Laserpointer geblendet haben soll. Demnach veröffentlichte sie auf Twitter und Facebook ein Foto des Wohnhauses, das von der Kamera des Hubschraubers aufgenommen worden war. Darauf sei zu erkennen gewesen, wie der Laserstrahl aus einem Fenster im fünften Stock auf den Betrachter gerichtet war. Auch die Umgebung des Hauses war zum Teil sichtbar. Die Meldung war mit dem Hashtag „Neukölln" versehen. Die Berliner Datenschutzbeauftragte kritisierte dieses Vorgehen, denn es habe die Möglichkeit bestanden, mit dem Bildmaterial und im Wissen des Stadtteils auf die Identität des Jugendlichen zu schließen. Besonders extrem war hierbei die Sprache. Das veröffentlichte Foto hatte die Polizei mit dem bedrohlichen Schriftzug „Jetzt wissen wir, wo du wohnst." versehen. •

1 „An journalistische Leitlinien halten" – Christine Horz im Gespräch mit Sebastian Wellendorf am 28.08.2019
2 https://depositonce.tu-berlin.de/bitstream/11303/8176/3/Eskalation_Hamburg2017.pdf

HONDURAS

Drei Trans*frauen sind im Juli 2019 in Honduras ermordet worden. Die bekannte LGBTI*-Aktivist*in Bessy Ferrera wurde am 8. Juli in der Hauptstadt Tegucigalpa niedergeschossen. Santi Carvajal, Moderator*in einer Trans-TV-Show, wurde am 5. Juli angeschossen und starb einen Tag später in Puerto Cortes. Eine dritte Trans*frau wurde am 3. Juli in El Negrito getötet, berichteten lokale Medien. In einer Reportage von Knut Henkel in den „Lateinamerika Nachrichten" hatte Bessy Ferreira die Situation von LGBTI* in Honduras beschrieben.

Sichtbar, engagiert und hartnäckig

Eine Reportage zur Situation von LGBTI* in Honduras

KNUT HENKEL
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

Morddrohungen, Prügel, und Vergewaltigungen von Aktivist*innen der LGBTI*-Szene sind in Tegucigalpa, Honduras, eher die Regel als die Ausnahme. Paola Flores und Bessy Ferreira, zwei Trans*frauen, haben einschlägige Erfahrungen gemacht. Sie versuchen sich zu wehren, ermuntern andere Trans*frauen Anzeige zu erstatten und bereiten einen Musterprozess vor. Der soll zeigen wie die Justiz eigentlich agieren sollte – es aber nicht tut.

Im Zentrum von Tegucigalpa, nur ein paar Steinwürfe vom Busbahnhof, hat die 2003 gegründete LGBTI*-Organisation Arcoíris (Regenbogen) ihr Büro, zu dem auch Aufenthaltsräume gehören. Hier trifft sich die queere Szene der honduranischen Hauptstadt, organisiert Kampagnen, tritt für die eigenen Rechte ein und feiert hin und wieder Parties. „Bei unserem ersten Marsch gegen die Homophobie und für die Rechte unserer queeren Community waren wir gerade zwanzig, im letzten Mai immerhin rund tausend Personen", erinnert sich Donny Reyes. Der stämmige Mann Ende 40 ist Gründungsmitglied und Koordinator von „Arcoíris", die sich für die Menschenrechte der queeren Gemeinde engagiert. Um die ist es mies bestellt, denn Honduras gehört weltweit zu den gefährlichsten Ländern für LBGTI*-Aktivist*innen. 38 Morde wurden von den LGBTI*-Organisationen des Landes im Laufe des letzten Jahres registriert – ein Mord weniger als 2017. Alle anderen Angriffe summieren sich zu Hunderten. „Am sichtbarsten und am verwundbarsten sind Trans*frauen", so Donny Reyes. Die organisieren sich bei „Arcoíris" als „Muñecas de Arcoíris", auf deutsch übersetzt Regenbogenpüppchen. Ein sarkastischer Titel, den die Trans*frauen bewusst gewählt haben. Jeden Dienstag treffen sie sich im Büro in der dritten Avenida des Concepción, einem Handwerkerviertel am Rande des Zentralmarkts von Tegucigalpa. „Nur ein paar Blocks entfernt, rund um den Parque El Obelisco, befindet sich der Trans-Strich von Tegucigalpa", so Donny Reyes. Viele der Trans*frauen, die dort ihren Lebensunterhalt verdienen, haben keine Ahnung von ihren Rechten und das versuchen Reyes und seine Kolleg*innen zu ändern – mit Workshops, aufklärender Informationsarbeit und Beratung. Die beiden Trans*frauen Bessy Ferreira und Paola Flores leiten und koordinieren die Arbeit der „Muñecas de Arcoíris" und haben selbst einschlägige Erfahrungen mit Diskriminierungen gemacht. Bessy Ferreira fährt sich mit dem Daumen über die Kehle. Dann deutet sie auf die wulstige rund fünfzehn Zentimeter lange Narbe unterhalb ihres Schlüsselbeins. „Ein Freier wollte nach dem Sex nicht zahlen und hat mir von hinten versucht die Kehle durchzuschneiden", sagt die Trans*frau von Mitte dreißig. „Nur weil er das Messer zu tief angesetzt hat, sitze ich noch hier", sagt sie mit einem bitteren, rauen Lachen. Fast verblutet ist sie damals, konnte sich aus dem Hinterhof gerade so auf die Straße schleppen, wo jemand einen Krankenwagen rief. Die mit groben Stichen genähte Narbe erinnert sie bei jedem Blick in den Spiegel an den Angriff vor ein paar Jahren. „In Honduras hat man als Trans*frau keine Chance auf einen regulären Job. Was bleibt ist für viele von uns nur die Prostitution." Abfinden will sich Bessy Ferreira mit der alltäglichen Diskriminierung und Verfolgung nicht. „Ein großes Problem ist, dass kaum jemand von uns genau weiß, was für Rechte wir eigentlich haben. Worüber frau nichts weiß, kann sie auch nicht verteidigen", erklärt Bessy Ferreira. Daran will sie etwas ändern und ist deshalb bei „Arcoíris" eingestiegen. Erst als Freiwillige, mittlerweile als Stellvertreterin von Paola Flores. Die Trans*frau ist das Gesicht der „Muñecas de





Fotos: Markus Dorfmuller

Laut den letzten Zahlen von „Arcoíris“ sind bis Mitte Juli 2019 26 Morde an LGBTI*-Aktivist*innen dokumentiert worden. Paola Flores (links) und Bessy Ferrera (rechts) bei einem Gespräch mit Knut Henkel („Lateinamerika Nachrichten“ Nr. 539). Im Juli 2019 wurde Bessy Ferrera erschossen.

Arcoíris“. Vor ein paar Jahren hat sie angefangen rund um den „Parque El Obelisco“ Trans*frauen anzusprechen, sie über ihre Rechte im Umgang mit Freiern, aber auch der Polizei aufzuklären. Die eigenen Rechte sind zentrales Thema bei den wöchentlichen Treffen, aber auch die Probleme, denen sich Trans-, Bi-, Homosexuelle und die restliche Queer-Szene in Honduras gegenübersieht. „Wir werden ausgegrenzt, diskriminiert, gedemütigt, vergewaltigt und ermordet“, zählt Paola Flores mit leiser Stimme auf. „Honduras ist eine christlich verbrämte Macho-Gesellschaft, in der Rechte der Anderen nicht geachtet werden“, schildert sie das Grundproblem. Hinzu kommt ein nicht funktionierendes Justizsystem. Straftaten gegen LGBTI*-Personen werden nicht geahndet, das monierte auch die Menschenrechtskommission der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) bei ihrer letzten Visite im August 2018. Laut der Kommission habe es in den letzten fünf Jahren 177 Morde gegeben, von denen kaum einer aufgeklärt worden sei. Das hat viele Gründe. Einer ist aber laut Paola Flores, dass bei den Verbrechen aus Hass nicht richtig ermittelt werde: „Das beginnt bei der Spurensicherung und endet im Gerichtssaal – wenn es denn überhaupt so weit kommt.“ Wie ein Musterprozess laufen sollte, worauf bei der Spurensicherung, bei der Gerichtsmedizin, aber auch bei der Zeug*innen-Vernehmung und im Gerichtssaal geachtet werden muss, wollen die Muñecas anhand eines realen Falles aufzeigen. „Eines Kapitaldeliktes wie Vergewaltigung oder Mord“, so Flores, die derzeit mit Jurist*innen, Ermittler*innen und Gerichtsmediziner*innen im Gespräch ist, um das beispielgebende Tribunal vorzubereiten. Demnächst soll der symbolische Gerichtsprozess in Tegucigalpa stattfinden. Bei ihren Bemühungen, Vorurteile aufzubrechen, sind die Aktivist*innen oft auf sich allein gestellt. Journalist*innen, die Fotos rund um den „Parque El Obelisco“ machen, und sich nicht nur privat, sondern auch öffentlich über sie lustig machen, sind, so Bessy Ferreira, alles andere als selten. Oft werden Homo- genauso wie Bi- und Transsexuelle von ihren Familien verstoßen, ergänzt Paola Flores. Sie hat seit ein paar Jahren die Unterstützung ihrer Familie, während ihre Kollegin Bessy Ferreira Waise ist und nach ihrem Outing von den Pflegeeltern vor die Tür gesetzt wurde. So landete sie in der Prostitution und für sie ist „Arcoíris“ so etwas wie ein zweites Zuhause. Vor allem ihrer Mutter hat es hingegen Paola Flores zu verdanken, dass der Kontakt zur eigenen Familie nicht abriss, obwohl mehrere Familienangehörige evangelikalen Kirchen sowie der katholischen Kirche angehören. Die verteidigen die Heterosexualität als das Non plus Ultra und machen gemeinsam mobil gegen alle Anläufe, die gleichgeschlechtliche Ehe in Honduras auf den Weg zu bringen. Folge dieser rigiden Positionierung sind tiefe Gräben, die sich durch viele Familien ziehen. So auch bei den Flores, wo die sexuelle Orientierung des jüngsten Kindes von den Älteren mit Unverständnis und Ablehnung quittiert wurde. „Nur meine Mutter hielt zu mir. Doch das änderte sich mit dem Überfall.“ Der ereignete sich im Juni 2009 und Paola Flores hat ihn nur knapp überlebt. „Drei Männer haben mich in meiner eigenen Wohnung, dort wo ich mich sicher fühlte, überfallen. Mich zusammengeschlagen und mit Benzin übergossen und angezündet“, erinnert sich Flores und deutet auf die Transplantate die rechts und links vom Kinn zu sehen sind. Sie hat um ihr Leben gekämpft, sich gewehrt, geschrien und überlebt. Zwei Monate im Koma, neun Monate im Krankenhaus und schließlich ein Jahr im Exil in Mexiko. „Was mir passiert ist, kann auch allen anderen passieren. Dagegen kämpfe ich und deshalb bin ich zurückgekommen“, sagt sie mit fester Stimme und zupft das Halstuch zurück, welches die Narben am Hals verbirgt. Die drei Männer gingen genauso wie der Freier, der Bessy Ferreira umbringen wollte, bisher straffrei aus. Ein häufiges Geschehen in Honduras, wo deutlich über 90 Prozent der Gewaltdelikte gegen LGBTI* nicht geahndet werden. Die Fotos von ermordeten Arcoíris-Aktivist*innen, die im Treppenhaus neben denjenigen hängen, die sich engagieren, zeugen davon. Die Straflosigkeit soll beendet und der Musterprozess der „Muñecas de Arcoíris“ soll dazu beitragen. •

ITALIEN

Mit Stefano Delle Chiaie starb ein Neonazi-Komplize rechter Diktaturen

Terror, Drogen, Diktatoren

■ Der Twitter-Account des Watchblog „Anti-Fascism & Far Right" verbreitete die Nachricht am 10. September 2019 als einer der Ersten: Stefano Delle Chiaie (82 Jahre), die „wohl wichtigste Figur" des Neonazi-Terrorismus zwischen den 1960er und 1980er Jahren in Italien, ist am Tag zuvor gestorben. Aufgeführt wurden in dem kurzen Nachruf: Putschversuche in Italien, Mordanschläge auf Gegner des Franco-Regimes in Spanien, Militärputsche in Süd-Amerika und eine internationale Vernetzungsarbeit extrem rechter Organisationen. Bereits 1984 untersuchte die englischsprachige Recherchebroschüre „Black Papers Nr. 1", seinerzeit verlegt vom „Anarchy Magazine", Delle Chiaies politischen Aktivitäten, die sich damals über zwei Kontinente und zwei Jahrzehnte erstreckten.[1] Was da bereits über seine Karriere bekannt war und was über die ex-nationalsozialistischen- und Junta-Kreise in Lateinamerika, Spanien und Griechenland vermutet wurde, traf in der Rückschau offenbar weitestgehend den Kern der Sache. Andere Bücher und Studien, die seine Karriere thematisierten, folgten.

Neonazi-Terror

Stefano Delle Chiaie, 1936 in Caserta geboren, gründete zusammen mit Pino Rauti das neofaschistische „Centri Studi Ordine Nuovo". 1962 verließ er die Organisation, um seine eigene neofaschistische Gruppe – die „Avanguardia Nazionale" – zu gründen. Die Gruppe galt als mitverantwortlich für eine Reihe von Bombenangriffen in Italien. Am 12. Dezember 1969 explodierte eine Bombe auf der Mailänder Piazza Fontana, 17 Menschen starben. Am 4. August 1974 explodierte eine Bombe im Schnellzug von Florenz nach Bologna, 12 Menschen starben. Als Stefano Delle Chiaie verdächtigt wurde, hinter den Attentaten zu stecken, floh er mit einem gefälschten Pass und einem „Aginter"-Presseausweis nach Spanien. Auch das verheerende Attentat von Bologna im Jahr 1980 mit 85 Toten wurde seiner Organisation zugerechnet. Er spielte über Jahre eine wichtige Rolle in Italiens ‚anni di piombo' (Die bleiernen Jahre) in den 1960er bis 1980er Jahren, die von rechtem Terrorismus geprägt waren. 1974 lernte er in Madrid den chilenischen Machthaber General Augusto Pinochet auf der Begräbnisfeier von Spaniens Diktator Francisco Franco kennen. Bereits bei jenem Treffen soll ein Mordanschlag auf den Vorsitzenden der Sozialistischen Partei Chiles besprochen worden sein. Offenbar schien diese Begegnung so vielversprechend, dass sich Delle Chiaie nach Chile begab, wo er an der „Öffentlichkeitsarbeit" des Diktators beteiligt war. Von dort aus fand er trotz seiner Haftbefehle Zuflucht in verschiedenen südamerikanischen Ländern. Nach siebzehn Jahren auf der Flucht und fünf Haftbefehlen gegen ihn u.a. – wegen Zugehörigkeit zu einer bewaffneten Gruppe und Komplizenschaft bei einem Massaker – wurde er 1987 in Caracas, Venezuela, verhaftet und nach Italien ausgeliefert. 1991 wurde er vom Vorwurf des Attentats auf der Piazza Fontana 1969 freigesprochen. Zu dem Anschlag von Bologna stellten die Richter fest, es gäbe keine Beweise für eine direkte Beteiligung (mehr). Delle Chiaie schrieb seine eigene Geschichte in dem Buch „L' aquila e il condor" (Der Adler und der Kondor) als „Erinnerung an eine militante Politik" nieder. Hier ist zu erfahren, dass er Ende der 1950er Jahre die kleine „Gruppi di Azione Rivoluzionari" (GAR) gründete und bereits internationale Verbindungen, etwa mit dem Österreicher Konrad Windisch, dem Führer des neonazistischen „Kameradschaftsrings Nationaler Jugendverbände" (KNJ), unterhielt.

Mit Joachim F. aus Eppstein (Taunus) wurde wegen des Bologna-Attentats 1983 auch ein 35-jähriger deutscher Neonazi verhaftet. Die Frankfurter Staatsanwaltschaft ermittelte außerdem gegen ihn wegen Drogentransports in Bolivien, Anstiftung zum Drogenschmuggel in die USA sowie Misshandlung eines 17-jährigen Dienstmädchens. Die Neonazis der „Schwarzen Internationale" hatten sich im „Bavaria", der Kneipe des Deutschen in Santa Cruz (Bolivien) getroffen. Doch u.a. das Bundeskriminalamt soll sich für seine Freilassung ausgesprochen haben, da Joachim F., so damals die „Frankfurter Rundschau", als V-Mann in Sachen Rauschgift tätig gewesen sei. Ähnlich glimpflich ging es auch

Rechts: Bolivien, 1980er Jahre: Stefano Delle Chiaie (hinten, mit dunkler Brille) und der neonazistische deutsche Söldner Joachim F. (ehemaliger spanischer Fremdenlegionär) in der Uniform von „Los Novios de la Muerte" („Die Verbündeten des Todes"). Das paramilitärische „Todesschwadron" wurde von dem NS-Kriegsverbrecher Klaus Barbie in Zusammenarbeit mit dem lokalen „narcotraficante" Roberto Suarez gegründet.



Faksimile: Stuart Christie · ChristieBooks


Stefano Delle Chiaie im Jahr 1975.

Foto: Autore anonimo, Pubblico dominio (it.wikipedia.org)

stets für Delle Chiaie aus. Dank einer Konzession der Stadt Rom betrieb er nach seiner Rückkehr in Italien ein eigenes politisches Fernsehprogramm und seine Sendungen wurden von führenden VertreterInnen der extremen Rechten besucht.

Geheimdienste, Diktatoren, Drogen

Das Nachrichtenmagazin „Spiegel" bilanzierte bereits 1985: „Der italienische Geheimdienst gehörte zu Delle Chiaies Förderern, wie auch die Militärdiktatoren in Chile, Bolivien oder Argentinien, die ihm und seinen Kumpanen bereitwillig Unterschlupf, Geld und Reisepässe zur Verfügung stellten." Chiaie war über sein politisches Netzwerk international an geheimdienstlichen Infiltrationsbemühungen und der Bekämpfung linker Bewegungen beteiligt. Bereits von 1962 bis 1964 war er für den „Servizio informazioni forze armate", den damaligen italienischen Nachrichtendienst aktiv, dessen Aufgabe es auch war, in linke Strukturen einzudringen und diese zu zerschlagen.

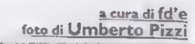
Was antifaschistische Gruppen lange wussten und skandalisierten, fand in den letzten Jahren auch Eingang in die Wissenschaft und wird jetzt nach seinem Tod rezipiert. So das Buch eines Professors des „Middlebury Institute of International Studies" mit dem Namen „The Darkest Sides of Politics", welches verschiedene neofaschistische, paramilitärische und terroristische Gruppen der 1960er und 1970er Jahre in Europa und Lateinamerika untersucht und die „Manipulation" von diesen durch die Sicherheitskräfte verschiedener Staaten, sowohl „autoritärer als auch demokratischer Natur", schildert.

Die Aktivitäten von Delle Chiaie könnten Stoff für eine ganze Netflix-Serie bieten. Die meiste Zeit hatte er in Lateinamerika „gearbeitet" und war Teil der sogenannten „Aginter Press", gegründet während der Diktatur von António de Oliveira Salazar in Portugal. Diese Pseudo-Presseagentur machte sich als eine antikommunistische Söldnerorganisation mit Tochtergesellschaften in verschiedenen Ländern einen Namen. Delle Chiaie war, neben dem deutschen NS-Kriegsverbrecher Klaus Barbie, einer der Mitinitiatoren des sogenannten „Kokain-Coups". Anfang der 1980er Jahre war Barbie zudem daran beteiligt, General Luis García Meza Tejada in Bolivien mit Hilfe von Drogenbaronen an die Macht zu bringen. Später arbeitete Delle Chiaie für dessen Regierung bei der „Ausbildung" ihrer Soldaten. Klaus Barbie stand in Bolivien sowohl der Regierung von Hugo Banzer Suárez als auch der von Tejada als „Berater" für die Umsetzung repressiver Maßnahmen zur Seite. Delle Chiaie erklärte in einem Interview von 1983: „Als sich in Bolivien die Gelegenheit zu einer nationalen Revolution bot, waren wir daher da, um unsere Kameraden zu schulen. Wir waren weder Repressoren noch Narko-Terroristen, sondern politische Kämpfer."[2] Dieser Hingabe folgend war er beim Massaker von Ezeiza (Argentinien) am 20. Juni 1973 zumindest anwesend, traf sich 1975 mit einem chilenischen Agenten, um ein Attentat auf den chilenischen Christdemokraten Bernardo Leighton vorzubereiten und nahm 1976 an Operationen gegen Linke in Spanien teil.

Spätere Ermittlungen der spanischen Behörden zeigten, dass er sowohl für die politische Polizei von Pinochet, der „Dirección de Inteligencia Nacional" (DINA), für die „Alianza Anticomunista Argentina" (span., abgekürzt AAA oder Triple A), als auch für die Diktatur von Hugo Suárez in Bolivien gearbeitet hatte. Die AAA war eine regierungsnahe paramilitärische, extrem rechte und terroristische Gruppierung innerhalb des argentinischen Peronismus in den 1970er Jahren. Als sogenanntes Todesschwadron war sie für zahlreiche Entführungen, Anschläge, politische Morde und das „Verschwindenlassen" von linken politischen Gegnern der Regierung verantwortlich. Die Zeitschrift „Le Monde diplomatique" beschrieb im Juli 1998 unter dem Titel „In the shadow of generals, hired killers and drug traffickers – Turkey's pivotal role in the international drug trade" von Treffen Chiaies mit dem türkischen Geheimdienst und dem rechten Terroristen Abdullah Çatlı in Lateinamerika und bei einem Besuch der „Grauen Wölfe" im September 1982 in Miami. (AIB Nr. 72, Das Papst-Attentat. Mehr Fragen als Antworten) Die Beiden dürften sich gut verstanden haben. Abdullah Çatlı war ein verurteilter türkischer Geheimagent, Auftragskiller und ein Anführer der neofaschistischen „Grauen Wölfe". Ab 1978 beteiligte

PORTFOLIO *Il libro di Stefano Delle Chiaie*

Quattro fascisti al bar


a cura di fd'e
foto di Umberto Pizzi



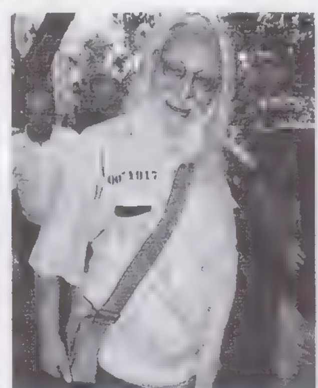
Confluenza Invecchiare non è facile. I libri di memorie sono a volte un punto d'incontro tra esperienze opposte: Sandro Provvisionato, un tempo di sinistra, presenta la biografia del neofascista Stefano Delle Chiaie: "L'aquila e il condor". Un titolo che va bene anche per i due

Cavaliere Nero Il frontista fascista e filosofo Adriano Tilgher, oggi con Storace, è sempre presente quando c'è un'adunata di camerati eruditi





Boia chi molla Occhialoni neri, avambraccio tatuato, testa rasata: il prototipo del fascista del Terzo millennio è uguale a quello del secolo scorso



Merlino Mario Merlino e Stefano Delle Chiaie hanno attraversato incolumi un fascio di sanguinose tragedie, piazza Fontana e la strage di Bologna, e di tentativi golpisti, dall'Italia al Sudamerica. Oggi la destra estrema e sovversiva ha i capelli bianchi e il coraggio di sorridere ancora. Chissà con il vento che soffia in Europa non è da escludere un'altra Avanguardia nazionale

er sich an tödlichen Terroraktionen gegen Linke in der Türkei, darunter das „Massaker von Bahçelievler" und ein Bombenattentat vor der Istanbuler Universität. Angesetzt wurde er auch auf linke Kurd_innen. Sein Tod bei einem Autounfall offenbarte die Tiefe der staatlichen Mitschuld an organisierten Verbrechen, der sogenannte „Susurluk-Skandal".

Bei einer Anhörung der parlamentarischen Untersuchungskommission von 1994 bis 2000 über den Terrorismus in Italien unter Leitung von Senator Giovanni Pellegrino im Jahr 1997 durfte Delle Chiaie selbstverständlich nicht fehlen. Dass er sich laut – mittlerweile „declassified" – Dokumenten der CIA in Madrid mit einem chilenischen Agenten und einem Exil-Kubaner aus Miami traf, um mit Hilfe der französischen Geheimpolizei einen Mord(-versuch) an einem chilenischen Christdemokraten am 6. Oktober 1975 zu planen, vervollständigt nur noch das bizarre Bild.[3]

Innenminister und „Schwarze Geister"

Aus diesem Milieu von Neofaschisten, Geheimdiensten und politischen Gewaltstrukturen hatte sich Delle Chiaie bis zu seinem Tod offenbar nicht gelöst. In einem Interview im Jahr 2014 behauptete er, mit jugendlichen SympathisantInnen über die Vorgänge in Syrien und der Ukraine zu sprechen[4]. Im Jahr 2017 ging sein Name durch die italienische Presse, als es um „Polizei-Informationen" über den Forza Nuova-Funktionär und Mitgründer Roberto Fiore aus dem Jahr 2014 ging, wonach unter anderem Delle Chiaie (angeblich unter Anleitung von Geheimdiensten) eine Allianz zwischen den Neofaschisten der Casa Pound und der Lega Nord geschmiedet hätte. Der Journalist Giuseppe Scarpa zitierte in der „repubblica" Ende 2017 einen Mitschnitt der Live-Stimme von Roberto Fiore, aus dem sich dessen Besorgnis über die Zusammenarbeit von Casa Pound, der „Miliz Italia" und Stefano Delle Chiaie ergibt. Dieser hätte – hinter den Kulissen – mit Mario Borghezio von der Partei Lega am Vorabend des Aufstiegs von Matteo Salvini zum italienischen Innenminister eine Achse aufgebaut. Salvini war von Juni 2018 bis September 2019 immerhin Innenminister sowie stellvertretender Ministerpräsident Italiens und ist Parteisekretär der Lega. Ohne zu wissen, dass die Carabinieri mithörten, sprach Fiore am 26. September 2014 frei mit Alessio Costantini, Chef der „Forza Nuova" in Rom. Costantini berichtet: „Delle Chiaie steht immer im Schatten (...) Aber er ist derjenige, der Kontakte in Rom hat und eine besondere Situation in Rom zwischen den verschiedenen Gruppen herbeiführen kann." Der Journalist Paolo Berizzi nannte ihn folgerichtig einen der „schwarzen Geister" der dunklen Jahre der „Strategie der Spannungen". Noch im März habe Delle Chiaie auf dem Blog seiner wieder neu aufgelegten „Avanguardia Nazionale" selbstsicher verkündet: „Die Unterdrückung beugt uns nicht."

Personen wie Delle Chiaie bieten Stoff für spektakuläre Thesen. Wer den rechten Terrorismus – auf welche Weise und mit welchen Absichten – beeinflusste, darüber sind sich die Betroffenen, die politischen Machthaber, Gerichte und Historiker sicher nicht einig. Politisch bedeutsam ist für die (potentiell) Betroffenen der Neonazigewalt: Wenn es staatlich gewollt gewesen wäre, hätten viele Tote, Verletzte, Verschwundene, Folteropfer dieses extrem rechten Terrorismus schon Anfang der 1970er Jahre verhindert werden können. An geheimdienstlich Beteiligten hat es in dieser Szene nie gemangelt. Rechter Terror wurde gedeckt, gesteuert, gefördert und beobachtet – aber nie zerschlagen. Dass Delle Chiaie von seiner gewaltsamen Historie unbehelligt seinen Lebensabend verbringen konnte, war da nur folgerichtig. Einen Hehl hat er aus seiner Mitverantwortung und der Rolle der Behörden nie gemacht. Auch in Deutschland wurde ein Interview mit ihm in einer Fernsehdokumentation des ZDF („Kennzeichen D") von Egmont Koch und Oliver Schröm ausgestrahlt. Es ging in diesem Beitrag übrigens um die Kontakte der italienischen (Neo)Faschisten zur deutschen „Hans-Seidel-Stiftung" (Rom) und zur CSU um Franz Josef Strauss. •

1 https://libcom.org/history/stefano-delle-chiaie-portrait-black-terrorist-stuart-christie **2** www.parlamento.it/773?shadow_organo=405513 **3** https://nsarchive2.gwu.edu//NSAEBB/NSAEBB8/nsaebb8.htm **4** In einer Reportage der „La Gazzetta di Lucca" hieß es: „Einmal pro Woche, donnerstags, organisieren er und seine Freunde Treffen fur die Jüngsten mit den ersten haben sie sich mit der Situation in der Ukraine beschaftigt, mit den zweiten mit Syrien und so weiter. Für jemanden wie ihn, der im Zuge seiner Flucht in Chile, Argentinien, Bolivien, Costa Rica, San Salvador – und schon gar nicht aus touristischen Gründen – Angola bereist und geblieben ist, ein schöner Schritt zurück."

Ta-Nehisi Coates
Captain America
Vol. 1: Winter In America
Art by: Leinil Francis Yu
Cover by: Alex Ross
$10.99/16,99€

Ist Captain America Antifaschist?

Diese Frage beschäftigt nicht nur einige Alt-Right-Vertreter auf Social Media Kanälen: „Cap is now #Antifa? WTF @Marvel? Why do you hate #Captain America so much?" Mit der neuen Captain America-Serie „Winter in America" entwickelt sich eine Art zweite Comicsgate-Affäre. Nachdem sich die erste Hasswelle 2018 auf nicht-weiße, homosexuelle oder non-binary Superheld*innen und ihre Produzent*innen entlud, ist die Diskussion 2019 davon geprägt, ob der Cap im ersten Heft der neuen Serie zum Antifaschisten wird. Und wenn sich Rechte über etwas ärgern, lohnt sich für uns ein genauerer Blick.

Comic-Kenner*innen mag diese Frage jedoch etwas repetitiv vorkommen. Denn schon von Anfang an ließen die jüdischen Erfinder von Captain America, Joe Simon und Jack Kirby, diesen gegen Hitler antreten. Auf dem ersten Captain America-Cover, das im März 1941 erschien, schlägt der Cap Hitler ordentlich auf die Fresse. Auch damals gab es Protest: „But not everyone was a fan in 1941 - according to Simon, the German American Bund and America Firsters bombarded the publisher's offices with hate mail and obscene phone calls that screamed 'Death to the Jews!'"[1]

Doch in der Zwischenzeit ist im Marvel-Universum viel passiert. In der letzten Captain America-Serie „Secret Empire" wurde die USA von Hydra, einer faschistischen Terror-Organisation übernommen, die nicht nur ästhetisch, sondern auch inhaltlich mit dem Nationalsozialismus verbunden ist. Vielen ist Hydra und ihr Anführer und Erzfeind von Captain America Red Skull nicht nur aus den Comics bekannt, sondern auch aus den Captain America Filmen. Die faschistische Ästhetik und Ideologie der Organisation ist unübersehbar. Das Überraschende der letzten Serie war jedoch, dass eine alternative Version von Captain America geschaffen wurde, die Hydra nicht bekämpft, sondern loyal gegenüber steht. Dieser alternative Captain tötet Red Skull und wird selbst zum faschistischen Anführer. Gemeinsam schafft es die Welt jedoch Hydra zu besiegen: Superheld*innen aus dem Untergrund und russische Partisan*innen kämpfen neben us-amerikanischen Soldaten.



Die neue Serien startet nach dem Ende von Hydra und mit einem verwirrten Amerika, das nicht mehr weiß, was gut und was böse ist. Die Dialoge zwischen den Figuren erinnern an Aussagen im deutschen Kontext á la „Sie sorgten für uns, gaben uns Jobs usw. War denn alles schlecht an Hydra?"

Und besonders weiß Amerika nicht mehr, ob es dem Cap, Inbegriff des American Dream, noch trauen kann. US-amerikanische Cyborg-Soldaten mit der amerikanischen Flagge im Gesicht kämpfen gegen den Cap, fragen ihn immer wieder, warum er sie betrogen habe, sprechen von „our boys" und davon, dass Amerika wieder groß werden müsse. Eine Verschwörung gegen Captain America ist im Gange. Als er den Hinweisen folgt, scheinen diese direkt ins Weiße Haus zu führen und nach Russland.

Wir brauchen nicht viel Fantasie, um eine Idee zu haben, auf welche realen Ereignisse angespielt wird. Auch Art Spiegelman, Autor des berühmten Comic „Maus", zieht im Vorwort einer Sammelausgabe von Golden Age Comics eine Verbindung zwischen den Skandalen rund um den US-amerikanischen Präsidenten und den Captain America Comics:

„In today's all too real world, Captain America's most nefarious villain, the Red Skull, is alive on screen and an Orange Skull haunts America. International fascism again looms large [...] and the dislocations that have followed the global economic meltdown of 2008 helped bring us to a point where the planet itself seems likely to melt down."

Das Vorwort wurde nicht veröffentlicht, da der Marvel-Verlag unpolitisch bleiben wolle. Vielleicht aber auch weil CEO von Marvel Entertainment, Isaac „Ike" Perlmutter, langjähriger Freund und Spender von Donald Trump ist. Das Statement von Spiegelman kann man jedoch als Artikel in „The Guardian" nachlesen.[2]

Die Zeichnungen sind großartig, die Analogien passen und Trump als den Orange Skull zu sehen, bereitet Freude. Trotzdem bleiben der Patriotismus, der Kampf für das wahre Amerika und jede Menge Kalter Krieg-Rhetorik im Halse stecken. •

1 https://www.theguardian.com/books/2019/aug/17/art-spiegelman-golden-age-superheroes-were-shaped-by-the-rise-of-fascism
2 Ebd.

Matthias Quent:
„Deutschland rechts außen. Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können".
Piper Verlag, München 2019,
18 Euro

■ Der Titel des Buches ruft nicht zwingend die Erwartungshaltung hervor, dass beim Lesen der 300 Seiten einige fünf- bis siebenstündige Bahnfahrten im Flug vergehen würden. Man stellt sich harte Lesearbeit vor. Doch das Gegenteil ist der Fall. Denn der Text ist keine Faktensammlung, keine dieser seelenlosen Statistiksammlungen, in denen Deutschlands dunkle rechte Realität normalerweise präsentiert wird. Seine Stärke liegt darin, Namenslisten, Daten und Hintergründe in eigene Erfahrungen und Alltagsschilderungen einzubetten. Damit wird den Leser*innen schnell deutlich, was aktuell ‚Normalisierung' extrem rechter Strukturen bedeutet – und was es für Einzelne heißt, ständig mit rechten Angriffen rechnen zu müssen. Die Rechten, das ist kein soziologisch-wissenschaftliches oder theoretisches Szenario. Sie zerstören ganz konkret die persönliche Lebenswelt eines jeden im Alltag. Denn die Ideologie der ‚Neuen Rechten' ist auf Gewalt aufgebaut. Das dürfte inzwischen auch der „bürgerlichen Mitte" dämmern. Weil aber eben diese bürgerliche Mitte die rechte Bedrohung lange konsequent ignoriert hat, konnte sie zur gesamtgesellschaftlichen Bedrohung werden. So hängen die zunehmende Gewalt und das Desinteresse der bürgerlichen Mitte mit der Radikalisierung der Rechten zusammen. Die Nicht-Wahrnehmung durch den bürgerlichen und konservativen Teil der Gesellschaft ist es eben, die die reaktionären Rechten zu mehr und mehr Gewalt ermutigt. Nach Matthias Quent hat dies historische Gründe. „Dieses Milieu war schon immer Teil des 'Establishments' und des Mentalitätshaushalts der Deutschen. Es wurde in den vergangenen Jahrzehnten aufgrund fortschreitender Demokratisierung und Liberalisierung zunehmend und aus gutem Grund in die Defensive gedrängt, und jetzt sieht es seine Felle davonschwimmen."

Besonderen Wert legt der Autor darauf, deutlich hervorzuheben, dass es sich nicht um ein „Ost-Problem" handelt. Die Normalisierung neonazistischer Inhalte und die fehlende Abgrenzung gegenüber reaktionären Politikern und Parteien ist ebenso seit Jahrzehnten ein westdeutsches Problem. An zahlreichen Beispielen dokumentiert er, wie die reaktionäre Rechte ihren Einfluss ausbaute. Dass sie dies bis heute auch weitgehend ungestört tun kann, lässt einem beim Lesen den Atem stocken. Die Strategien der Neuen Rechten durch Akademien und Stiftungen, die als reaktionäre „think tanks" die Machtergreifung vorbereiten sollen, sind langfristig angelegt. Sie haben entscheidend dazu beigetragen, die Ideologie zu verbreiten und zu verfestigen. Widerstand über Jahrzehnte Fehlanzeige. Dabei ist es naiv anzunehmen, mit Rechten reden oder diskutieren zu können. Das Verhältnis öffentlich-rechtlicher Medien zur „Neuen Rechten" verdeutlicht, dass diese Erkenntnis jedoch noch lange nicht gesellschaftlicher Konsens ist. Matthias Quent resümiert folgerichtig: „So normalisieren Rechtsaußen wie Kalbitz (Brandenburgs AfD-Chef Andreas Kalbitz gehört dem völkischen Flügel der AfD an) geduldig rechtsradikales Gedankengut und besetzen nach und nach Schlüsselpositionen. Dabei übertölpeln sie enttäuschte Konservative und etablieren rechtsradikale Rhetorik und Ideologie unter den Verunsicherten. Doch die neue Herausforderung bietet auch Chancen: Die wehrhafte Demokratie kennt nun ihre Gegner." Aufrüttelnder Ton durchzieht das Buch, verbunden mit der Aufforderung, nicht in Pessimismus zu verfallen. Es macht auch Mut. Matthias Quent fordert, die Endzeitpropaganda konsequent zu entlarven und diese Propaganda samt Protagonisten aus öffentlichen Diskursen auszuschließen. „Den demokratischen Diskurs zu retten heißt, Antidemokraten davon auszuschließen."

‚Deutschland rechts außen' ist Mutmacher und Aufforderung zugleich, aus den Versäumnissen der Vergangenheit Konsequenzen zu ziehen. Ob die bürgerliche Mitte jedoch endlich die notwendigen Lehren zieht, bleibt abzuwarten. •



Das Gedenken an Patrick Thürmer

■ Im AIB Nr. 89 (2010) widmeten wir den Text „Eine Frage der Wahrnehmung“ dem Gedenken an Patrick Thürmer, der am 2. Oktober 1999 in Sachsen von Neonazis ermordet wurde. Patrick Thürmer hatte keine Chance. Der schmächtige, 1 Meter 56 große Jugendliche war in der Nacht vom 1. auf den 2. Oktober 1999 zusammen mit einem Freund auf dem Nachhauseweg von einem Punkfestival in Hohenstein-Ernstthal, als sie plötzlich einen blauen Kleintransporter bemerkten.

„Da ist einer“, rief einer der drei Männer, die aus dem Auto heraus sprangen und sich auf den 17-jährigen Patrick und seinen Freund stürzten. Mit einem Axtstiel, einem Hammer und einem Billardqueue prügelten sie auf die beiden Punks ein. Patrick Thürmer erlitt schwerste Kopfverletzungen. Die Täter warfen ihn anschließend in einen Bach. Erst am nächsten Morgen fanden ihn Passanten blutüberströmt. Wenige Stunden später starb der Malerlehrling in einem Zwickauer Krankenhaus.

Während die überregionale Öffentlichkeit und auch auswärtige Antifaschist_innen kaum Notiz von dem tödlichen Angriff auf den Punk nahmen, wurden in der Region die Ereignisse des 3. Oktober breit diskutiert - wobei die Regionalmedien und die Bevölkerung massiv Stimmung gegen Jugendliche aus der Punkszene machten. Schließlich wurde schnell deutlich, dass der Ausgangspunkt für die tödliche Hetzjagd auf Patrick Thürmer ein Angriff von etwa 100 Neonazis auf das “2. 99er Punkfestival“ im alternativen Jugendhaus „Off is“ war. Am Angriff waren auch Türsteher der Firma „Haller Security Service Chemnitz“ beteiligt, die dem Chemnitzer Neonazi Thomas Haller gehörte. Haller gilt als offizieller Gründer der „HooNaRa“, einer extrem rechten Hooligan-Gruppierung um den Chemnitzer FC.

Notrufe von Festivalbesucher_innen und mindestens drei verletzte Punks führten allerdings zu keiner polizeilichen Reaktion. Gegen Mitternacht entschlossen sich rund 30 Punks zu einem Besuch der nahe gelegenen Diskothek „la Belle“, wo sie die Angreifer auf ihr Festival vermuteten. In der Diskothek würden “sehr viele Besucher kurze Haare haben“, räumte ein Polizeipressesprecher ein. Polizeieinheiten, die auf die Hilferufe der Punks nicht reagiert hatten, erschienen nun auf einen Notruf des Diskobetreibers hin, nachdem Türsteher die Punks schon vertrieben hatten. In den Jahren nach dem Mord fanden in der Diskothek immer wieder Neonazikonzerte statt.

Patrick Thürmer starb „stellvertretend für jene Linken“, die an dem Angriff auf die Diskothek beteiligt gewesen seien, stellt das Landgericht Chemnitz später im Prozess gegen die drei angeklagten Totschläger im Alter von 21 bis 24 Jahren im September 2000 fest. Ein dutzend Neonazi-Skinheads und rechte Türsteher aus dem Umfeld der Diskothek hatten sich in der Nacht zusammengefunden, um Jagd auf Punks zu machen. Einen neonazistischen Hintergrund erkannte das Gericht dennoch nicht. Der 23-jährige Haupttäter, der „HooNaRa“ zugerechnet wurde und auch in engem Kontakt mit dem mutmaßlichen NSU-Unterstützer Ralf Marschner stand, wurde wegen Totschlags zu elf Jahren Haft verurteilt. Erst später wurde bekannt, dass auch Thomas Haller selbst an dem Abend an der Jagd auf Punks beteiligt war. Marschner wiederum hatte dem Haupttäter einen Tag nach dem Mord geraten, das von der Polizei gesuchte Tatfahrzeug abzukleben, damit die Fahnder es nicht entdecken.

Erst 2012 wurde Patrick Thürmer als Todesopfer rechter Gewalt offiziell anerkannt. Wie sehr sein Tod die alternative und nicht-rechte Jugendszene in der Region geprägt hat, wurde am zehnten Todestag 2009 deutlich. Rund 250 Antifaschist_innen und Jugendliche kamen zu einer Gedenkdemonstration nach Hohenstein-Ernstthal. Ihre Forderung an die Öffentlichkeit, Lokalpolitik und Sicherheitsbehörden war, einen Gedenkstein für Patrick Thürmer zu errichten und die tödliche Gefahr der lokalen Neonazi-Szene endlich ernst zu nehmen. Zuletzt wurde im Gedenken an Patrick Thürmer und alle anderen Todesopfer rechter Gewalt vom „Bündnis Chemnitz nazifrei“ eine Demonstration organisiert. Die Demonstration führte auch zum lokalen Denkmal für die Opfer des Nationalsozialismus, an dem 2015 eine Tafel zum Gedenken an Patrick Thürmer angebracht wurde. 15 Jahre hatten Freunde und Familie für einen solchen Ort kämpfen müssen. Im 1999 angegriffenen Jugendhaus „Off is“ konnte eine im Anschluss an die Gedenkdemonstration geplante Lesung nicht stattfinden. Dessen Leiter erklärte gegenüber der „Freien Presse“ aus Chemnitz: „Wir stehen für politische Veranstaltungen nicht zur Verfügung.“

Die an dem Angriff auf das Punkkonzert beteiligten Neonazistrukturen bestanden weiterhin. In einem Interview 2007 merkte Thomas Haller an, dass „HooNaRa“, obwohl offiziell aufgelöst, sofort wieder zur Stelle seien, wenn man sie rufen würde. Die Mobilisierung zu den Hetzjagden in Chemnitz auf Migrant_innen im Sommer 2018 hat vor allem die „HooNaRa“-Nachfolgegruppe „Kaotic Chemnitz“ zu verantworten. 79 rechte, rassistische und antisemitische Angriffe zählte die Opferberatungsstelle Support 2018 allein in Chemnitz, was eine Vervierfachung im Vergleich zum Vorjahr darstellt. Allein 48 dieser Angriffe wurden im Zusammenhang mit den rechten Aufmärschen verübt. An der Beisetzung des nun verstorbenen Haller beteiligten sich im März 2019 bis zu 1000 zum Teil vermummte Neonazis und rechte Hooligans. •

KONTAKT
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de

facebook.com/Antifaschistisches Infoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt

www.antifainfoblatt.de/pgp
PGP-Fingerprint:
0DEA A79A 9738 7F2B 5245 62BF
8DC1 51B9 9FAE 15B1

IMPRESSUM
Antifaschistisches Infoblatt
33. Jahrgang
Nummer 124 | 3.2019

Preis: 3,50 Euro
Auslandspreis 4,50 Euro

ISSN: 1862-7838

Redaktion:
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de

Herausgeber: AIB e.V.
Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P.: Ulrike Müller (Adresse s.o.)

Konto AIB
BIC: BFSWDE33BER
IBAN: DE48100205000003251800
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

Bildrechte:
Alle Bildrechte liegen bei den jeweiligen genannten oder uns bekannten Fotograf_innen.
Nicht in allen Fällen können die Urheber_innen der verwendeten Fotos von uns ermittelt werden. Wir bitten darum, sich ggf. bei uns zu melden.
Alle Reproduktionen wurden vom AIB erstellt.
Die in der Publikation verwendeten Symbole, welche nach § 86 StGB verboten sind, werden zu dokumentarischen und aufklärerischen Zwecken genutzt. Sie dienen nicht der Verharmlosung oder der Propaganda, sondern werden im Sinne des § 86a StGB Abs. 3 verwendet.

Abonniert
das Antifaschistische Infoblatt

ABOKONDITIONEN

Preise*

• 5 Ausgaben im Abonnement	17,50 Euro
• 10 Ausgaben im Abonnement	35,00 Euro

Weiterverkauf

• ab 3 Exemplaren je	3,50 Euro
• ab 5 Exemplaren	20 % Rabatt
• ab 50 Exemplaren	25 % Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich **widerrufen** werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse, Zahlung per Überweisung oder per Einzugsermächtigung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.



AIB 123

TITEL
Ostdeutschland ganz rechts – 1989/'90 und die Folgen

NS-Szene
Rechtsruck in der Oi-Szene

Rassismus
Repression in der Wüste

International
Brasilien: Krieg gegen die Armen



AIB 122

TITEL
Kameradschaft Blaulicht. Rechte Netzwerke in den Sicherheitsbehörden

NS-Szene
Die „Aryans" in Halle vor Gericht

Rassismus
Ankerzentren

International
Polens Regierung jongliert am Rechten Rand

Absender_in

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe ☐
für 5 ☐ 10 ☐ Ausgaben (bitte ankreuzen)

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle ☐ Exemplare.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

☐

Datum, Unterschrift

Antifaschistisches Infoblatt (AIB)

Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

DER FOTOGRAF VON
Mauthausen

SALVA RUBIO - PEDRO J. COLOMBO - AINTZANE LANDA

bahoe books